



Kanton Zürich
Bildungsdirektion

Mittelschul- und Berufsbildungsamt

Abteilung Mittelschulen
Projekt WegZH

April 2026

Vernehmlassungsergebnisse zur Änderung des Reglements betreffend Unterricht an den kantonalen Gymnasien sowie der Mittelschul- verordnung

**Projekt «Weiterentwicklung der Gymnasien im Kanton
Zürich (WegZH)»**

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	4
1.1	Projekt WegZH	4
1.2	Durchführung der Vernehmlassung.....	4
1.3	Methodisches Vorgehen bei der Auswertung.....	4
2	Kantonale Rahmenstundentafel	5
2.1	Gleichbleibende Gesamtlektionenzahl im Obergymnasium.....	5
2.2	Festlegung der Gesamtdotationen pro Fach im Obergymnasium	6
2.3	Gesamtdotationen pro Fach.....	8
3	Grundlagenfächer	11
3.1	Festlegung von Englisch als Dritte Sprache.....	11
3.2	Grundlagenfach Bildende Kunst und/oder Musik	13
3.2.1	Phasen-Modell	13
3.2.2	Dotation	14
3.2.3	Freiwilliger Instrumentalunterricht	16
3.2.4	Dotation des Instrumentalunterrichts bei der Wahl von Musik.....	17
3.3	Verzicht auf Philosophie als dreizehntes Grundlagenfach.....	18
4	Schwerpunktfächer	19
4.1	Schulische Akzentsetzung in den Schwerpunktfächern.....	19
4.2	Schlüsselprinzipien	20
4.3	Anzahl Schwerpunktfächer.....	22
4.4	Gesamtübersicht über alle Schwerpunktfächer aus Sicht Mittelschulen.....	24
4.5	Schwerpunktfachkatalog für Sprach-Fächer	24
4.5.1	Schwerpunktfach Medien, Identität und Kommunikation	24
4.5.2	Schwerpunktfach Sprache & Kultur: Italienisch	26
4.5.3	Schwerpunktfach Sprache & Kultur: Spanisch.....	28
4.5.4	Schwerpunktfach Sprache & Philosophie: Latein	29
4.6	Schwerpunktfachkatalog für MINT-Fächer.....	30
4.6.1	Schwerpunktfach Naturgesetze & mathematische Strukturen.....	30
4.6.2	Schwerpunktfach Engineering	32
4.6.3	Schwerpunktfach Life Science	33
4.7	Schwerpunktfachkatalog für GSW-Fächer	35
4.7.1	Schwerpunktfach Geopolitik.....	35
4.7.2	Schwerpunktfach Wirtschaft, Recht & Gesellschaft.....	36
4.7.3	Schwerpunktfach Individuum & Gemeinschaft.....	38

4.8	Schwerpunktfachkatalog für künstlerische Fächer	40
4.8.1	Schwerpunktfach Kunst & Design	40
4.8.2	Schwerpunktfach Musik & Performance	41
4.8.3	Kombination vom Grundlagenfach und Schwerpunktfach bei den künstlerischen Fächern	42
4.9	Angebot von Schwerpunktfächern mit weiteren Sprachen an einzelnen Schulen	44
4.9.1	Variantenwahl.....	44
4.9.2	Schwerpunktfach Sprache & Kultur: Französisch	45
4.9.3	Schwerpunktfach Sprache & Philosophie: Griechisch	46
4.9.4	Schwerpunktfach Sprache und Kultur: Russisch	47
5	Ergänzungsfächer	49
5.1	Ausgestaltung der Ergänzungsfächer durch die Schulen	49
5.2	Ergänzungsfach-Angebot aus allen vier Fachbereichen.....	50
6	Unterrichtsleitende Dokumente	52
6.1	Zuständigkeit Schulleitung für Fachleitlinien	52
6.2	Zuständigkeit Schulleitung für schulische Konzepte	53
7	Weitere Bemerkungen.....	54
8	Anhang: Grafiken Anpassungsbedarf Fächerdotationen nach Gruppierung	57

1 Ausgangslage

1.1 Projekt WegZH

Mit der Totalrevision des Maturitätsanerkennungsreglements (MAR) und der Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) sowie dem Erlass des neuen nationalen Rahmenlehrplans haben Bund und EDK die Grundlagen für eine schweizweite Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität geschaffen. Die Umsetzung dieser Vorgaben bis spätestens Schuljahr 2029/30 liegt in der Verantwortung der Kantone.

Der Kanton Zürich hat die kantonale Umsetzung im Rahmen des Projekts «WegZH» in einem partizipativen Prozess mit breitem Einbezug des Schulfelds vorbereitet. Aufbauend auf den Erkenntnissen aus dem Vorprojekt «vorwegZH» und den Rückmeldungen aus einer umfangreichen Feedbackschleife mit Schulen und bildungsnahen Gremien wurden Vorschläge erarbeitet und im Rahmen der Vernehmlassung zur Diskussion gestellt. Im Zentrum stehen das schulische Angebot, die Grundlagen-, Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer, die kantonale Rahmenstundentafel, die Ablösung der Maturitätsprofile sowie weitere Anpassungen der Rahmenbestimmungen für den Schulbetrieb.

1.2 Durchführung der Vernehmlassung

Die Bildungsdirektion wurde durch Beschlüsse des Regierungsrates vom 20. August 2025 sowie des Bildungsrates vom 1. September 2025 zur Durchführung der Vernehmlassung ermächtigt. Sie dauerte bis zum 12. Dezember 2025.

Insgesamt gingen 151 Online-Stellungnahmen von verschiedenen Adressatengruppen ein:

- 21 Mittelschulen: Schulkommissionen
- 22 Mittelschulen: Schulleitungen
- 22 Mittelschulen: Konvente
- 4 Mittelschulen: Gremien
- 20 Schüler- und Studierendenorganisationen
- 6 Anerkannte nichtstaatliche Mittelschulen
- 4 Hochschulen
- 8 Politische Parteien des Kantonsrats
- 31 Fachverbände und -vertretungen
- 7 weitere Bildungsgremien
- 6 weitere Interessierte

Die Direktionen des Regierungsrates und Ämter wurden zusätzlich zum Mitbericht eingeladen.

1.3 Methodisches Vorgehen bei der Auswertung

Die quantitativen Rückmeldungen wurden nach Adressatengruppen aufgeschlüsselt und grafisch dargestellt. Die offenen Antworten wurden inhaltlich gebündelt und die Häufigkeit der Nennungen dokumentiert. Die Zusammenfassungen orientieren sich eng an den Originalformulierungen der Teilnehmenden, um deren Anliegen möglichst authentisch wiederzugeben.

Da qualitative Rückmeldungen vor allem dann verfasst wurden, wenn Teilnehmende mit den Vorschlägen nicht einverstanden waren, wirken die Zusammenfassungen der offenen Antworten deutlich kritischer als die quantitativen Ergebnisse. Sie sind daher stets im Kontext der quantitativen Auswertungen zu lesen.

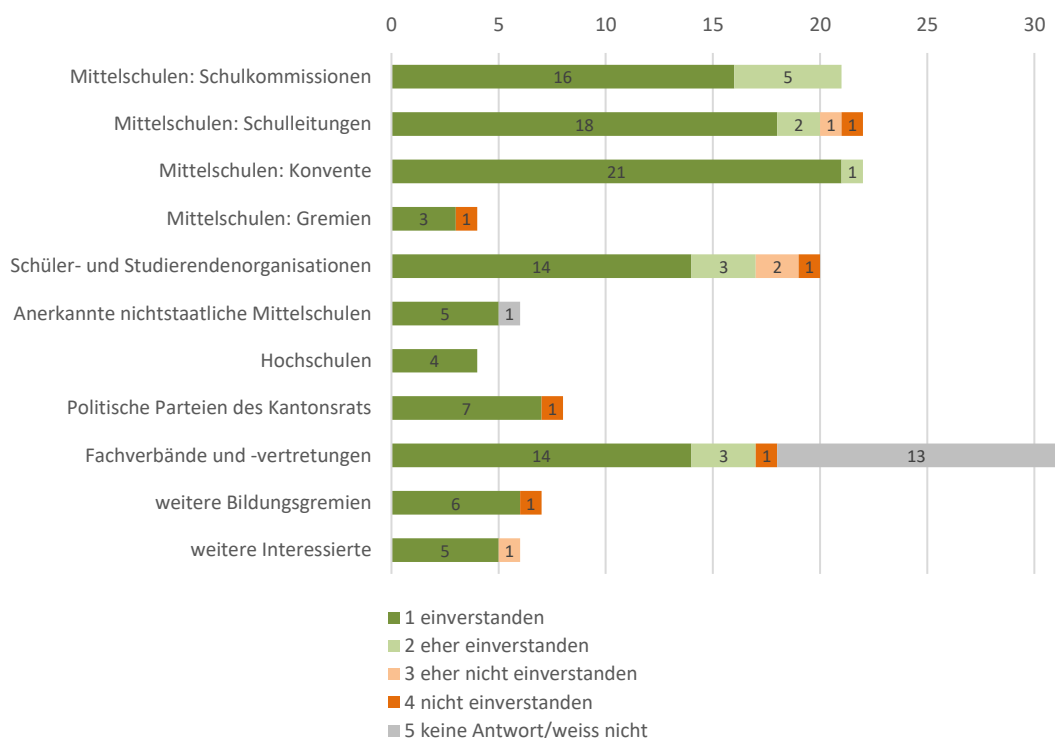
2 Kantonale Rahmenstundentafel

2.1 Gleichbleibende Gesamtlektionenzahl im Obergymnasium

Sind Sie damit einverstanden, dass die maximale Gesamtlektionenzahl für den obligatorischen Unterricht im Obergymnasium wie bis anhin bei maximal 268 Semesterlektionen bleibt?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zur Beibehaltung der maximalen Gesamtlektionenzahl von 268 SL ist über alle Gruppierungen hinweg hoch. Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmt diesem Vorschlag zu oder ist eher einverstanden.



Qualitative Bemerkungen

- Die Beibehaltung der maximalen Gesamtlektionenzahl wird unterstützt, da die Belastung der Schülerinnen und Schüler bereits heute hoch sei. Eine weitere Erhöhung der Lektionenzahl würde zu einer Überlastung führen und sei unzumutbar. Die gleichbleibende Gesamtlektionenzahl trotz Einführung zweier neuer Fächer entspreche dem Anliegen der Reform, die Belastung nicht zu erhöhen (58 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Konvente, Schulleitungen, Gremien, Schülerinnen- und Schülerorganisationen, politische Parteien).
- Angesichts der umfangreichen nationalen Rahmenlehrpläne, der zusätzlichen Anforderungen durch die transversalen Bereiche sowie der zwei zusätzlichen Maturfächer wäre eine Verlängerung der Gymnasialzeit eigentlich zwingend. Die Bildungsziele im Grundlagenbereich könnten in zahlreichen Fächern mit den vorgesehenen Stundendotationen nicht mehr erreicht werden. Wenn an diesen Zielen festgehalten werde, müsse die Gymnasialdauer um ein Semester verlängert werden (12 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Fachverbände, weitere Bildungsgremien).
- Eine erhöhte Anzahl an Grundlagenfächern bei gleichbleibender Gesamtstundenzahl führe zu einer Überlastung des Systems. Das Einführen neuer Fächer solle nicht dazu führen,

dass das Niveau in anderen Fächern gesenkt werde und die Studierfähigkeit nicht mehr gewährleistet sei. Mit den zwei neuen Grundlagenfächern und den transversalen Bereichen werde das System überlastet. Mehrere Fächer bekunden Mühe, mit den vorgeschlagenen Dotationen ihrem Doppelauftrag gerecht zu werden, die vertiefte Gesellschaftsreife und allgemeine Studierfähigkeit der künftigen Maturandinnen und Maturanden sicherzustellen (9 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Fachverbände).

- Der Instrumentalunterricht solle nicht in der Gesamtlektionenzahl von 268 Semesterlektionen eingerechnet werden, sondern zusätzlich geführt werden (4 Nennungen, Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).
- Eine Reduktion der Gesamtlektionenzahl wäre wünschenswert gewesen. Die aktuelle Belastung sei bereits sehr hoch, weniger Lektionen würden mehr Freiräume für eigenständiges Lernen schaffen (3 Nennungen, Schülerinnen- und Schülerorganisationen, Schulleitungen, weitere Bildungsgremien).

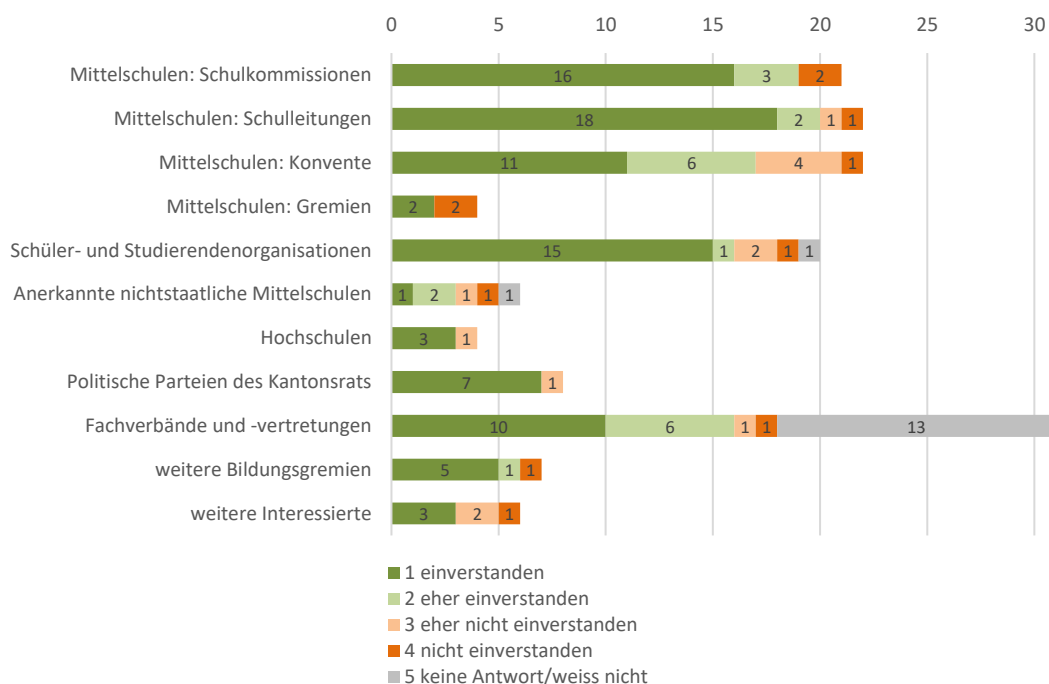
2.2 Festlegung der Gesamtdotationen pro Fach im Obergymnasium

Sind Sie damit einverstanden, dass die Dotationen pro Fach für alle Schulen verbindlich festgelegt werden (kantonale Rahmenstundentafel)?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung dazu, dass die Dotationen pro Fach für alle Schulen verbindlich festgelegt werden, ist über alle Gruppierungen hinweg hoch. Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmt diesem Vorschlag zu oder ist eher einverstanden.

Bei den Mittelschulen zeigt sich folgendes Bild: Die Schulkommissionen und Schulleitungen stimmen mehrheitlich zu. Bei den Konventen ist das Bild differenzierter: Während die Mehrheit einverstanden oder eher einverstanden ist, gibt es auch kritische Stimmen, die eher nicht einverstanden sind. Bei den Gremien zeigt sich ein gespaltenes Bild: Die SLK und PKSK sind einverstanden, während LKM und MVZ nicht einverstanden sind und eine höhere Flexibilität für die Schulen fordern.



Qualitative Bemerkungen

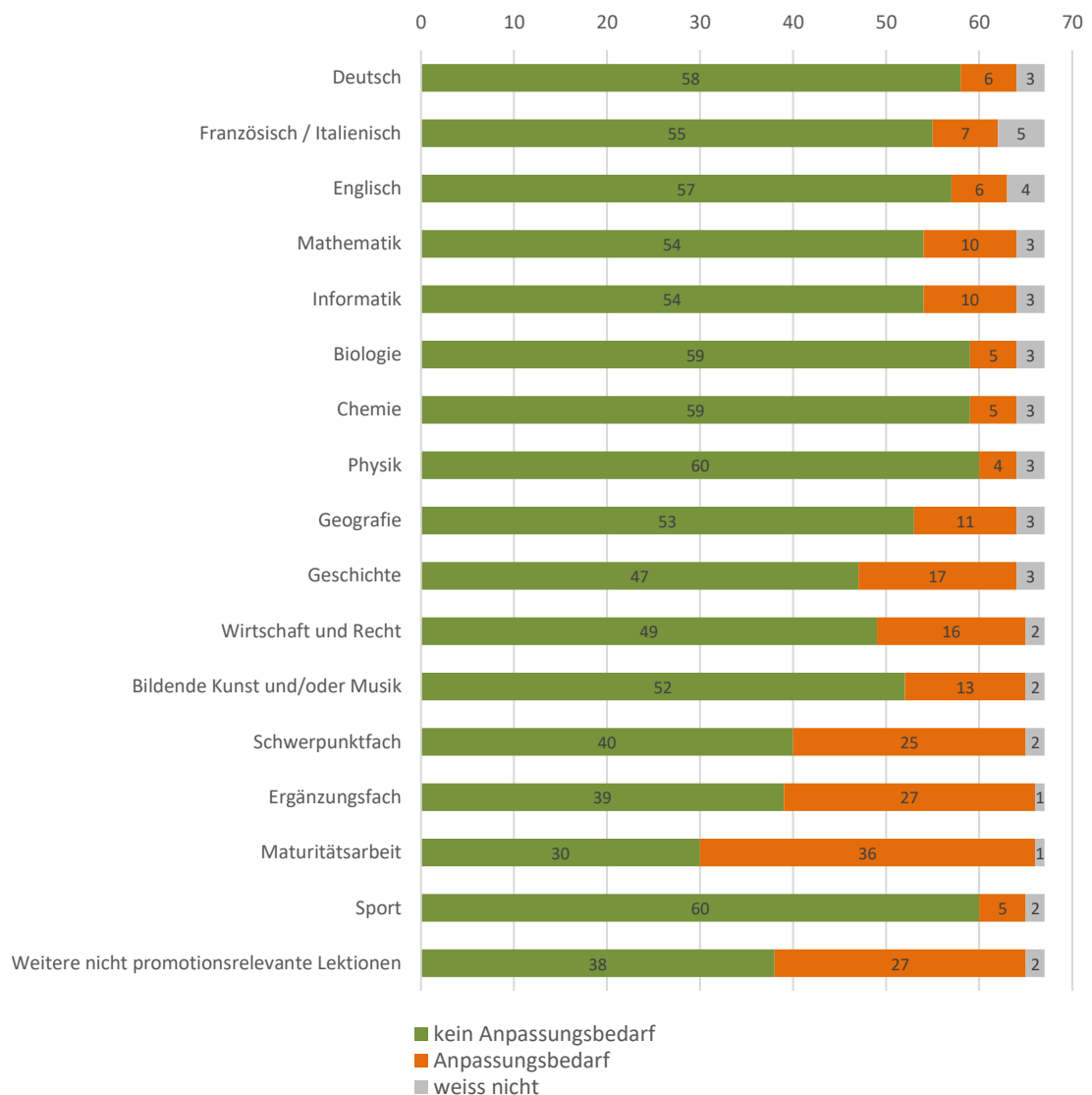
- Die verbindliche Festlegung der Gesamtdotationen wird unterstützt, weil sie die inner- und interkantonale Vergleichbarkeit der Maturitätsabschlüsse fördere. Dies bilde eine wichtige Voraussetzung für den prüfungsfreien Hochschulzugang und die Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Einheitliche Dotationen gewährleisten ein vergleichbares Bildungsangebot und vermeiden unerfreuliche Diskussionen um die Lektionentafel (50 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, politische Parteien, Hochschulen, Fachverbände).
- Es sollten lediglich Mindestdotationen statt fester Lektionenzahlen festgelegt werden. Dies würde den Schulen mehr Spielraum bei der Akzentsetzung und Profilbildung ermöglichen. Schulen müssten sich individuell positionieren und eigene Schwerpunkte setzen können, sei das Richtung Kunst, Sprachen, MINT oder Wirtschaft und Recht (18 Nennungen, v.a. Konvente, LKM, Schulkommissionen, Schulleitungen, Fachverbände).
- Eine zu starre Festlegung blockiere weitere Anpassungen in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft. Schulen müssten die Flexibilität haben, 1-Lektionenfächer aus pädagogischen und didaktischen Gründen zu verhindern. Diese seien stark von allfälligen Ausfällen betroffen, Lernziele könnten kaum erreicht und verlässliche Noten kaum gesetzt werden. Aus der kantonalen Rahmenstundentafel dürfe nie eine starre kantonale Stundentafel werden (7 Nennungen, v.a. Gremien, weitere Bildungsgremien).
- Die verbindliche Festlegung gehe auf Kosten der Schulfreiheit und verunmögliche es Schulen, eigene Schwerpunkte auszubilden und einen eigenen Charakter zu entwickeln. Die Autonomie und Profilierungsmöglichkeiten der Schulen würden eingeschränkt. Eine Angleichung bedeute immer eine Nivellierung nach unten (6 Nennungen, Konvente, Schulleitungen, Schülerinnen- und Schülerorganisationen).
- Die Verteilung der Lektionen auf die einzelnen Semester müsse in der Verantwortung der Schulen bleiben. Insbesondere der Zeitpunkt des Starts der Schwerpunktfächer solle den Schulen überlassen bleiben (3 Nennungen, Schulleitungen).

2.3 Gesamtdotationen pro Fach

Bei welchen Dotationen sehen Sie Anpassungsbedarf?

Quantitative Ergebnisse

Betrachtet man die Forderungen nach Anpassungen einzelner Fachdotationen aus den Rückmeldungen der Mittelschulen (Schulkommissionen, Schulleitungen, Konvente und Gremien), so zeigt sich folgendes Bild:



Qualitative Bemerkungen

- **Deutsch (30 SL):** Die Kompetenzen in der Erstsprache hätten in den letzten Jahren abgenommen. Einzelne Rückmeldungen fordern eine Erhöhung auf 32 Semesterlektionen zur Stärkung der basalen Kompetenzen (2 Nennungen, Konvente, Schulleitungen).
- **Französisch/Italienisch (22 SL):** Eine Erhöhung auf mindestens 24 Semesterlektionen wird gefordert. Die vorgesehene Dotation von 22 Semesterlektionen reiche nicht aus, um das B2-Niveau gemäss eidgenössischem Rahmenlehrplan zu erreichen. Die Reduktion entspreche einem Verlust von etwa 10 Prozent. Insbesondere für Italienisch als neu beginnende

Sprache ohne Vorkenntnisse sei die Dotation zu niedrig. Von der Streichung wäre vor allem der Literaturunterricht betroffen, der einen wesentlichen Beitrag zur intellektuellen Entwicklung leiste. Erfahrungen der FMS hätten gezeigt, dass mit weniger als drei Lektionen pro Woche ein Niveau B2 nicht erreichbar sei. Als Kompensation werden obligatorische Sprachaufenthalte und Halbklassenunterricht gefordert (8 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).

- **Englisch (22 SL):** Eine Erhöhung auf 24 Semesterlektionen wird gefordert. Englisch werde als basale Studienkompetenz definiert und habe im Studien- und Berufsalltag einen immer höheren Stellenwert. Die vorgeschlagene Reduktion von 25 auf 22 Lektionen entspreche einer Kürzung von einem Semester Unterricht und gehe zulasten des Literaturunterrichts, der einen wesentlichen Beitrag zur Fähigkeit leiste, komplexe Texte kritisch zu betrachten (6 Nennungen, v.a. Konvente, Schülerinnen- und Schülerorganisationen).
- **Mathematik (30 SL):** Die vorgesehene Dotation werde den Forderungen nach basalen Kompetenzen und den Anforderungen eines MINT-Studiums nicht gerecht. Die Reduktion gefährde die Sicherstellung der allgemeinen Studierfähigkeit. Eine Erhöhung auf mindestens 32 Semesterlektionen für Nicht-MINT-Schulen wird gefordert. Für MINT-Schulen sollte die Gesamtdotation aus Grundlagenfach und Schwerpunktfach mindestens 40 Semesterlektionen betragen (4 Nennungen, Konvente, Schulleitungen).
- **Informatik (8 SL):** Das Fach Informatik sollte mindestens 12 Semesterlektionen umfassen und damit gleich dotiert sein wie die anderen MINT-Fächer. Die Diskrepanz im Vergleich zu den anderen Grundlagenfächern sei stossend. Es sei ein strategischer Nachteil, dass das Fach Informatik in der heutigen Welt die kleinste Stundendotation habe. Unverständlich sei insbesondere, dass bei den anderen drei Fächern Biologie, Chemie und Physik eine Angleichung stattgefunden habe, Informatik davon aber ausgeschlossen worden sei (5 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen).
- **Geografie (12 SL):** Dem Fach Geografie komme beim neuen Bildungsauftrag BNE eine zentrale Rolle zu. Damit dieser Auftrag erfolgreich umgesetzt werden könne, seien angemessene zusätzliche Ressourcen erforderlich. Eine Erhöhung auf 14 Semesterlektionen (12 Lektionen Grundlagenfach plus 2 Lektionen BNE) wird vorgeschlagen. Eine Angleichung an die anderen GSW-Fächer mit je 12 Semesterlektionen wird ebenfalls gefordert (3 Nennungen, Konvente).
- **Geschichte (16 SL):** Der Verlust von zwei Lektionen sei gravierend, zumal Geschichte durch die politische Bildung zusätzliche Inhalte unterrichten müsse. Der Bedarf an solider historischer Bildung sei in Zeiten von Polarisierung, Filterblasen und Fake News eher grösser als bisher. Das Fach Geschichte habe bereits bei Gymnasium 2022 eine Semesterlektion verloren. Sämtliche Fraktionen des Zürcher Kantonsrats hätten sich im Januar 2025 klar dafür ausgesprochen, dass das Fach Geschichte nicht abgebaut werde. Eine Beibehaltung der bisherigen Dotation von 18 Semesterlektionen oder eine Erhöhung durch Lektionen aus dem Ergänzungsfach oder der Maturitätsarbeit wird gefordert (10 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen).
- **Wirtschaft und Recht (8 SL):** Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb nicht alle Grundlagenfächer im GSW-Bereich gleichgestellt werden. Geschichte sei mit 16 Semesterlektionen im Vergleich zu Geografie und Wirtschaft und Recht höher dotiert. Eine Angleichung an die anderen GSW-Fächer mit je 12 Semesterlektionen wird gefordert. Wirtschaft und Recht beziehe sich als einziges Fach auf zwei universitäre Fachbereiche (Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften), verfüge aber über ein Drittel weniger Semesterlektionen als andere Fächer und im Vergleich zu Geschichte über die Hälfte weniger (7 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen).
- **Bildende Kunst/Musik (16 SL):** Die vorgesehene Dotation wird als zu hoch erachtet. Die gymnasiale Maturität solle die allgemeine Studierfähigkeit gewährleisten. Da nur wenige Fachgebiete Kenntnisse in Bildender Kunst und Musik voraussetzen, überrasche die

Erhöhung der Dotation. Die musischen Fächer erhalten im vorliegenden Entwurf die grösste Zunahme an Semesterlektionen. Ein Abbau im Bereich der musischen Fächer wäre vertretbar. Der Instrumentalunterricht solle nicht Teil der Gesamtdotation sein (5 Nennungen, Konvente, Schulkommissionen).

- **Schwerpunktfach (26 SL):** Eine Erhöhung auf mindestens 28 bis 30 Semesterlektionen wird gefordert. Der bisherige kantonale Durchschnitt habe bei 30 Semesterlektionen gelegen. Eine Reduktion bei gleichzeitiger Erweiterung der Inhalte durch den Einbezug eines weiteren Fachs widerspreche der Idee eines Schwerpunktfachs. Für interdisziplinäre Schwerpunktfächer mit drei Stammfächern seien 26 Semesterlektionen zu wenig, um eine echte Vertiefung zu erlangen. Sprachfächer ohne Unterstützung durch ein Grundlagenfach benötigten mehr Stunden für den Spracherwerb (13 Nennungen, v.a. Konvente, Schulleitungen, Schulkommissionen, Gremien).
- **Ergänzungsfach (10 SL):** Eine Reduktion auf 6 bis 8 Semesterlektionen zugunsten der Schwerpunktfächer wird vorgeschlagen. Da der Entscheid der Schweizerischen Maturitätskommission vom November 2025 die beliebige Aneinanderreihung von Fächern ohne thematische Abstimmung im Ergänzungsfach verbiete, sei dort eine Kürzung vorstellbar. Die Lektionen sollten nicht anderen Grundlagenfächern weggenommen, sondern aus dem Ergänzungsfach genommen werden. Einzelne Schulen befürchten, dass ein modulares Angebot aufgrund der geringen Schülerzahlen nicht möglich sei (8 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).
- **Maturitätsarbeit (3 SL):** Angesichts der Entwicklungen rund um künstliche Intelligenz sollte die Dotation bei 2 Semesterlektionen wie bisher bleiben. Eine Erhöhung auf 3 Semesterlektionen könne zu einer unwillkommenen Eskalation des Aufwands und der Erwartungen führen und die allgemeine Belastung der Schülerinnen und Schüler zusätzlich erhöhen. Die Kontrolle der Maturitätsarbeiten werde mittels KI immer schwieriger. Die Schülerinnen und Schüler müssten lernen, die Zeit einzuteilen und den Arbeitsumfang realistisch zu begrenzen (11 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen, Gremien).
- **Weitere nicht promotionsrelevante Lektionen (3–5 SL):** Eine Reduktion auf 2 Semesterlektionen zugunsten der Grundlagenfächer wird vorgeschlagen. Eine Lektion für die Klassenstunde reiche völlig aus. Die weiteren Lektionen würden besser den Grundlagenfächern zugeordnet. Die genannten Ziele würden heute schon anders vermittelt. Maximal 3 bis 4 Semesterlektionen seien ausreichend (6 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).

Innerhalb der Rückmeldungen aus den Mittelschulen zeigt sich, dass die Zustimmung zum Vorschlag von Seiten der Schulkommissionen und Schulleitungen deutlich höher ist als von Seiten der Konvente. Diese Haltung zeigt sich auch innerhalb der Gremien. Die detaillierten quantitativen Rückmeldungen aller Gruppierungen finden sich im Anhang.

Für die Dotation in einzelnen Fächern haben sich insbesondere auch die Fachverbände stark gemacht. Sie fordern folgende Anpassungen:

- **Wirtschaftsverbände:** Es wird eine Erhöhung der Dotation von Wirtschaft und Recht auf 10-12 Semesterlektionen gefordert. Das Fach sei im Vergleich zu Geografie unterdotiert und beziehe sich als einziges Fach auf zwei universitäre Fachbereiche (Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften). Besonders in einem Kanton wie Zürich, der qualifizierte Fachkräfte mit wirtschaftlichem und juristischem Know-how benötige, sollte das Fach denselben Stellenwert erhalten wie Geschichte und Geografie (7 Nennungen).
- **Sprachverbände:** Sie fordern eine Erhöhung von Französisch/Italienisch auf mindestens 24-26 Semesterlektionen. Das Niveau B2 gemäss eidgenössischem Rahmenlehrplan wäre mit 22 Semesterlektionen nicht mehr erreichbar. Als Kompensation werden obligatorische Sprachaufenthalte, Halbklassenunterricht und Sprachassistenz gefordert (4 Nennungen). Zudem setzen sie sich für eine Erhöhung des Schwerpunktfaches auf 30-32 Semesterlektionen für Schwerpunktfächer mit Sprachen. Für interdisziplinäre Schwerpunktfächer wie

«Sprache und Philosophie: Latein/Griechisch» seien 32 Semesterlektionen nötig, um innovative Akzente zu setzen (7 Nennungen).

- **Geschichtsverbände:** Sie fordern eine Erhöhung auf 18 Semesterlektionen. Die Schwächung werde aus staatsbürgerlichen Gründen abgelehnt. Geschichte lehre, komplexe Sachverhalte zu verstehen und kritisch zu denken – Fähigkeiten, die angesichts zunehmender Desinformation hochaktuell seien (2 Nennungen).

Die Diskussion um die Dotation einzelner Fächer ist auch politisch geprägt. Die politischen Parteien vertreten folgende Haltung:

- Die **SVP** findet die Dotation von Französisch/Italienisch zu tief und fordert, dass Französisch bei Abschaffung des Frühfranzösisch zwingend als Fremdsprache gewählt werden müsse. Sie ist gegen eine Reduktion bei Geschichte (16 SL) und hält die Erhöhung bei Bildende Kunst/Musik für völlig übertrieben. Die Maturitätsarbeit möchte sie stark reduzieren – auf keinen Fall auf 3 SL erhöhen.
- Die **EDU** fordert eine Erhöhung des Schwerpunktfachs in Richtung 30 SL und des Ergänzungsfachs in Richtung 20 SL. Sie spricht sich für mehr nicht promotionsrelevante Lektionen aus, um individuelle Interessen der Schülerinnen und Schüler besser zu berücksichtigen und den Druck zu reduzieren.
- Die **EVP** ist gegen eine Schwächung von Französisch/Italienisch und Englisch und gegen eine Reduktion bei Geschichte (mit Forderung nach 17 SL). Sie möchte die Maturitätsarbeit auf 1 SL reduzieren.
- Die **SP** findet die Schwächung von Französisch/Italienisch (22 SL) fraglich und fordert die Beibehaltung der alten Dotation. Sie ist gegen eine Reduktion bei Geschichte (16 SL) und will keine weitere Kürzung der politischen Bildung im Grundlagenbereich. Die SP fordert zudem die Beibehaltung der nicht promotionsrelevanten Lektionen (3–5 SL) und lehnt eine Rückverteilung zu promotionsrelevanten Fächern ab.
- Die **FDP** fordert eine Erhöhung von Wirtschaft und Recht auf 11 SL sowie eine Reduktion der Maturitätsarbeit auf 2 SL, da die Kontrolle mittels KI immer schwieriger werde.
- Die **Grünen** sind gegen eine Reduktion bei Geschichte (16 SL) und sehen beim Ergänzungsfach (10 SL) Verschiebungspotenzial zugunsten der nicht promotionsrelevanten Lektionen.
- Die **Mitte** und die **GLP** stimmen der vorgeschlagenen Stundendotation zu und melden keinen Anpassungsbedarf an.

3 Grundlagenfächer

3.1 Festlegung von Englisch als Dritte Sprache

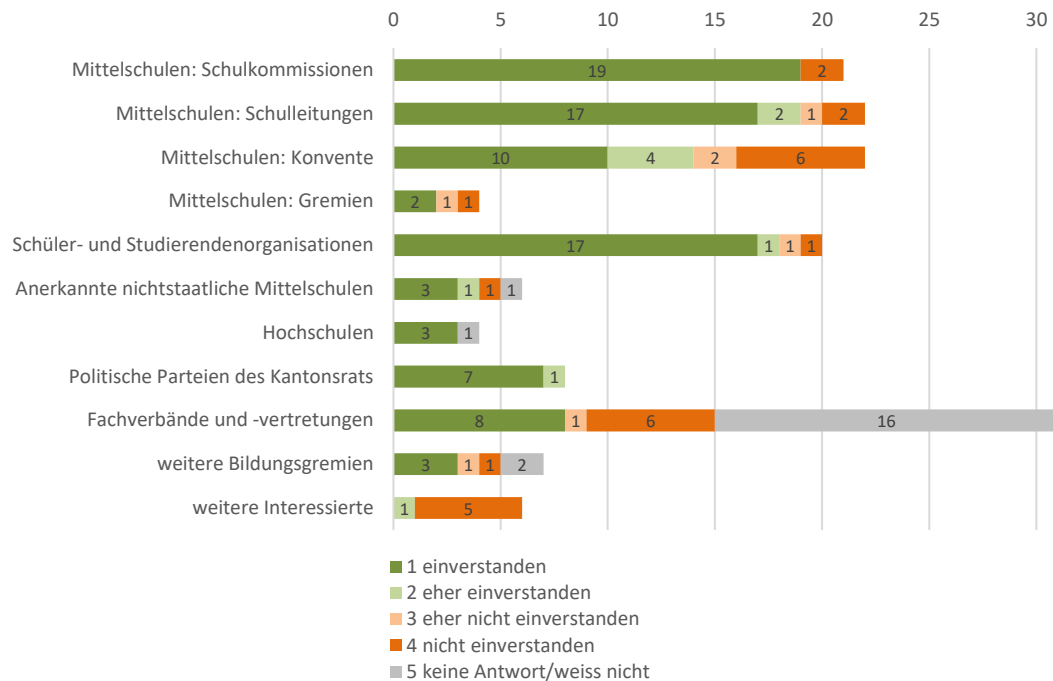
Sind Sie damit einverstanden, dass Englisch als dritte Sprache für alle Schülerinnen und Schüler festgelegt wird?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zur Festlegung von Englisch als verpflichtende dritte Sprache ist über alle Gruppierungen hinweg hoch. Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmt diesem Vorschlag zu oder ist eher einverstanden.

Bei den Mittelschulen zeigt sich, dass die Schulkommissionen und Schulleitungen mehrheitlich zustimmen, die Konvente und Gremien (LKM, MVZ) deutlich kritischer sind. Bei den Fachverbänden lehnen insbesondere die Vertreter der Alten Sprachen und der Romanistik (FASZ, Seminar für Griechische und Lateinische Philologie, FAW, Romanisches Seminar UZH) den

Vorschlag ab. Die politischen Parteien stimmen dem Vorschlag geschlossen zu. Ebenso die Hochschulen (ETH, UZH, ZHAW).



Qualitative Bemerkungen

- Die Bedeutung von Englisch als Weltsprache und basale Kompetenz für ein erfolgreiches Hochschulstudium wird vielfach betont. Englisch ist als dominierende Sprache in der Wissenschaft für viele Studienunterlagen, Fachpublikationen und teilweise sogar Vorlesungen unerlässlich (22 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Hochschulen, politische Parteien, Wirtschaftsverbände). Die UZH gewichtet die Bedeutung von Kompetenzen in Englischer Sprache nicht nur für die Studierfähigkeit, sondern auch für die vertiefte Gesellschaftsreife der Lernenden hoch.
- Es wird mehrfach kritisiert, dass die Festlegung auf Englisch als dritte Sprache für alle zu rigide ist und MAR Art. 13 (Wahlfreiheit dritte Sprache) unnötig einschränkt. Die Schulen sollten weiterhin Latein, Griechisch oder die Landessprachen als dritte Sprache anbieten können (16 Nennungen, v.a. Fachverbände Alte Sprachen und Romanistik, einzelne Konvente, Privatpersonen).
- Es wird darauf hingewiesen, dass starke Schülerinnen und Schüler sowieso über ausreichende Englischkenntnisse verfügen, die die Studierfähigkeit gewährleisten. Viele Schülerinnen und Schüler bringen bereits solide Englischkenntnisse mit (durch ihre Herkunft oder durch einen Sprachtausch). Der obligatorische Englischunterricht in der 3. Sprache verunmöglicht es solchen oder anderen sprachinteressierten Schülerinnen und Schüler, das Gefäss der 3. Sprache mit einer anderen Sprache zu belegen (11 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände).
- Es wird betont, dass die Wahlfreiheit Profilbildung und schulische Akzente dank Latein, Griechisch oder Landessprachen als dritte Sprache ermöglicht. Die Schulen sollten bei der Festlegung des Fächerangebots grösstmögliche Flexibilität erhalten bzw. die Festlegung der dritten Sprache sollte den Schulen überlassen werden. Es muss möglich sein, an einem Zürcher Gymnasium beide Landessprachen als Grundlagenfach zu wählen (12 Nennungen, v.a. Konvente, LKM, LKV, MVZ, einzelne Schulkommissionen).
- Es wird darauf hingewiesen, dass angesichts der nationalen Debatte um den Stellenwert des Französischen unverständlich ist, weshalb hier ohne nationalen Auftrag eine weitere

Schwächung des Französischen erfolgen soll, während Italienisch im Bereich der zweiten Sprache gefördert wird (5 Nennungen, u.a. LKM, LKV).

3.2 Grundlagenfach Bildende Kunst und/oder Musik

3.2.1 Phasen-Modell

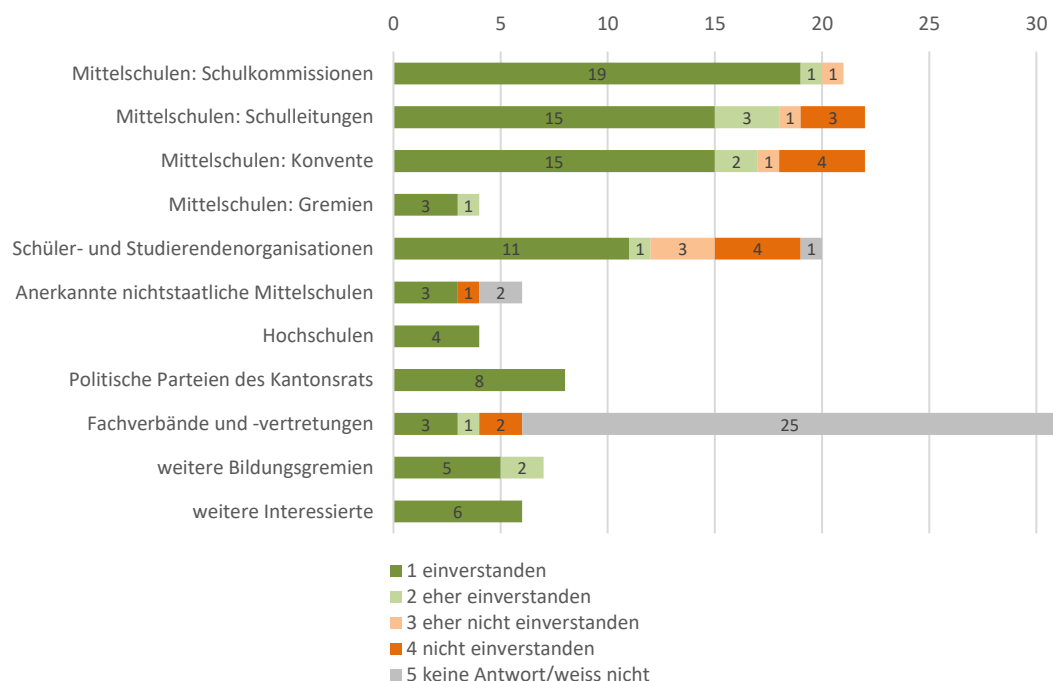
Sind Sie damit einverstanden, dass alle Schülerinnen und Schüler in der ersten Phase (in der Regel während zwei Semestern) sowohl Bildende Kunst als auch Musik besuchen und sich danach (zweite Phase) für Bildende Kunst oder Musik entscheiden?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zum zweiphasigen Modell bei den Kunstfächern ist über alle Gruppierungen hinweg hoch. Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmt diesem Vorschlag zu oder ist eher einverstanden.

Bei den Mittelschulen zeigt sich, dass etwa ein Fünftel der Schulleitungen und Konvente den Vorschlag eher kritisch einschätzen. Die Gremien (PKSK, SLK, LKM, MVZ) stimmen dem Vorschlag zu bzw. sind eher einverstanden. Bei den Schüler- und Studierendenorganisationen zeigt sich, dass etwa ein Drittel nicht oder eher nicht einverstanden sind.

Die politischen Parteien stimmen dem Vorschlag geschlossen zu, genauso wie die Hochschulen (ETH, UZH, ZHAW, ZHdK).



Qualitative Bemerkungen

- Die Vorgabe, dass alle Schülerinnen und Schüler in der ersten Phase sowohl Bildende Kunst als auch Musik besuchen, wird als wichtiges Anliegen zur Sicherstellung des prüfungsfreien Zugangs zu Universitäten und Pädagogischen Hochschulen sowie zur Förderung der Allgemeinbildung unterstützt (17 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Gremien). Die UZH betont, dass das zweiphasige Modell eine bewusste Wahl fördert und kulturelle Bildung stärkt. Die ZHdK hebt hervor, dass der Vorschlag demokratisierend ist, indem er einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit in den Kunstfächern leistet, künftigen

PH-Studierenden eine notwendige fachliche Basis ermöglicht und zu einem breiten/interdisziplinären künstlerischen Verständnis beiträgt.

- Es wird mehrfach betont, dass die Schülerinnen und Schüler vor der Kunstfachwahl die beiden Fächer auf Gymnasialniveau kennenlernen sollen und einen fundierten Einblick in die gymnasiale Vermittlung erhalten, um einen informierten Entscheid fällen zu können (9 Nennungen, v.a. Gremien, Schulleitungen).
- Es wird kritisiert, dass die vorgesehene Dotation der beiden Fächer zu hoch ist (5 Nennungen, v.a. einzelne Konvente, Schulkommissionen, politische Parteien). Dies ist aber eine nationale Vorgabe und kann nicht tiefer angesetzt werden.
- Es wird der Vorschlag gemacht, dass die Schülerinnen und Schüler sich vor dem Beginn der Oberstufe bzw. vor Eintritt ins Gymnasium entscheiden und dann ein Fach machen sollten, das dafür richtig unterrichtet wird. Die Schülerinnen und Schüler hätten bereits in der Sekundarschule bzw. im Untergymnasium beide Fächer gehabt und könnten so entscheiden. Eine frühere Wahl würde zu mehr Vertiefung im Kunstfach führen und die SuS wären interessierter. Die erste Phase mit BG und Mu sei nicht erforderlich. Zudem wird befürchtet, dass die Schülerinnen und Schüler mit zu vielen Fächern überfordert werden (13 Nennungen, v.a. Schüler- und Studierendenorganisationen, Fachverbände, einzelne Konvente und Schulleitungen).
- Es wird darauf hingewiesen, dass der Entscheidungszeitpunkt bzw. die Wahl zwischen den beiden Modellen (BG und Musik vs. BG oder Musik) den Schulen überlassen werden soll, insbesondere wenn die schulorganisatorische Umsetzung wegen fehlender Infrastruktur sehr schwierig wäre (5 Nennungen, u.a. LKM, LKV, einzelne Konvente).
- Es wird befürchtet, dass die Zweiphasenstruktur zu schulorganisatorischen Schwierigkeiten in der Klassenbildung und in der Gestaltung der Stundenpläne führt (2 Nennungen, Konvent, Schulleitung).

3.2.2 Dotation

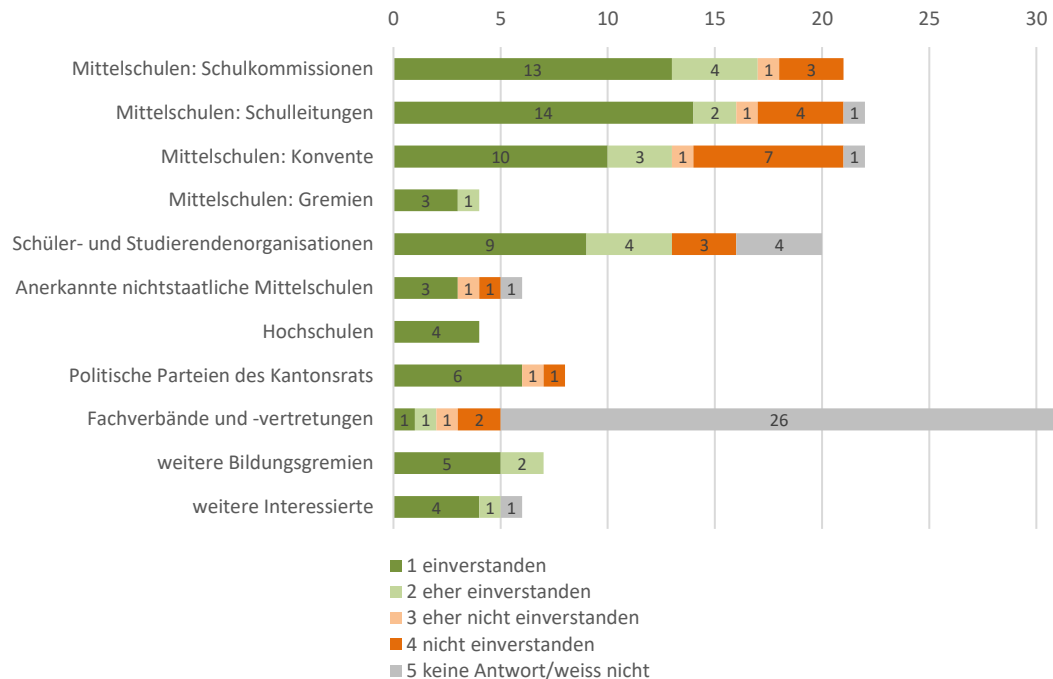
Sind Sie mit der Verteilung der Dotationen im Grundlagenfach Bildende Kunst und/oder Musik einverstanden? In der ersten Phase je vier Semesterlektionen für Bildende Kunst und Musik und in der zweiten Phase acht Semesterlektionen für entweder Bildende Kunst oder Musik?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zur Verteilung der Dotationen im Grundlagenfach Bildende Kunst und/oder Musik ist über alle Gruppierungen hinweg hoch, zeigt aber auch Vorbehalte.

Bei den Mittelschulen zeigt sich, dass etwa ein Fünftel der Schulleitungen Vorbehalte haben und insbesondere gut ein Drittel der Konvente den Vorschlag kritisch einschätzen. Die Gremien (PKSK, SLK, LKM, MVZ) sind alle einverstanden oder eher einverstanden.

Die politischen Parteien stimmen mehrheitlich zu, wobei die FDP eher nicht einverstanden und die SVP nicht einverstanden sind. Die Hochschulen (ETH, UZH, ZHAW, ZHdK) stimmen dem Vorschlag geschlossen zu.



Qualitative Bemerkungen

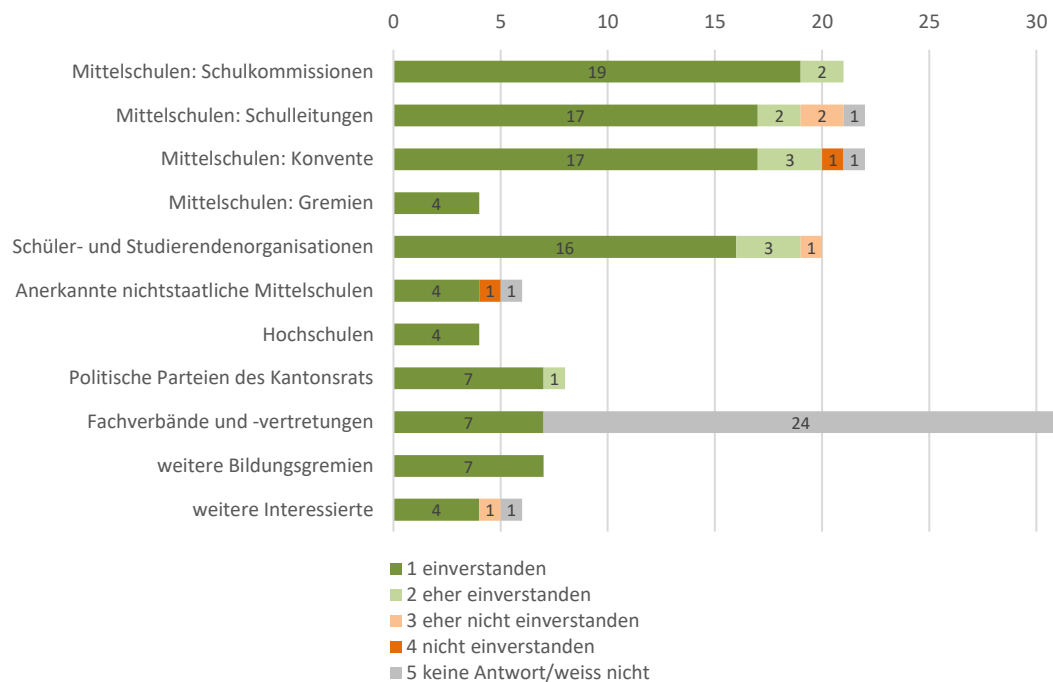
- Es wird kritisiert, dass die vorgesehene Dotation der beiden Fächer insgesamt zu hoch ist, insbesondere wenn man bedenkt, dass das Grundlagenfach mit dem Schwerpunktfach kombiniert werden kann. Die Lektionenzahl könne zugunsten anderer Fächer wie Geschichte oder des Fremdsprachenbereichs reduziert werden (9 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände, politische Parteien, Schüler- und Studierendenorganisationen). Die Gesamtdotation kann aber aufgrund der nationalen Vorgaben nicht tiefer gesetzt werden.
- Es wird mehrfach darauf hingewiesen, dass der Instrumentalunterricht nicht in die Dotation des Grundlagenfachs Musik eingerechnet werden soll, sondern zusätzlich zur Schulmusik zu rechnen ist. Die Integration des Instrumentalunterrichts in die Dotation bedeute eine Kürzung im Fach Musik gegenüber dem Status quo und führe zu planerischen Schwierigkeiten. Für die Schulmusik seien die vollen zwei Lektionen pro Woche notwendig, um die Qualität des Musikunterrichts zu gewährleisten und die konstante Durchführung der grossen Praxisgefässe wie Chor, Orchester, Bandkurse sicherzustellen (8 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).
- Es wird der Vorschlag gemacht, dass die Verteilung der Dotationen auf die jeweiligen Kunstfächer bzw. auf die erste und zweite Phase den Schulen überlassen werden soll, um mehr Spielraum und eigene Schwerpunktsetzungen zu ermöglichen. Die Kantonale Rahmenstundentafel solle statt verbindlichen Gesamtdotationen Mindestdotationen angeben, die von den Schulen bei Bedarf überschritten werden können (6 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen).
- Es wird argumentiert, dass bei einer Verkürzung der ersten Phase auf ein Semester (statt der vorgeschlagenen zwei Semester mit je 4 SL) sich die Schülerinnen und Schüler im Kunstfach ihrer Wahl über mehr Semesterlektionen vertiefen könnten. Eine frühere Wahl und damit mehr Vertiefung im gewählten Fach wird bevorzugt (4 Nennungen, v.a. Konvente).

3.2.3 Freiwilliger Instrumentalunterricht

Sind Sie damit einverstanden, dass die Schülerinnen und Schüler in der ersten Phase (in der Regel während zwei Semestern) im Rahmen des regulären Unterrichtsangebots freiwillig Instrumentalunterricht im Umfang von einer Semesterlektion besuchen können?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zum freiwilligen Instrumentalunterricht in der ersten Phase ist über alle Gruppierungen hinweg sehr hoch. Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmt diesem Vorschlag zu oder ist eher einverstanden.



Qualitative Bemerkungen

- Die Möglichkeit des freiwilligen Instrumentalunterrichts wird vielfach als wichtiges Anliegen zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit bzw. Chancengleichheit begrüsst. Der kostenlose Instrumentalunterricht biete Schülerinnen und Schülern, die sich Instrumentalunterricht ausserhalb der Schule nicht leisten können, im Sinne einer "Bildung für alle" die kostenfreie Möglichkeit, ein Instrument zu erlernen. Im Sinne des sozialen Aspekts sei der kostenlose Instrumentalunterricht eine integrative Chance (16 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, politische Parteien, Schüler- und Studierendenorganisationen, Hochschulen). Die ZHdK hebt hervor, dass dieses Angebot sowohl aus Sicht der Chancengerechtigkeit als auch der Talentförderung unbedingt zu unterstützen ist.
- Es wird mehrfach betont, dass der freiwillige Instrumentalunterricht die Möglichkeit biete, ein Instrument auszuprobieren ohne Leistungsdruck, bevor sich die Schülerinnen und Schüler für oder gegen Musik entscheiden. Drei Jahre Instrumentalunterricht seien eine sinnvolle Dauer, um ein ansprechendes Niveau zu erreichen. Der freiwillige Instrumentalunterricht wirke einer Kürzung des Instrumentalunterrichts im Grundlagenfach entgegen (7 Nennungen, v.a. Konvente, MVZ, Schulleitungen).
- Es wird darauf hingewiesen, dass freiwilliger Instrumentalunterricht organisatorisch schwierig umzusetzen und sehr teuer sein kann. Die Setzung der Instrumentallektionen im Stundenplan sei herausfordernd, es führe zu Schwankungen bei den Pensen der Instrumentallehrpersonen und benötige zusätzliche Infrastruktur (5 Nennungen, v.a. Schulleitungen, Schulkommissionen).

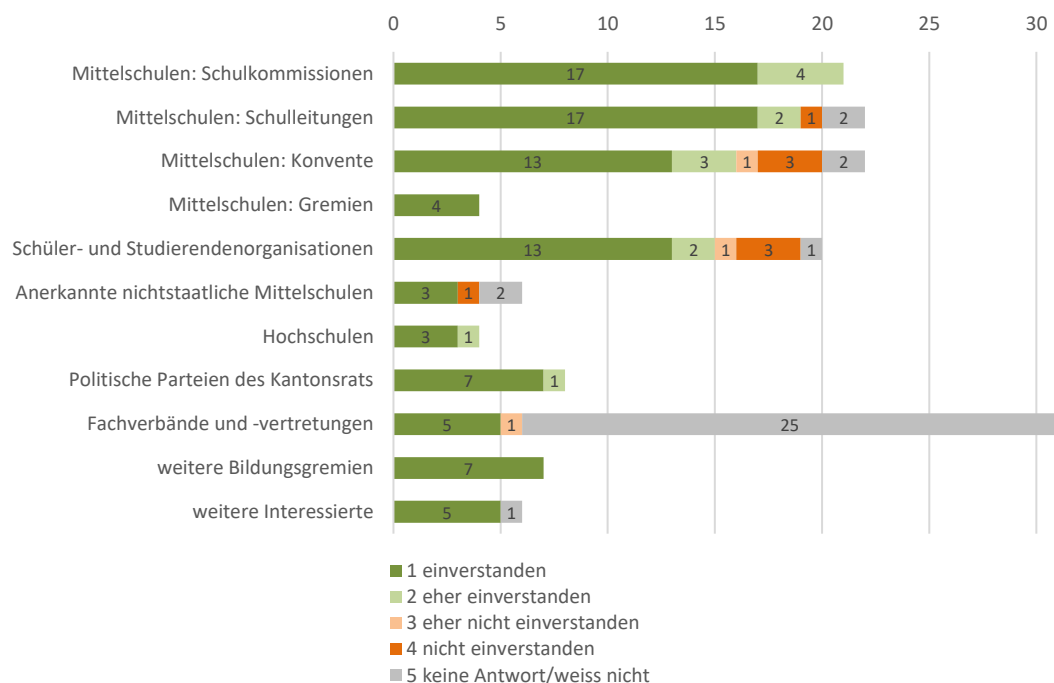
- Es wird der Vorschlag gemacht, dass der Instrumentalunterricht obligatorisch sein sollte, da Gymnasiastinnen und Gymnasiasten mindestens einmal im Leben in Kontakt mit einem Musikinstrument kommen sollten im Sinne der humanistischen Bildung (4 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Konvente).

3.2.4 Dotation des Instrumentalunterrichts bei der Wahl von Musik

Sind Sie damit einverstanden, dass der Instrumentalunterricht bei der Wahl von Musik mit zwei Semesterlektionen dotiert wird?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zur Dotation des Instrumentalunterrichts bei der Wahl von Musik ist über alle Gruppierungen hinweg sehr hoch. Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmt diesem Vorschlag zu oder ist eher einverstanden.



Qualitative Bemerkungen

- Die Dotation des Instrumentalunterrichts bei der Wahl von Musik mit zwei Semesterlektionen wird grundsätzlich unterstützt. Der Vorschlag entspreche dem heutigen Durchschnitt und erscheine pragmatisch. Die institutionell verbindlichere Einbindung des Instrumentalunterrichts ermögliche Schülerinnen und Schülern die für die musikalische Entwicklung notwendige individuelle Förderung, die mit dem Klassenunterricht Musik allein nicht eingelöst werden könne. Die Teilhabe am musikalischen Erbe der Menschheit müsse den nächsten Generationen offenstehen (35 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Gremien, politische Parteien, Hochschulen, weitere Bildungsgremien, Fachverbände).
- Der Instrumentalunterricht dürfe nicht auf Kosten des Klassenunterrichts in Schulmusik gehen. Die zwei Semesterlektionen sollten nicht von den acht Semesterlektionen Musik genommen werden. Der Instrumentalunterricht solle nicht im Total der Semesterlektionen von 268 enthalten sein und zusätzlich zu den vollen zwei Schulmusiklektionen stattfinden (6 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).

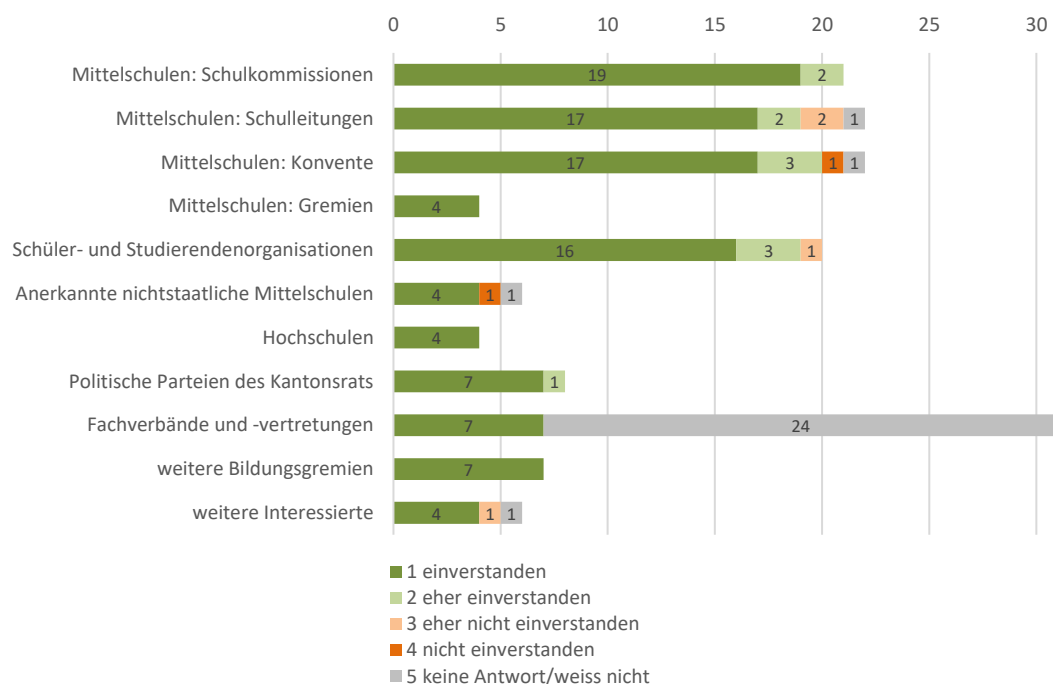
- Der Vorschlag bedeute an einzelnen Schulen eine Kürzung des Instrumentalunterrichts von bisher drei Semesterlektionen auf zwei Semesterlektionen. Dies entspreche einer Kürzung um 33 Prozent (2 Nennungen, Konvente, Schulleitungen).
- Der Instrumentalunterricht solle freiwillig bleiben und nicht obligatorisch sein. Wer Musik nehmen wolle, solle das auch machen können, ohne gezwungen zu werden, ein Instrument zu spielen. Die Wahl zwischen Bildender Kunst und Schulmusik solle unabhängig vom Besuch des Instrumentalunterrichts getroffen werden (2 Nennungen, Konvente, Schülerinnen- und Schülerorganisationen).

3.3 Verzicht auf Philosophie als dreizehntes Grundlagenfach

Sind Sie damit einverstanden, dass Philosophie im Kanton Zürich nicht als dreizehntes Grundlagenfach geführt wird?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung dazu, dass Philosophie im Kanton Zürich nicht als dreizehntes Grundlagenfach geführt wird, ist über alle Gruppierungen hinweg sehr hoch. Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmt diesem Vorschlag zu oder ist eher einverstanden.



Qualitative Bemerkungen

- Der Verzicht auf Philosophie als dreizehntes Grundlagenfach wird vielfach mit der Notwendigkeit begründet, die Belastung der Schülerinnen und Schüler nicht weiter zu erhöhen und eine Überfrachtung der Stundentafel zu vermeiden. Zwölf Grundlagenfächer böten eine genügend breite Basisausbildung (28 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Konvente, Schulleitungen, Hochschulen, politische Parteien).
- Es wird mehrfach betont, dass das Fach Philosophie einen wichtigen Beitrag zur allgemeinen Studierfähigkeit, zur vertieften Gesellschaftsreife und zur Förderung von kritischem Denken leisten kann. Daher sei bei der weiteren Konkretisierung der Reform dafür zu sorgen, dass die relevanten Inhalte des Fachs im Wahlpflichtbereich in geeigneter Form vertreten sind (20 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Konvente, politische Parteien).

- Es wird kritisiert, dass der Kanton Zürich auf die Förderung der im MAR Art. 6 angelegten Kompetenzen des Critical Thinking und der Theory of Knowledge verzichtet und diese nirgends explizit verankert. Diese Aspekte müssten ins Curriculum der Grundlagen- und Schwerpunktfächer integriert werden (7 Nennungen, u.a. LKM, MVZ, LKV, Konvente).
- Es wird von einzelnen Fachverbänden argumentiert, dass die Begründung mit der erhöhten Belastung abgelehnt wird. Andere deutschschweizerische Kantone hätten sehr gute Erfahrungen mit Philosophie/Religionswissenschaft als Grundlagenfach gemacht (4 Nennungen, v.a. Fachverbände).

4 Schwerpunktfächer

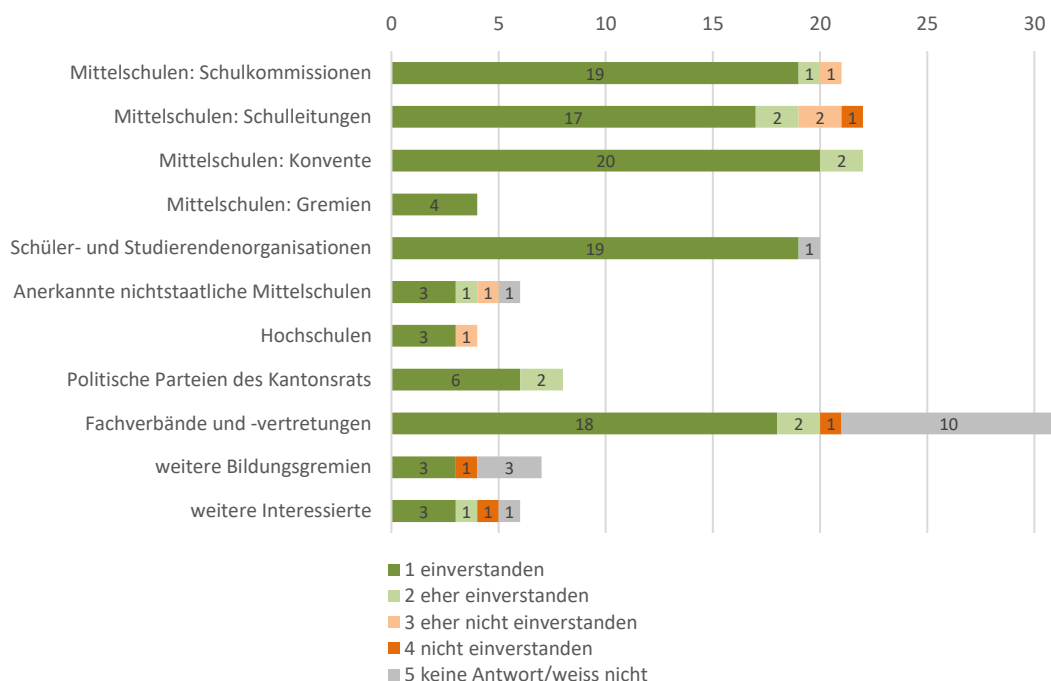
4.1 Schulische Akzentsetzung in den Schwerpunktfächern

Sind Sie damit einverstanden, dass die Schulen eine fachliche Erweiterung mittels allfälliger Astfächer oder einer Vertiefung der Stammfächer vornehmen können?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung dazu, dass die Schulen eine fachliche Erweiterung mittels allfälliger Astfächer oder eine Vertiefung der Stammfächer vornehmen können, ist über alle Gruppierungen hinweg sehr hoch. Die grosse Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmt diesem Vorschlag zu oder ist eher einverstanden.

Bei den Mittelschulen zeigt sich ein äusserst positives Bild: Die Konvente stimmen geschlossen zu. Die Schulkommissionen und Schulleitungen unterstützen den Vorschlag ebenfalls mehrheitlich klar. Die Gremien (PKSK, SLK, LKM, MVZ) sind geschlossen einverstanden.



Qualitative Bemerkungen

- Die Möglichkeit der schulischen Akzentsetzung in den Schwerpunktfächern wird vielfach begrüsst. Die schulische Freiheit ermögliche Profilierung, erhöhe die Flexibilität und erlaube es den Schulen, auf ihre spezifischen Stärken, regionalen Rahmenbedingungen und vorhandenen fachlichen Expertisen zu reagieren. Eine Spezialisierung von Schulen und

Ausbildungsrichtungen solle weiterhin möglich sein (27 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Gremien, Hochschulen).

- Es wird jedoch mehrfach darauf hingewiesen, dass die fachliche Erweiterung der Schwerpunktfächer mittels Astfächer die Komplexität des Unterrichtsangebots erhöht und seine Organisierbarkeit erschwert. Je mehr Fächer beteiligt sind, desto komplexer wird die Benotung und die Erstellung der Stundenpläne. Daher wird begrüsst, dass die Schulen die Möglichkeit haben, auf aufwändige fachliche Erweiterungen zu verzichten (15 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen).
- Es wird betont, dass die Schulen maximale Freiheit bei der Wahl und Definition der Astfächer haben sollten, um eine echte Profilierungsmöglichkeit zu gewährleisten. Es sollen keine kantonalen Astfach-Vorgaben in Form von Listen erstellt werden. Auch Nicht-Grundlagenfächer wie Kunstgeschichte, Theater, Pädagogik/Psychologie oder Philosophie sollten grundsätzlich in Frage kommen (10 Nennungen, v.a. Konvente, MVZ, LKV).
- Es wird mehrfach gefordert, dass die Schulen zur besseren Organisierbarkeit die Möglichkeit haben sollten, die Verteilung der Gewichte innerhalb der Stammfächer festzulegen. Ein Stammfach müsse zwingend auch einen nicht-interdisziplinären Anteil haben (9 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, politische Parteien, MVZ).
- Es wird von einzelnen Stimmen kritisiert, dass Astfächer zu einer fachlichen Verzettlung führen könnten und das Ziel der Vereinheitlichung zwischen den Schulen aufweichen würden. Von Astfächern sei abzusehen, diese führten zu einer weiteren Verwässerung von Inhalten und zu einer Komplizierung von Stundenplänen und Stundentafeln (6 Nennungen, Konvente, Schulleitungen, Fachverbände, politische Parteien).

4.2 Schlüsselprinzipien

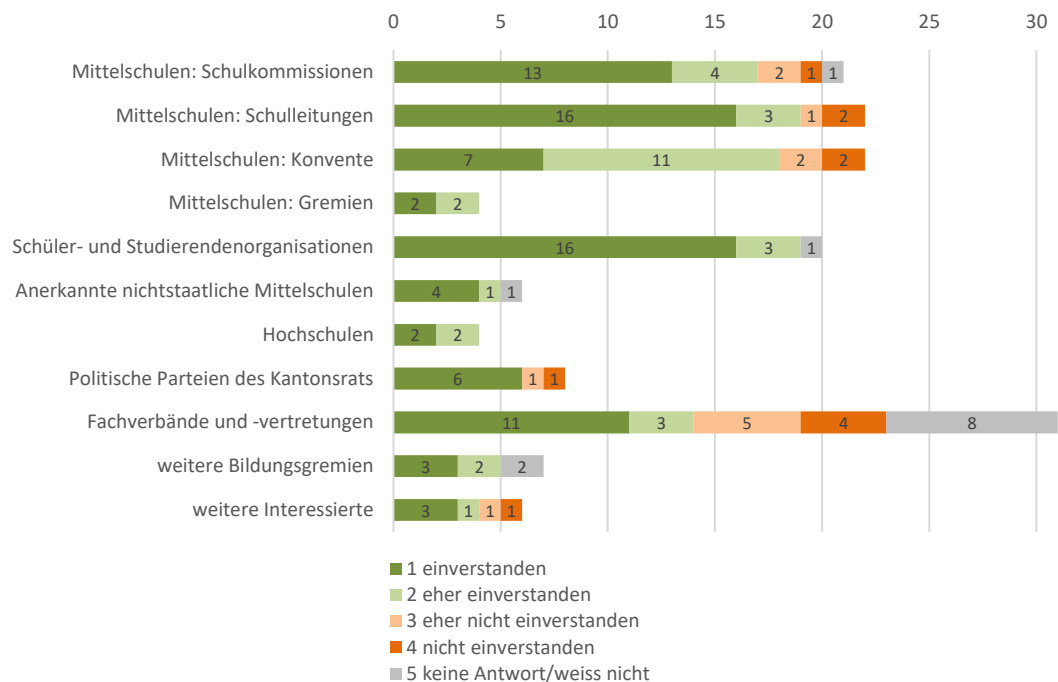
Sind Sie mit den vier Schlüsselprinzipien einverstanden, welche der Konzeption der Schwerpunktfächer zugrunde liegen (Interdisziplinarität, Wissenschaftspropädeutik, Problemorientierung/kritisches Denken sowie Handlungsorientierung)?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zu den vier Schlüsselprinzipien (Interdisziplinarität, Wissenschaftspropädeutik, Problemorientierung/kritisches Denken sowie Handlungsorientierung), welche der Konzeption der Schwerpunktfächer zugrunde liegen, ist hoch. Die grosse Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden stimmt diesem Vorschlag zu oder ist eher einverstanden.

Bei den Mittelschulen zeigen die Schulkommissionen, Schulleitungen und Konvente eine deutliche Zustimmung, wobei auch einzelne kritische Rückmeldungen vorliegen. Die Gremien sind einverstanden oder eher einverstanden, wobei LKM und MVZ noch Änderungsbedarf im Detail sehen.

Die politischen Parteien unterstützen den Vorschlag mehrheitlich. Die Hochschulen sind ebenfalls einverstanden oder eher einverstanden, sehen aber noch Verbesserungspotenzial bei der Schärfung der Begriffe. Bei den Fachverbänden zeigt sich ein gespaltenes Bild mit einigen kritischen Stimmen von Wirtschafts- und Sprachfachverbänden.



Qualitative Bemerkungen

- Die vier Schlüsselprinzipien werden grundsätzlich als wichtige Voraussetzungen für die allgemeine Studierfähigkeit anerkannt. Vernetztes, fächerübergreifendes und analytisches Denken sei sowohl im Studium als auch in der Arbeitswelt zunehmend wichtiger (21 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Hochschulen, Schüler- und Studierendenorganisationen).
- Es wird vielfach kritisiert, dass die Interdisziplinarität in den Schwerpunktfächern zu einer Verwässerung der Inhalte und fachlicher Oberflächlichkeit führe. Ohne solide fachliche Fundamente verkäme die Interdisziplinarität zu einer Pseudo-Interdisziplinarität. Die gemeinsame Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung durch mehrere Lehrpersonen erzeuge zudem einen deutlich höheren Koordinationsaufwand (23 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände, Wirtschaftsverbände, einzelne Schulleitungen).
- Die Interdisziplinarität sollte besser in den Ergänzungsfächern statt in den Schwerpunktfächern verortet werden, wie dies auch in anderen Kantonen praktiziert werde. Im Schwerpunktfach sollte die Wissenschaftspropädeutik das primäre Ziel sein (14 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände, politische Parteien, einzelne Schulleitungen).
- Der Begriff "Handlungsorientierung" wird als problematisch kritisiert. Die Handlungsorientierung nehme zu Lasten der Wissenschaftspropädeutik zu viel Raum ein und stehe in Spannung zu dieser. Der Begriff biete viel Interpretationsspielraum und bedürfe noch der Erläuterung. Es wird vorgeschlagen, ihn durch "kritische Handlungsfähigkeit" oder "Aktualitätsbezug" zu ersetzen (15 Nennungen, v.a. Konvente, LKM, MVZ, LKV, Fachverbände).
- Die Schlüsselprinzipien seien bereits Bestandteil der heutigen gymnasialen Ausbildung und sollten nicht nur für Schwerpunktfächer gelten, sondern für alle Fächer (8 Nennungen, v.a. Fachverbände, einzelne Konvente).
- Die UZH und ETH kritisieren, dass die Schwerpunktfächer nun schwerpunktmässig innerhalb der Fächergruppen kooperieren sollen und von einer echten fächergruppenübergreifenden Interdisziplinarität absehen. Mit Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen und die Weiterentwicklung von Studien- und Forschungsprogrammen an den Universitäten erschienen auch fächergruppenübergreifende Kooperationen notwendig, um

Schnittstellen zwischen MINT-Fächern, Kultur und GSW-Fächern stärker zu beleuchten (UZH, ETH).

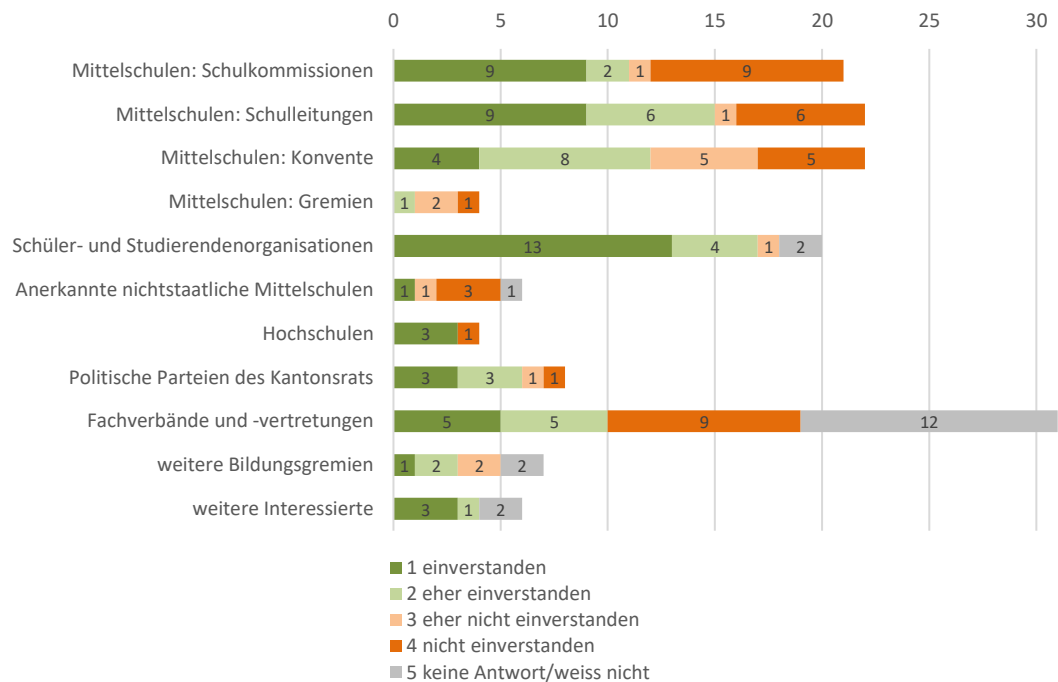
4.3 Anzahl Schwerpunktfächer

Sind Sie damit einverstanden, dass die Anzahl der Schwerpunktfächer, welche flächendeckend in allen Regionen angeboten werden sollen, auf zwölf festgelegt wird?

Quantitative Ergebnisse

Die Festlegung der Anzahl Schwerpunktfächer auf zwölf, welche flächendeckend in allen Regionen angeboten werden sollen, zeigt ein gespaltenes Bild zwischen Zustimmung und Ablehnung.

Bei den Mittelschulen ergibt sich ein uneinheitliches Bild: Während zwei Drittel der Schulleitungen zustimmen, sind die Schulkommissionen gespalten mit knapp der Hälfte Zustimmung und knapp der Hälfte Ablehnung. Bei den Konventen überwiegt die Zustimmung knapp, jedoch gibt es auch deutliche ablehnende Stimmen. Die Gremien sind mehrheitlich eher nicht einverstanden oder nicht einverstanden.



Qualitative Bemerkungen

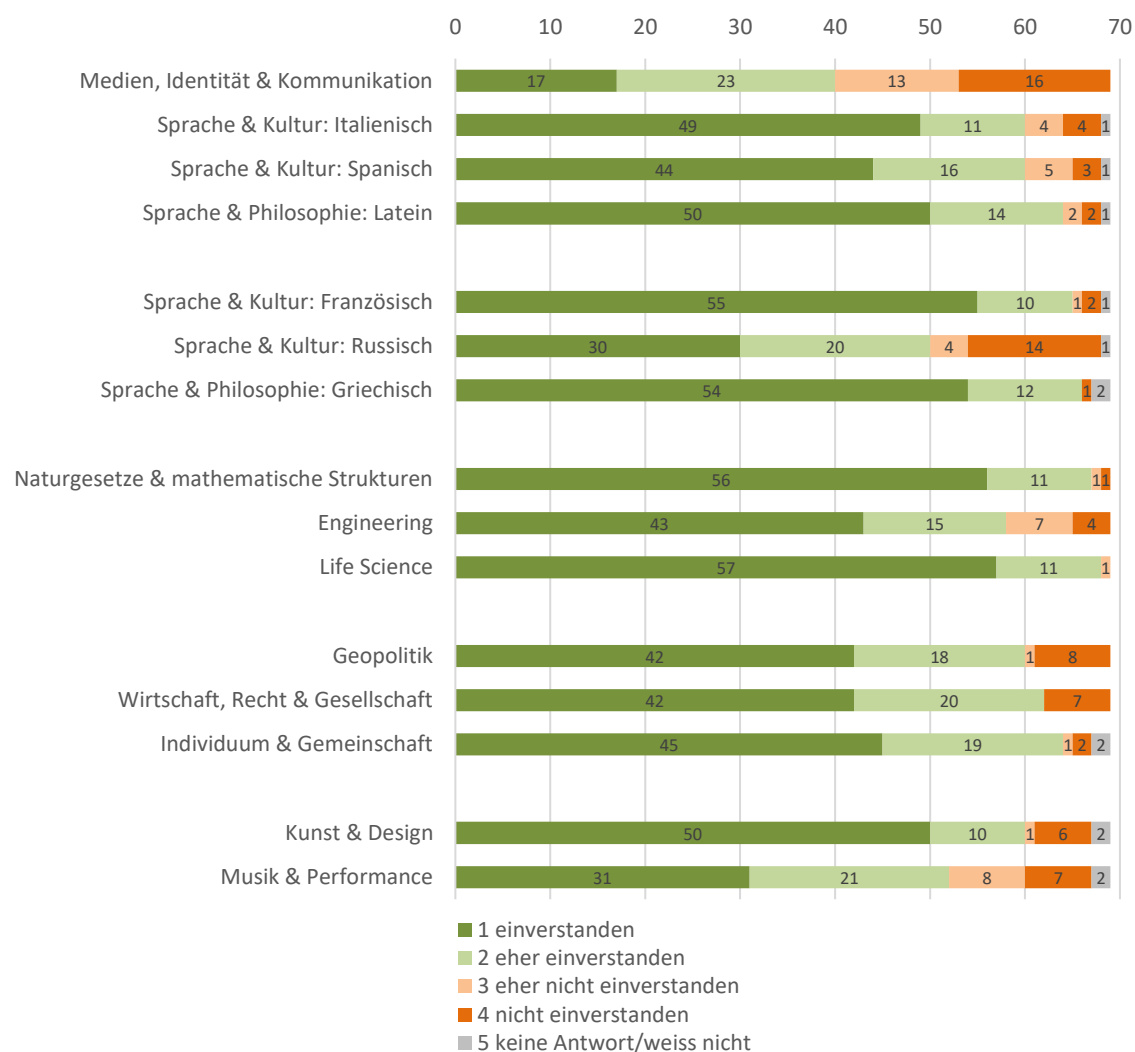
- Es wird vielfach kritisiert, dass die Festlegung auf zwölf Schwerpunktfächer mit Blick auf die Umsetzbarkeit an der oberen Grenze oder zu hoch sei. Insbesondere für Vollangebotsschulen stelle dies eine grosse Herausforderung dar bei der Pensen- und Stundenplanung sowie bei der Sicherstellung kleiner Kurse. Es wird vorgeschlagen, die Anzahl auf maximal zehn zu reduzieren (32 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Konvente, einzelne Gremien).
- Alle Vollangebotsschulen mit Ausnahme der Kantonsschule Zürich Nord äussern sich kritisch zur Umsetzbarkeit von zwölf Schwerpunktfächern. Es wird befürchtet, dass dies zu einem deutlich grösseren Ressourcenbedarf, zu sehr kleinen Kursen mit hohen Kosten und zu Überforderung bei der Stundenplanung führe. Die Pensen- und Stundenplanung werde kompliziert, was auch die Teilzeitarbeit und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben beeinträchtige. Repetitionsmöglichkeiten würden eingeschränkt, da eine jährlich wechselnde Durchführung keine echte Option sei.

- Die Festlegung auf genau zwölf Schwerpunktfächer wird als zu starr und willkürlich kritisiert. Es fehle eine zwingende Logik hinter dieser Zahl. Die Festlegung sei nicht zukunftsgerichtet und hemme die Weiterentwicklung. Schulen sollten Flexibilität haben und die Anzahl der Schwerpunktfächer selbst setzen können, um Akzente zu setzen (18 Nennungen, v.a. Konvente, Schulleitungen, LKM, MVZ, LKV, Fachverbände).
- Es wird mehrfach kritisiert, dass Französisch als einziges Grundlagenfach in keinem der zwölf Schwerpunktfächer als Stammfach vertreten ist. Dies stelle eine massive Schwächung der zweiten Landessprache dar und sei ein deutliches Ungleichgewicht zu Italienisch. Französisch müsse zwingend im Katalog der Schwerpunktfächer erscheinen, entweder durch Erhöhung auf dreizehn Schwerpunktfächer oder durch Integration in ein bestehendes Schwerpunktfach (21 Nennungen, v.a. Konvente, Schulleitungen, Fachverbände Romanistik).
- Es wird darauf hingewiesen, dass das Denken in kleinräumigen Angebotsregionen nicht mehr zeitgemäss sei. Angesichts der guten Verbindungsmöglichkeiten im Kanton sei es nicht einsichtig, warum Vollangebotsschulen innerhalb der Fachbereiche keine koordinierte Flexibilität erhalten sollten. Das Pendeln sei im mobilitätstechnisch gut erschlossenen Kanton Zürich zumutbar (8 Nennungen, v.a. Konvente, LKM, MVZ, LKV).
- Es wird von einzelnen Fachverbänden und Konventen gefordert, die Anzahl der MINT-Schwerpunktfächer von drei auf vier zu erhöhen oder spezifische zusätzliche Schwerpunktfächer einzuführen, wie "Weltbild und Multipolarität" mit dem Stammfach Religionen, Kulturen, Ethik (8 Nennungen, v.a. Konvente, einzelne Fachverbände).
- Die Vielfalt und breite Wahlmöglichkeit, welche zwölf Schwerpunktfächer bieten, wird begrüsst. Damit werde sowohl eine gewisse Vielfalt des Schulangebots ermöglicht als auch die unterschiedlichen Interessen der Schülerinnen und Schüler gut abgedeckt (6 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schüler- und Studierendenorganisationen).

4.4 Gesamtübersicht über alle Schwerpunktfächer aus Sicht Mittelschulen

In der folgenden Grafik wird die Einschätzung der Mittelschulen (Schulkommissionen, Schulleitungen, Konvente und Gremien) über alle Schwerpunktfächer dargestellt.

Die Übersicht zeigt, dass alle Schwerpunktfächer eine Mehrheit zu überzeugen vermögen. Am wenigsten positiv wird das Schwerpunktfach «Medien, Identität & Kommunikation» eingeschätzt.



4.5 Schwerpunktfachkatalog für Sprach-Fächer

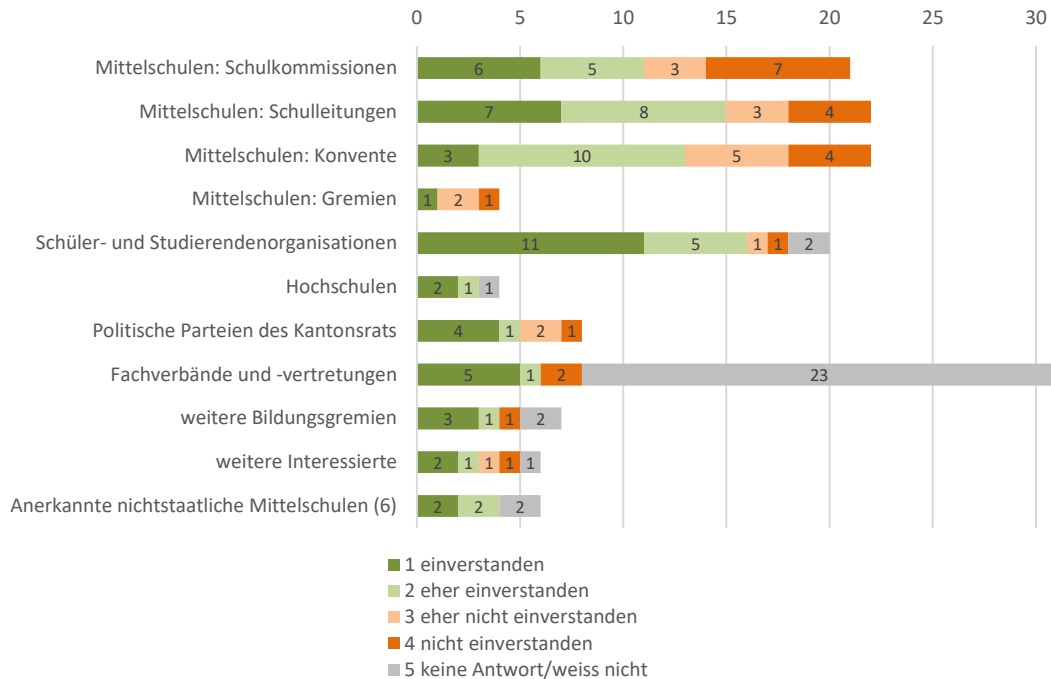
4.5.1 Schwerpunktfach Medien, Identität und Kommunikation

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Medien, Identität und Kommunikation» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zum vorgeschlagenen Schwerpunktfach «Medien, Identität und Kommunikation» fällt knapp positiv aus. Bei den Mittelschulen stimmen zwei Drittel der Schulleitungen dem Vorschlag zu oder eher zu. Gut drei Fünftel der Konvente äussern sich zustimmend oder eher zustimmend. Rund die Hälfte der Schulkommissionen zeigt sich einverstanden oder eher einverstanden. Die Gremien der Mittelschulen sind gespalten (MVZ einverstanden, SLK und LKM eher nicht einverstanden, PKSK nicht einverstanden). Deutliche Unterstützung erhält der Vorschlag

von den Schülerinnen- und Schülerorganisationen, rund vier Fünftel zeigen sich einverstanden oder eher einverstanden.



Qualitative Bemerkungen

- Das Schwerpunktfach wird grundsätzlich begrüsst, da es ein attraktives, neues und zeitgemässes Angebot darstelle. Die Auseinandersetzung mit Medien, Literatur und Kommunikation in der multimedialen, vernetzten Gesellschaft sei wichtig (25 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, politische Parteien, Hochschulen, Schülerinnen- und Schülerorganisationen, Fachverbände).
- Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb das Fach notwendigerweise flächendeckend in allen Regionen angeboten werden solle. Die angestrebten Kompetenzen könnten teilweise im Rahmen von Grundlagen- sowie anderen Schwerpunktfächern oder im Ergänzungsfach angeboten werden (11 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Gremien).
- Der Vorschlag weise sehr viele inhaltliche Überschneidungen mit den Grundlagenfächern auf, insbesondere mit Deutsch. Die Abgrenzung zum Grundlagenbereich sei nicht gegeben. Medienkompetenz und Kommunikationsanalyse müssten als Grundlage allen Schülerinnen und Schülern vermittelt werden, nicht nur denjenigen, die dieses Schwerpunktfach wählen. Die Inhalte des Schwerpunktfachs müssten auf den Grundlagen aufbauen (9 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).
- Die Beteiligung von drei gleichgewichteten Stammfächern sei zu viel und führe zur Gefahr der Verzettlung. Zwei Stammfächer würden genügen, Pädagogik/Psychologie solle gestrichen und allenfalls als Astfach geführt werden. Es sei unklar, welche Rolle Pädagogik/Psychologie dabei spiele. Zudem entstehe durch das Stammfach Pädagogik/Psychologie eine Konkurrenz zum Schwerpunktfach «Individuum & Gemeinschaft» (15 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen, Gremien).
- Französisch müsse als Stammfach in diesem Schwerpunktfach vertreten sein. Es sei inakzeptabel und politisch nicht tragbar, dass Französisch als einziges Grundlagenfach in keinem der zwölf Schwerpunktfächer als Stammfach vorkomme. Mit Französisch als Stammfach rücke die Dimension der Identität nicht nur auf individueller, sondern auch auf nationaler Ebene in den Vordergrund. Der Ausschluss von Französisch suggeriere, dass nur noch eine

angelsächsische Leitidentität angestrebt werde (14 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände).

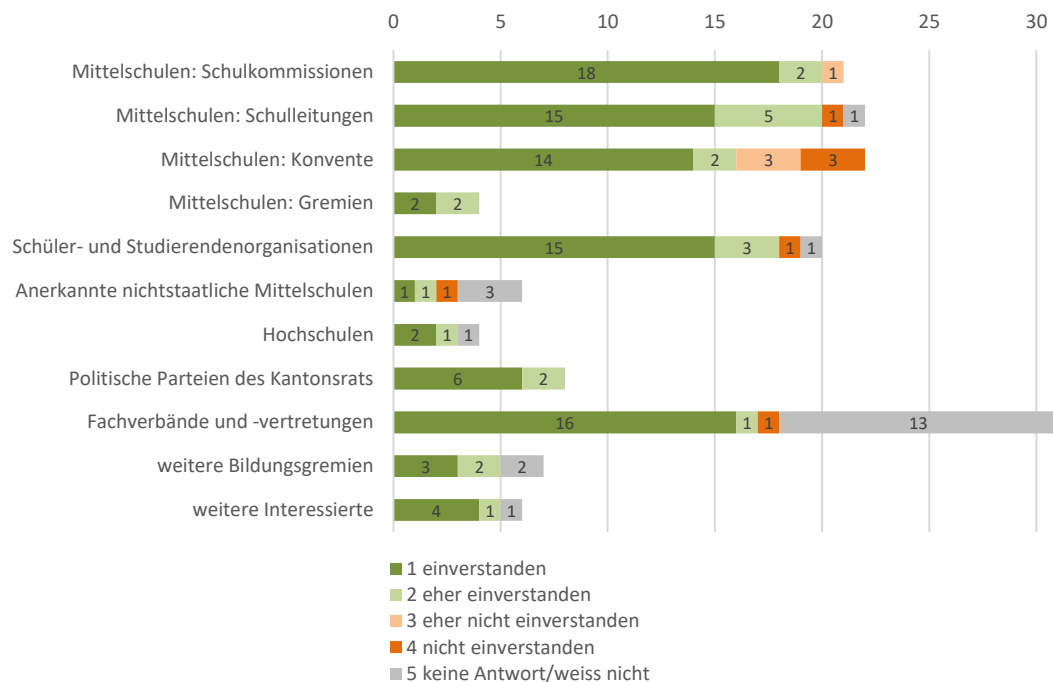
- Die Literatur komme zu kurz und müsse mehr Gewicht erhalten. Die literarische, textbasierte Analyse diene der Entwicklung des klaren und strukturierten Denkens und Argumentierens. Der literarische Aspekt des Englisch-Anteils mit Textanalyse und -interpretation sollte gestärkt werden. Das Schwerpunktfach sollte umbenannt werden in «Medien, Kommunikation, Literatur» oder «Sprache, Literatur, Medien» (11 Nennungen, v.a. Konvente, Schulleitungen).
- Es sei unklar, welche Lehrpersonen das Fach unterrichten sollen. Im Unterschied zu anderen Schwerpunktfächern gebe es keine entsprechend ausgebildeten Lehrpersonen. Die universitäre Mutterdisziplin sei Kommunikationswissenschaft und Medienforschung. Deutsch- und Englisch-Lehrpersonen seien nicht für dieses Schwerpunktfach ausgebildet. Es bräuchte kantonale Weiterbildungsangebote (9 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).
- Der Begriff «Identität» im Titel sei unklar und problematisch. Schlagworte wie Identität könnten sehr unterschiedlich und gefärbt gelesen werden. Um eine klare Abgrenzung zum Schwerpunktfach «Individuum & Gemeinschaft» sicherzustellen, solle der Themenbereich Identität weniger Gewicht haben (6 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).
- Die Informatik als Grundlagendisziplin der Kommunikation erhalte zu wenig Raum. In der heutigen Zeit müssten für die Kommunikation unbedingt auch künstliche Intelligenz und Large Language Models mitbedacht werden. Informatik könnte als Astfach das Schwerpunktfach profilieren (4 Nennungen, Schulkommissionen, Gremien).

4.5.2 Schwerpunktfach Sprache & Kultur: Italienisch

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Sprache & Kultur: Italienisch» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zum vorgeschlagenen Schwerpunktfach «Sprache & Kultur: Italienisch» fällt sehr hoch aus. Bei den Mittelschulen zeigt sich eine sehr breite Unterstützung durch Schulkommissionen und Schulleitungen. Auch gut 70 Prozent der Konvente zeigen sich einverstanden oder eher einverstanden. Alle Gremien der Mittelschulen stimmen zu oder eher zu. Auch bei den Schülerinnen- und Schülerorganisationen trifft der Vorschlag auf sehr hohe Zustimmung. Alle politischen Parteien stimmen zu oder eher zu.



Qualitative Bemerkungen

- Die besondere Bedeutung der italienischen Sprache und Kultur für die Schweiz wird vielfach gewürdigt. Es wird begrüsst, dass die Vertiefungsmöglichkeit flächendeckend angeboten wird (32 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, politische Parteien).
- Die vorgesehene Stundendotation für den Spracherwerb wird als zu gering erachtet. Es sei paradox, dass das Schwerpunktfach weniger Italienischlektionen aufweise als das Grundlagenfach. Das vom Rahmenlehrplan geforderte Niveau B2 sei nicht erreichbar. Für einen tragfähigen Spracherwerb seien mindestens 30 Semesterlektionen erforderlich, davon mindestens 20 für den reinen Sprachunterricht (17 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände, Gremien).
- Die Umsetzung der Interdisziplinarität wird kritisch hinterfragt. Da die wenigsten Geschichtslehrpersonen über ausreichende Italienischkenntnisse verfügten, müssten die interdisziplinären Anteile faktisch auf Deutsch unterrichtet werden, was dem Ziel eines sprachlich orientierten Schwerpunktfachs widerspreche (11 Nennungen, v.a. Konvente, Schulleitungen, Gremien).
- Die Kombination mit Geschichte wird grundsätzlich als gelungen erachtet. Geschichte eigne sich hervorragend für die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Sprachfächern (15 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände).
- Die Ungleichbehandlung von Italienisch und Französisch wird kritisiert. Es sei nicht nachvollziehbar, dass Italienisch als einzige Sprache zusätzlich als Schwerpunktfach angeboten werde. Es wird vorgeschlagen, das Schwerpunktfach umzubenennen in «Sprache & Kultur: Zweite Landessprache» (14 Nennungen, v.a. Konvente, Schulleitungen, Gremien).
- Flankierende Massnahmen wie obligatorische Sprachaufenthalte seien notwendig (6 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände, Gremien).
- Die vorgeschlagenen Inhalte seien bei dieser Stundendotation überladen. Der Beschreibungstext sei unstrukturiert. Die Formulierung «Welche Bilder des Italienischen prägen unsere Wahrnehmung?» solle gestrichen werden (8 Nennungen, v.a. Konvente).
- Es wird vorgeschlagen, das Schwerpunktfach als reines Sprachfach mit nur einem Stammfach zu führen (5 Nennungen, v.a. Schulkommissionen).

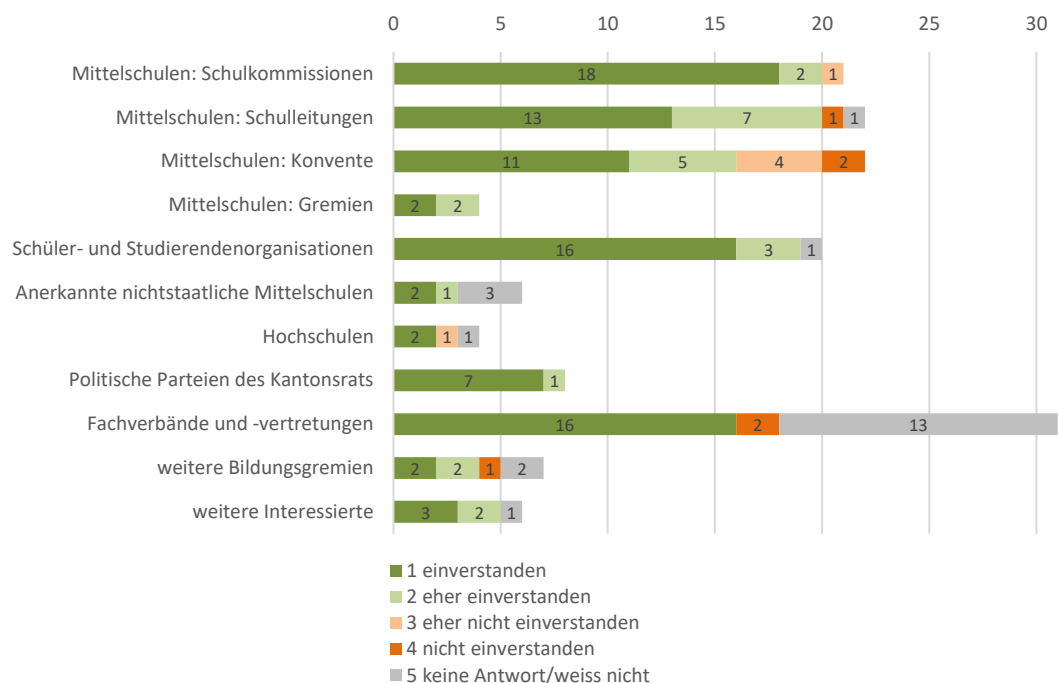
4.5.3 Schwerpunktfach Sprache & Kultur: Spanisch

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Sprache & Kultur: Spanisch einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zum vorgeschlagenen Schwerpunktfach «Sprache & Kultur: Spanisch» fällt hoch aus. Bei den Mittelschulen zeigt sich ein differenziertes Bild: Die Schulkommissionen und Schulleitungen stimmen dem Vorschlag sehr deutlich zu oder eher zu. Die Konvente äussern sich verhaltener, eine knappe Mehrheit zeigt sich einverstanden oder eher einverstanden. Alle Gremien der Mittelschulen stimmen zu oder eher zu. Die Schülerinnen- und Schülerorganisationen unterstützen den Vorschlag sehr deutlich.

Alle politischen Parteien stimmen zu oder eher zu. Bei den Hochschulen fällt die Zustimmung mehrheitlich positiv aus. Die Fachverbände mit sprachlichem Bezug sowie die Geschichtsfachverbände stimmen geschlossen zu.



Qualitative Bemerkungen

- Die globale Bedeutung der spanischen Sprache und Kultur wird vielfach gewürdigt. Es wird begrüsst, dass die Vertiefungsmöglichkeit flächendeckend angeboten wird. Spanisch habe sich seit Jahrzehnten als Schwerpunktfach etabliert und sei schweizweit gefragt. In Europa werde es als zweite Weltsprache der westlichen Welt fast überall an zweiter Stelle nach Englisch gelehrt (26 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Fachverbände).
- Die vorgesehene Stundendotation für den Spracherwerb wird als zu gering erachtet. Für einen tragfähigen Spracherwerb seien mindestens 30 Semesterlektionen erforderlich, davon mindestens 20 für den reinen Sprachunterricht (18 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände, Gremien, Schulkommissionen).
- Die Umsetzung der Interdisziplinarität wird kritisch hinterfragt. Da die wenigsten Geschichtslehrpersonen über ausreichende Spanischkenntnisse verfügten, müssten die interdisziplinären Anteile faktisch auf Deutsch unterrichtet werden, was dem Ziel eines sprachlich orientierten Schwerpunkt-fachs widerspreche. Es stelle einen Paradigmenwechsel dar, dass Texte nicht mehr in der Originalsprache gelesen werden könnten. Es wird

bezweifelt, dass mit diesem Modell vertieftes interdisziplinäres Arbeiten möglich sei (13 Nennungen, v.a. Konvente, Schulleitungen, Gremien).

- Die Kombination mit Geschichte wird grundsätzlich als sehr gelungen erachtet. Geschichte eigne sich hervorragend für die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Sprachfächern und könne wissenschaftspropädeutischen Charakter haben (13 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände).
- Die Literatur solle stärker ins Zentrum gerückt werden, da durch sie neben sprachlichen Aspekten sowohl Kultur als auch Geschichte vermittelt würden (4 Nennungen, Konvente, Schulleitungen).
- Flankierende Massnahmen wie obligatorische Sprachaufenthalte und ausgedehnte Mobilitätsangebote seien notwendig (4 Nennungen, Konvente, Gremien).
- Es wird vorgeschlagen, das Schwerpunktfach als reines Sprachfach mit nur einem Stammfach zu führen. Den Schulen sollte die Wahl zwischen Geografie und Geschichte als zweites Stammfach überlassen werden (5 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, weitere Bildungsgremien).

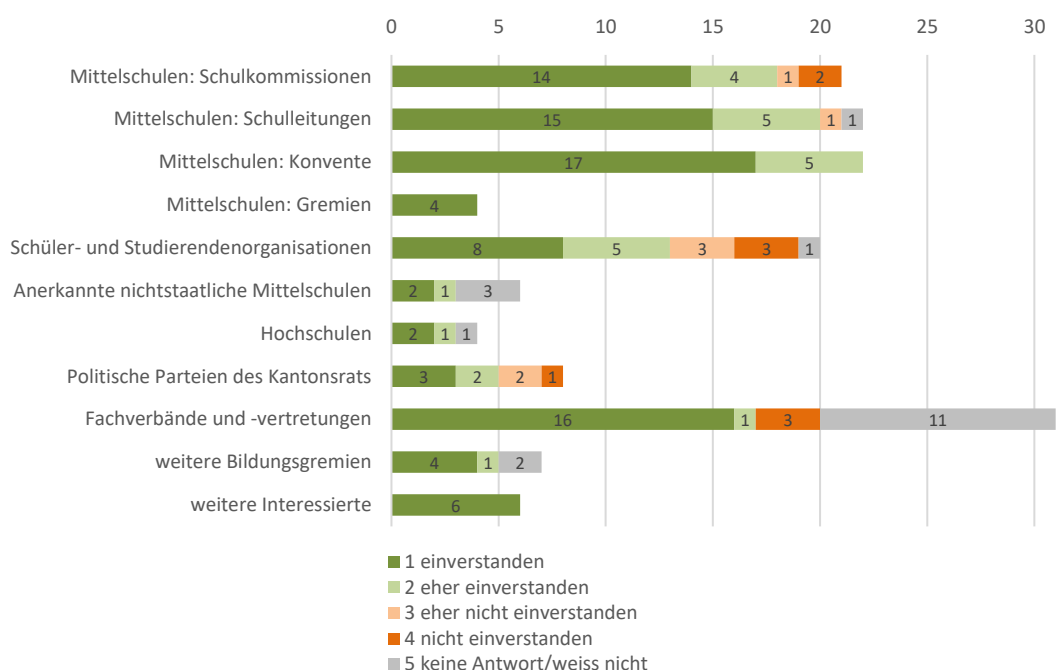
4.5.4 Schwerpunktfach Sprache & Philosophie: Latein

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Sprache & Philosophie: Latein» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zum vorgeschlagenen Schwerpunktfach «Sprache & Philosophie: Latein» fällt sehr hoch aus. Bei den Mittelschulen zeigt sich eine breite Unterstützung: Rund 85 Prozent der Schulkommissionen stimmen dem Vorschlag zu oder eher zu. Rund 90 Prozent der Schulleitungen äussern sich zustimmend oder eher zustimmend. Alle Konvente zeigen sich einverstanden oder eher einverstanden. Alle Gremien der Mittelschulen stimmen zu. Die Zustimmung bei den Schülerinnen- und Schülerorganisationen ist etwas weniger deutlich.

Gut 60 Prozent der politischen Parteien stimmen zu oder eher zu. Bei den Hochschulen fällt die Zustimmung mehrheitlich positiv aus.



Qualitative Bemerkungen

- Es wird vielfach begrüsst, dass Latein als Schwerpunktfach erhalten bleibt und interdisziplinär mit Philosophie verknüpft wird. Dies entspreche der jahrhundertelangen Tradition humanistischer Bildung und biete wichtige Kompetenzen für Studierfähigkeit wie kritisches Denken, Textanalyse und sprachliche Reflexion (52 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Fachverbände, weitere Interessierte).
- Es brauche zwingend zwei unterschiedliche Lehrpläne für Schülerinnen und Schüler mit Lateinkenntnissen aus dem Untergymnasium und solche ohne Vorkenntnisse. Das Schwerpunktfach müsse auch Schülerinnen und Schülern aus der Sekundarschule zugänglich sein (18 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände, weitere Interessierte).
- Die Relevanz und Attraktivität von Latein wird teilweise infrage gestellt. Latein verliere je länger je mehr an Attraktivität. Der Nutzen werde infrage gestellt und das Fach als nicht mehr zeitgemäss wahrgenommen. Es wird befürchtet, dass keine genügende Nachfrage bestehe. Das Schwerpunktfach solle nicht flächendeckend, sondern nur an einzelnen Schulen angeboten werden (11 Nennungen, v.a. Schüler- und Studierendenorganisationen, politische Parteien, Schulkommissionen).
- Die Kombination von Latein und Philosophie wird teilweise als problematisch erachtet. Die Philosophie werde zu stark auf die Antike beschränkt und stehe im Dienst des Lateins. Philosophie sei ein hochaktuelles Fach, das durch die Kombination mit Latein faktisch abgewertet werde. Die moderne Philosophie müsse spürbar gestärkt werden (9 Nennungen, v.a. Gremien, Schulkommissionen, politische Parteien).
- Es wird vorgeschlagen, Geschichte anstelle von oder zusätzlich zu Philosophie als Stammfach einzubeziehen (7 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schüler- und Studierendenorganisationen).
- Die Stundendotation müsse auf mindestens 30 Semesterlektionen erhöht werden (4 Nennungen, Konvente, Schulkommissionen, Fachverbände).

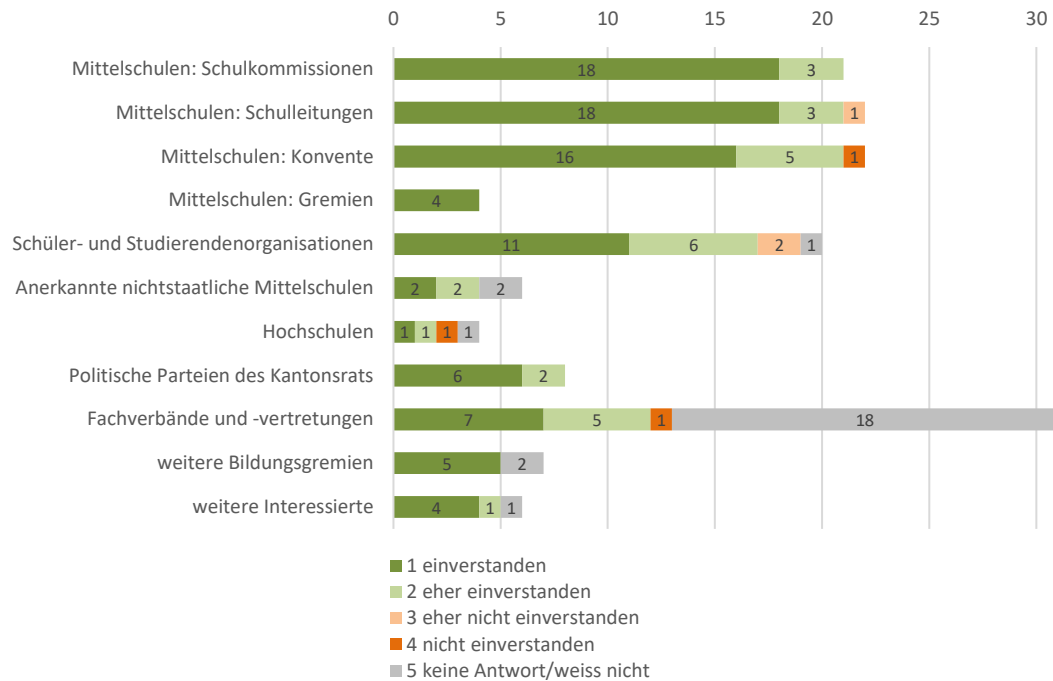
4.6 Schwerpunktfachkatalog für MINT-Fächer

4.6.1 Schwerpunktfach Naturgesetze & mathematische Strukturen

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Naturgesetze & mathematische Strukturen» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zum vorgeschlagenen Schwerpunktfach «Naturgesetze & mathematische Strukturen» fällt sehr hoch aus. Bei den Mittelschulen zeigt sich eine breite Unterstützung: Alle Schulkommissionen stimmen dem Vorschlag zu oder eher zu. Rund 95 Prozent der Schulleitungen äussern sich zustimmend oder eher zustimmend. Rund 95 Prozent der Konvente zeigen sich einverstanden oder eher einverstanden. Alle Gremien der Mittelschulen stimmen zu. Die Schülerinnen- und Schülerorganisationen unterstützen den Vorschlag deutlich, rund 85 Prozent zeigen sich einverstanden oder eher einverstanden.



Qualitative Bemerkungen

- Die wissenschaftliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der mathematischen und physikalischen Beschreibung der Natur wird gewürdigt. Es wird begrüsst, dass der fachliche Schwerpunkt flächendeckend angeboten wird (28 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Gremien).
- Der Titel des Schwerpunktfachs wird vielfach kritisiert. Er sei zu lang, sperrig, verstaubt und passe nicht zu den beiden anderen MINT-Schwerpunktfächern mit englischen Titeln. Es wird vorgeschlagen, einen englischen Titel zu wählen wie «Structures of the Universe» oder «Laws of Nature» und die Fächer Mathematik und Physik im Titel sichtbar zu machen (32 Nennungen, v.a. Konvente, Schulleitungen, Schulkommissionen, Schüler- und Studierendenorganisationen).
- Die Mathematik solle in der Beschreibung deutlicher hervortreten und nicht nur als Mittel zum Zweck für die Physik erscheinen. Mathematik müsse als gleichwertiges Fach angesehen werden. Im Unterschied zum Schwerpunktfach Engineering sollte sich dieses Schwerpunktfach klarer auf der theoretisch-wissenschaftspropädeutischen Seite positionieren (14 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Fachverbände).
- Informatik solle als drittes Stammfach oder zumindest als Astfach integriert werden, da ihre Bedeutung stetig zunehme. Informatik passe thematisch gut für Simulationen, Datenanalyse und Visualisierungen (13 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Hochschulen).
- Geografie solle als Stammfach oder Astfach integriert werden. Die physische Geografie beschäftige sich mit der Analyse räumlicher Umweltprozesse und illustriere Naturgesetze anhand von Anwendungsbeispielen wie Naturgefahren. Dabei kämen Modelle und Simulationen zum Einsatz, die auf mathematischen und physikalischen Grundlagen basierten (11 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen).
- Die Hochschulen zeigen sich gespalten. Die ETH empfiehlt dringend, Informatik als drittes Stammfach einzubeziehen, da ihre Bedeutung stetig zunehme. Die Universität Zürich äussert sich kritisch: Das Schwerpunktfach sei nicht genügend interdisziplinär, die Themen seien Kerngebiete des Mathematik- und Physikunterrichts.

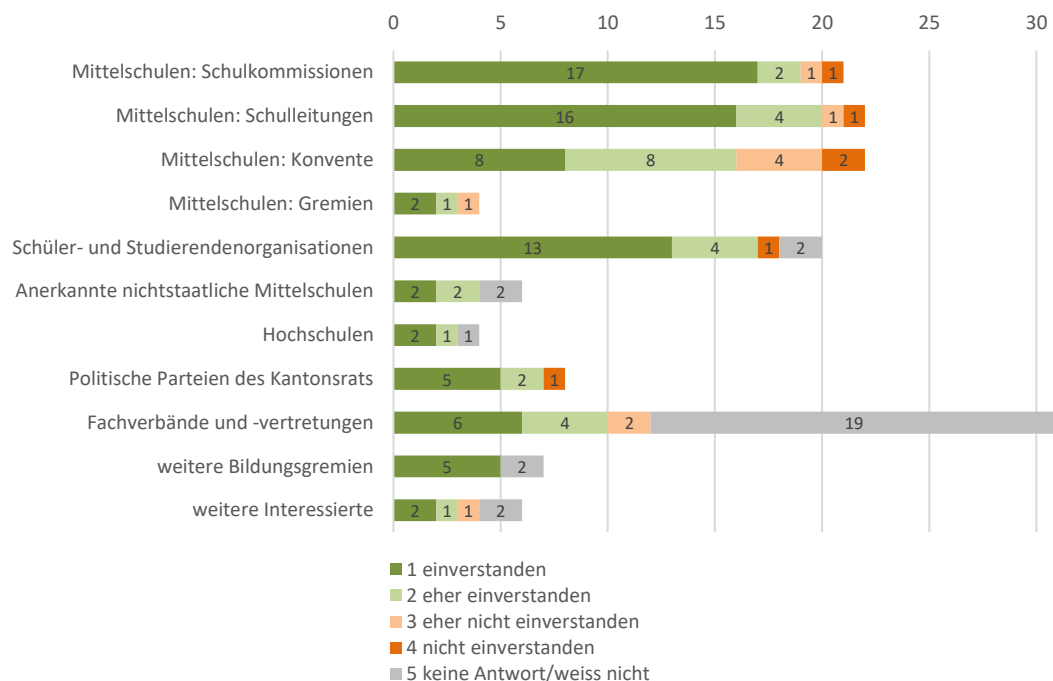
- Die Stundendotation müsse auf mindestens 30 Semesterlektionen erhöht werden (4 Nennungen, Konvente, Schulkommissionen).

4.6.2 Schwerpunktfach Engineering

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Engineering» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zum vorgeschlagenen Schwerpunktfach «Engineering» fällt insgesamt hoch aus. Bei den Mittelschulen zeigt sich: Rund 90 Prozent der Schulkommissionen stimmen dem Vorschlag zu oder eher zu. Rund 90 Prozent der Schulleitungen äussern sich zustimmend oder eher zustimmend. Bei den Konventen zeigt sich deutlich mehr Zurückhaltung, gut 70 Prozent stimmen zu oder eher zu. Drei Viertel der Gremien der Mittelschulen stimmen zu oder eher zu. Die Schülerinnen- und Schülerorganisationen unterstützen den Vorschlag deutlich, rund 85 Prozent zeigen sich einverstanden oder eher einverstanden.



Qualitative Bemerkungen

- Die wissenschaftliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung technischer Systeme wird gewürdigt. Es wird begrüsst, dass dieses Schwerpunktfach flächendeckend angeboten wird und eine Lücke im gymnasialen Angebot schliesst (25 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Gremien).
- Mathematik müsse als Stammfach oder zumindest als Astfach integriert werden. In sämtlichen Engineering-Studiengängen sei Mathematik ein Grundpfeiler. Um die im Vorentwurf aufgeführten Themen in angemessener Tiefe behandeln zu können, brauche es mathematisches Wissen, das nicht im Grundlagenfach vermittelt werde. Ein Weglassen der Mathematik wäre realitätsfremd (20 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Fachverbände).
- Die Ausbildung der Lehrpersonen wird als problematisch erachtet. Es gebe kein Lehrdiplom «Engineering». Informatik-, Physik- und Chemie-Lehrpersonen seien nicht als Ingenieurwissenschaftlerinnen oder Ingenieurwissenschaftler ausgebildet. Um das volle Potenzial auszuschöpfen, seien bedeutende Fortbildungen zwingend notwendig. Es brauche

mindestens kantonale Weiterbildungsangebote. Lehrpersonen mit Erfahrungen aus den Kerndisziplinen des Ingenieurwesens sollten bei der Ausgestaltung involviert sein (14 Nennungen, v.a. Konvente, Schulleitungen, Schulkommissionen, Hochschulen).

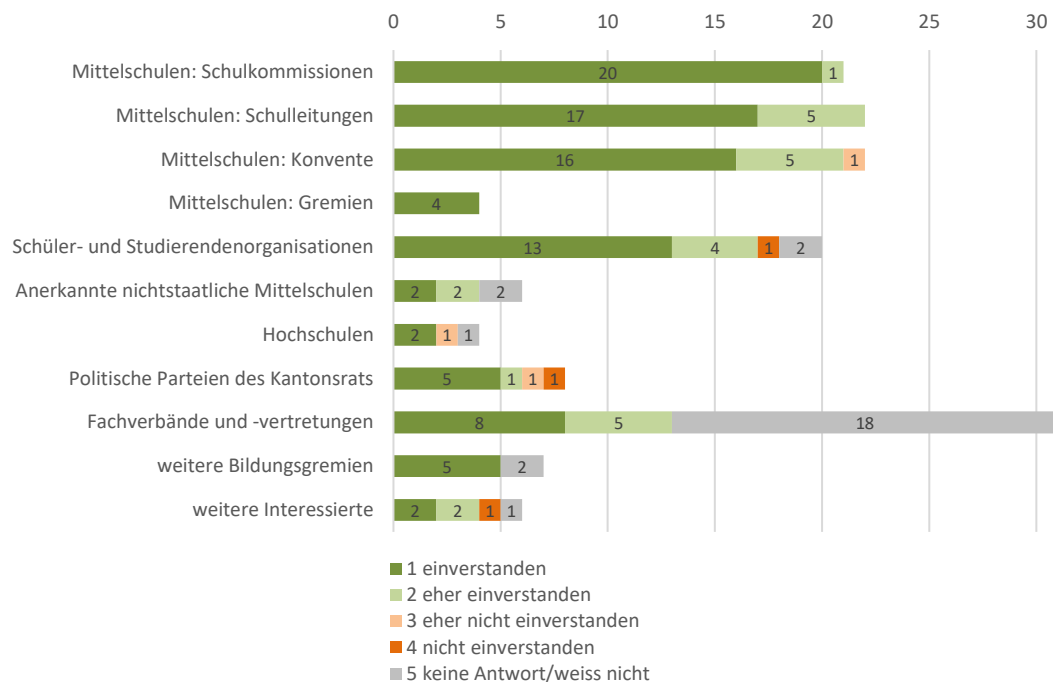
- Geografie solle als Stammfach oder Astfach integriert werden. Der Raumbezug sei für Engineering relevant und fehle in der jetzigen Konzipierung. Erst mit dem Raumbezug könne die Wirkung auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt im Hinblick auf Nachhaltigkeit und ethische Verantwortung evaluiert werden. Geografische Informationssysteme seien moderne, unverzichtbare Instrumente zur Auswertung raumbezogener Daten (10 Nennungen, v.a. Konvente).
- Die Rolle der Informatik müsse präzisiert und gestärkt werden. Aktuell werde die Gewichtung der Informatik ihrer Schlüsselrolle in Engineering nicht gerecht. Es würden kaum Informatikkonzepte behandelt, wodurch die Informatik eher wie eine Hilfsdisziplin wirke (9 Nennungen, v.a. Konvente, Hochschulen, Schulkommissionen).
- Biologie solle als Stammfach integriert werden. In der Natur fänden sich zahlreiche Konstruktionsprinzipien (Stichwort: Bionik). Mit Bionik, Bioengineering und vielen weiteren aktuellen Themen gehöre die Biologie ebenfalls dazu (7 Nennungen, v.a. Konvente).
- Der Titel «Engineering» wird kritisiert. Der Begriff sei im Kontext der Mittelschule wenig passend, da die Lehrpersonen nicht über eine ingenieurwissenschaftliche Ausbildung verfügten. Eine präzisere Bezeichnung wäre wünschenswert wie «Technik», «Technologie» oder «Angewandte Naturwissenschaften». Der englische Ausdruck dürfe nicht eine Immersion vortäuschen (8 Nennungen, v.a. Hochschulen, Schulkommissionen, Fachverbände).
- Drei Stammfächer seien zu viel. Mit drei Stammfächern bleibe kein Platz für Astfächer. Es wird vorgeschlagen, nur zwei Stammfächer festzulegen und den Schulen mehr Freiheit zu geben, eigene Akzente zu setzen (7 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Schulkommissionen).

4.6.3 Schwerpunktfach Life Science

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Life Science» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zum vorgeschlagenen Schwerpunktfach «Life Science» fällt insgesamt hoch aus. Die Mittelschulen sind nahezu geschlossen einverstanden oder eher einverstanden. Bei den Hochschulen ist die Universität Zürich eher nicht einverstanden. Die Schüler- und Studierendenorganisationen befürworten den Vorschlag deutlich.



Qualitative Bemerkungen

- Die wissenschaftliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Lebenswissenschaften wird gewürdigt. Es wird begrüsst, dass dieses Schwerpunktfach flächendeckend in allen Angebotsregionen angeboten wird. Life Science diene als Grundlage für Studiengänge in Chemie, Biologie und zahlreiche Ingenieurstudiengänge (17 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Gremien, Fachverbände, politische Parteien).
- Geografie solle als Stammfach oder Astfach integriert werden. Geografie verbinde naturwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Aspekte und decke zentrale Themen wie Umweltprozesse, Schadstoffdynamiken und nachhaltige Entwicklung ab. Der naturwissenschaftliche Bereich der Geografie arbeite mit raumbezogenen analytischen Methoden und stelle Ergebnisse graphisch dar (12 Nennungen, v.a. Konvente).
- Mathematik müsse als Stammfach oder zumindest als Astfach integriert werden. Für den Anschluss an entsprechende Studiengänge sei deutlich mehr Mathematik, insbesondere Statistik, erforderlich als die 30 Semesterlektionen des Grundlagenfachs. Ein mit 4-6 Semesterlektionen dotiertes Astfach Mathematik mit stochastischem Fokus wird als sinnvoll erachtet (11 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Fachverbände).
- Das Schwerpunktfach sei zu breit gefasst oder überfrachtet. Alle weggefallenen thematischen Aspekte seien nun in einem Schwerpunktfach Life Science verortet worden. Eine Schule könne kaum alle Aspekte ausreichend vertiefen. Es wird ein viertes MINT-Schwerpunktfach gefordert. Statt nur Life Science sollten wie im ersten Entwurf 2024 wieder Prozesse in der Umwelt und Lebenswissenschaften und Gesundheit angeboten werden. Ein Schwerpunktfach Umweltsysteme mit den Stammfächern Biologie und Geografie wäre sehr attraktiv. Es fehle ein Fach, das systemisches Denken fördere (10 Nennungen, v.a. Konvente, Hochschulen, Fachverbände).
- Informatik solle als Astfach genannt werden. Informatik sei zentral für die Modellierung biologischer und chemischer Prozesse und wichtig in den Bereichen Daten und Datenanalyse sowie Modellieren und Simulieren (9 Nennungen, v.a. Konvente, Hochschulen).
- Der Titel «Life Science» wird kritisiert. Der Begriff solle im Plural stehen. Es wird gefragt, ob der Titel englisch sein müsse. Ein deutscher Ausdruck solle verwendet werden, der

englische Ausdruck dürfe nicht eine Immersion vortäuschen (8 Nennungen, v.a. Konvente, politische Parteien).

- Sport solle als Astfach integriert werden. Sportlehrpersonen hätten ausgewiesene Expertise im Bereich Life Science und besässen teilweise einen ETH Bachelor Gesundheitswissenschaften und Technologie (5 Nennungen, v.a. Konvente, Schulleitungen, Schulkommissionen).
- Das Schwerpunktfach müsse mit mindestens 30 Semesterlektionen dotiert werden. Für schulische Profilierung und Gestaltungsfreiheit mit zusätzlichen Astfächern brauche das Fach wie andere Schwerpunktfächer 30 Semesterlektionen (5 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen).

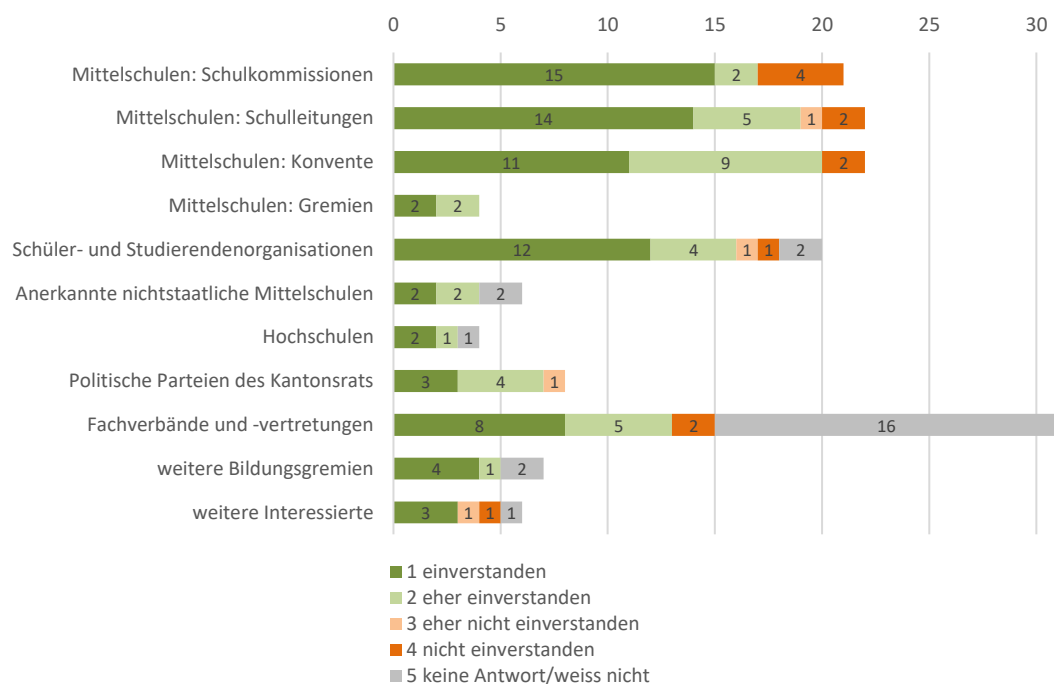
4.7 Schwerpunktfachkatalog für GSW-Fächer

4.7.1 Schwerpunktfach Geopolitik

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Geopolitik» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung zum Schwerpunktfach «Geopolitik» ist hoch. Über 80% der Mittelschulen stimmen dem Vorschlag zu, wobei alle Gremien sich dafür aussprechen. Auch die Schüler- und Studierendenorganisationen begrüssen den Vorschlag grossmehrheitlich.



Qualitative Bemerkungen

- Die Bedeutung globaler Machtverhältnisse für die Schweiz wird gewürdigt. Es wird begrüsst, dass dieses Schwerpunktfach flächendeckend in allen Angebotsregionen angeboten wird. Das Schwerpunktfach decke bedeutsame Inhalte ab und führe Fächer zusammen, die sich in der interdisziplinären Arbeit sehr gut ergänzen. Es schliesse eine Lücke im Angebot von Schwerpunktfächern (18 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Fachverbände, Schülerinnen- und Schülerorganisationen).

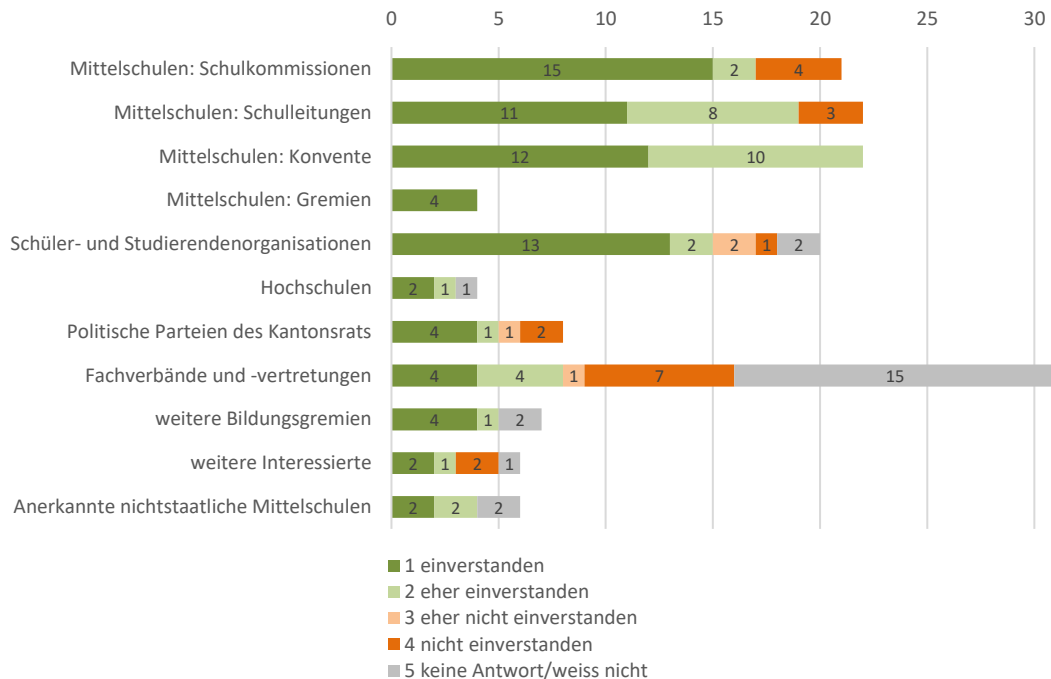
- Nur Geografie und Geschichte sollen als Stammfächer aufgeführt werden. Den beiden Schwerpunktfächern im GSW-Bereich fehle es aus Schülerperspektive an Trennschärfe. Die Schülerinnen und Schüler sollten den Unterschied zwischen Geopolitik und Wirtschaft, Recht & Gesellschaft klar erkennen können. Wirtschaft und Recht könne als Astfach empfohlen werden (32 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Schulkommissionen, Schulleitungen, Fachverbände, politische Parteien).
- Wirtschaft und Recht müsse als gleichberechtigtes Stammfach integriert werden. Geopolitische Fragestellungen liessen sich nicht seriös bearbeiten, ohne ökonomische und völkerrechtliche Dimensionen ins Zentrum zu stellen. Die vorgesehene Konzeption degradiere Wirtschaft und Recht zu einem Anhängsel (6 Nennungen, v.a. Fachverbände, politische Parteien).
- Bei Schwerpunktfächern mit drei Stammfächern sollen keine weiteren Astfächer zugelassen werden, um eine zu starke Aufspaltung zu vermeiden. Wenn sich drei Fächer die Lektionenzahl teilen, seien sie letztendlich gleichberechtigt (5 Nennungen, v.a. Konvente).
- Der Begriff Geopolitik wird kritisiert. Der Begriff sei historisch vorbelastet, insbesondere durch den Nationalsozialismus, zu eingrenzend, zu negativ und zu sehr auf Konflikt und Macht fokussiert. Alternativvorschläge werden genannt wie Globalisierung, Politik des Globalen, Geschichte und Geografie oder der englische Titel Geopolitics (9 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen, Fachverbände).
- Bei der konkreten Ausgestaltung solle darauf geachtet werden, dass der historische Blick nicht auf politische Machtverhältnisse verengt werde, sondern andere wirkungsmächtige Dimensionen wie soziale Bewegungen, kulturelle Entwicklungen, Ideen- und Mentalitätsgeschichte mitberücksichtigt werden (8 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände).

4.7.2 Schwerpunktfach Wirtschaft, Recht & Gesellschaft

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Wirtschaft, Recht & Gesellschaft» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Das Schwerpunktfach «Wirtschaft, Recht & Gesellschaft» erhält eine hohe Zustimmung. Bei den Mittelschulen ist die Haltung der Schulkommission mit über 80% am wenigsten positiv. Die Schulleitungen stimmen mit 84% zu, Konvente und Gremien sind allesamt einverstanden oder eher einverstanden. Bei den politischen Parteien sind die FDP, SVP und SP eher oder gar nicht einverstanden. Die Fachverbände aus dem Wirtschaftsbereich haben ebenfalls Vorbehalte.



Qualitative Bemerkungen

- Die Bedeutung von Wirtschaft und Recht für die Gesellschaft wird gewürdigt. Es wird begrüsst, dass die Vertiefungsmöglichkeit «Wirtschaft, Recht & Gesellschaft» flächendeckend in allen Angebotsregionen als Schwerpunktfach angeboten wird (14 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Gremien).
- Geografie solle aus dem Schwerpunktfach gestrichen werden. Wirtschaft und Recht sei bereits ein interdisziplinäres Schwerpunktfach durch die Kombination von Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre und Recht. Das Schwerpunktfach erfülle somit bereits heute alle Vorgaben des Bundes bezüglich Interdisziplinarität. Durch die Kombination mit Geografie drohe eine Verwässerung, da von den 26 Lektionen künftig 6 der Geografie gewidmet werden sollen, wodurch wesentliche betriebswirtschaftliche und rechtliche Themen entfallen. Die geplante Struktur erschwere zudem die Durchführung bewährter Projekte wie das Company Programme von YES (22 Nennungen, v.a. Fachverbände, Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen, politische Parteien).
- Geografie ergänze als Stammfach die wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekte der Gesellschaftsentwicklung hervorragend. Bevölkerungswachstum und steigende Konsumansprüche stellten auf verschiedenen Ebenen erhebliche wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Herausforderungen dar und verlangten nach ökonomisch tragfähigen, ökologisch nachhaltigen und sozial verträglichen Lösungen. Hier brauche es die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Recht mit Geografie (8 Nennungen, v.a. Konvente).
- Geschichte solle als Stammfach oder Astfach integriert werden. Die Beschreibung des Schwerpunktfachs rufe nach einer Beteiligung von Geschichte. Die Zusammenarbeit mit Geschichte würde deutlich mehr einleuchten als mit Geografie. Für dieses Schwerpunktfach müsse auf die Fachkompetenz des Fachs Geschichte zurückgegriffen werden (6 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände, politische Parteien).
- Die Trennschärfe zwischen den beiden Schwerpunktfächern Geopolitik und Wirtschaft, Recht & Gesellschaft müsse klarer definiert werden. Das Schwerpunktfach unterscheide sich kaum vom Schwerpunktfach Geopolitik (4 Nennungen, v.a. Schülerinnen- und Schülerorganisationen, politische Parteien).

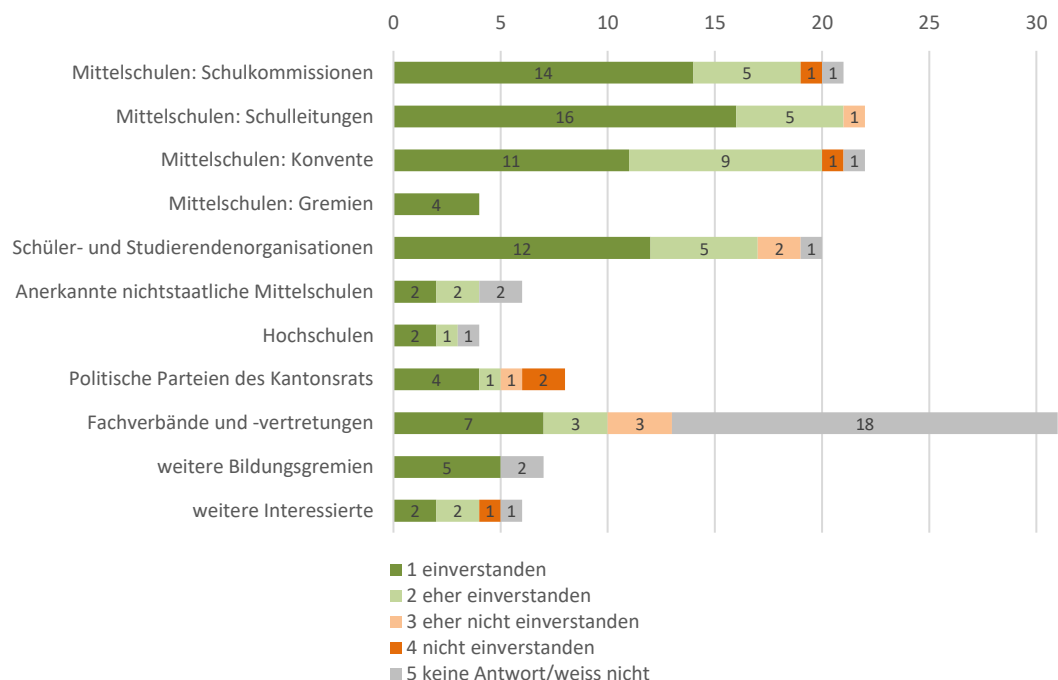
- Der Begriff «Gesellschaft» im Titel wird kritisiert. «Gesellschaft» suggeriere, dass Themen wie in Philosophie/Pädagogik/Psychologie behandelt werden, was nicht der Fall sei. Eine Umbenennung in «Wirtschaft, nachhaltige Entwicklung und Recht» oder «Umweltökonomie» wird vorgeschlagen (3 Nennungen, Konvente, Fachverbände).

4.7.3 Schwerpunktfach Individuum & Gemeinschaft

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Individuum & Gemeinschaft» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Das Schwerpunktfach «Individuum & Gemeinschaft» stösst auf sehr viel Zustimmung. Bei den Mittelschulen ist die Zustimmung sehr hoch. Etwas kritischer ist die Haltung der Politischen Parteien.



Qualitative Bemerkungen

- Das Schwerpunktfach wird begrüsst, da es das im Kanton Zürich erst 2024 eingeführte Schwerpunktfach PPP (Philosophie, Pädagogik, Psychologie) fortführe und der Nachfrage von Schülerinnen und Schülern Rechnung trage. Die bewährte Kombination von Psychologie, Pädagogik und Philosophie überzeuge. Das Fach ermögliche die Verknüpfung von psychologischen, soziologischen und ethischen Perspektiven (32 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Konvente, politische Parteien, Hochschulen, Schülerinnen- und Schülerorganisationen, weitere Bildungsgremien, Fachverbände).
- Die Bezeichnung «Individuum & Gemeinschaft» müsse geändert werden. Sie sei fachlich unpassend, willkürlich und nichtssagend. Ein Namenswechsel nach so kurzer Zeit untergrabe die Glaubwürdigkeit des Fachs. Die ursprüngliche Bezeichnung «Philosophie, Pädagogik, Psychologie» (PPP) sollte beibehalten werden, da sie auf universitäre Fächer Bezug nehme und das grosse Spektrum der beteiligten Fächer besser abbilde. Aktuelle Schülerinnen und Schüler hätten gesagt, der Titel «Individuum und Gemeinschaft» klinge wie «Mensch und Umwelt». Auch andere Schwerpunktfächer enthielten Fachbezeichnungen wie Wirtschaft, Recht oder Musik (41 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen, Gremien, Schülerinnen- und Schülerorganisationen, Fachverbände).

- Der Begriff «Gemeinschaft» sei problematisch und historisch-ideologisch belastet. Wer die Begriffsgeschichte kenne, wisse, dass «Gemeinschaft» eher die emotionalen, historisch gewachsenen Formen des Sozialen bezeichne, «Gesellschaft» hingegen die rationalen, institutionellen Formen. Besser wäre «Individuum und Gesellschaft» (8 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).
- Der Titel beschränke das grosse Spektrum der beteiligten Fächer unnötig und berücksichtige nur einen Teil der fünf Themenfelder im Lehrplan PPP. Die Philosophie dürfe nicht auf Ethik und Sozialphilosophie reduziert werden. Die Beschreibung nenne nicht alle fünf Bereiche der Philosophie – Erkenntnistheorie und Metaphysik fehlten (7 Nennungen, Konvente, Schulkommissionen, Fachverbände).
- Die inhaltliche Ausrichtung des vorgeschlagenen Schwerpunktfachs sei in der vorliegenden Beschreibung noch zu offen formuliert. Das Fach müsse vor der definitiven Aufnahme fachwissenschaftlich weiter konkretisiert und geschärft werden (6 Nennungen, Schulkommissionen, Gremien).
- Geschichte oder Deutsch sollten als Stammfach oder Astfach beteiligt sein. In der Beschreibung werde von Gemeinschaft und demokratischer Teilhabe gesprochen, weshalb Geschichte einen Beitrag leisten könne. Die historische Dimension fehle noch ganz. Ohne Geschichte blieben Identität, Demokratie und Menschenrechte unzureichend verankert. Die Themen Individuum und Gemeinschaft seien zentral im Literaturunterricht (6 Nennungen, Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen, politische Parteien).
- Religionen, Kulturen, Ethik müsse als Astfach zugelassen sein, da sonst wesentliche Aspekte von Individuum und Gesellschaft ausgeblendet würden (4 Nennungen, Fachverbände, politische Parteien).

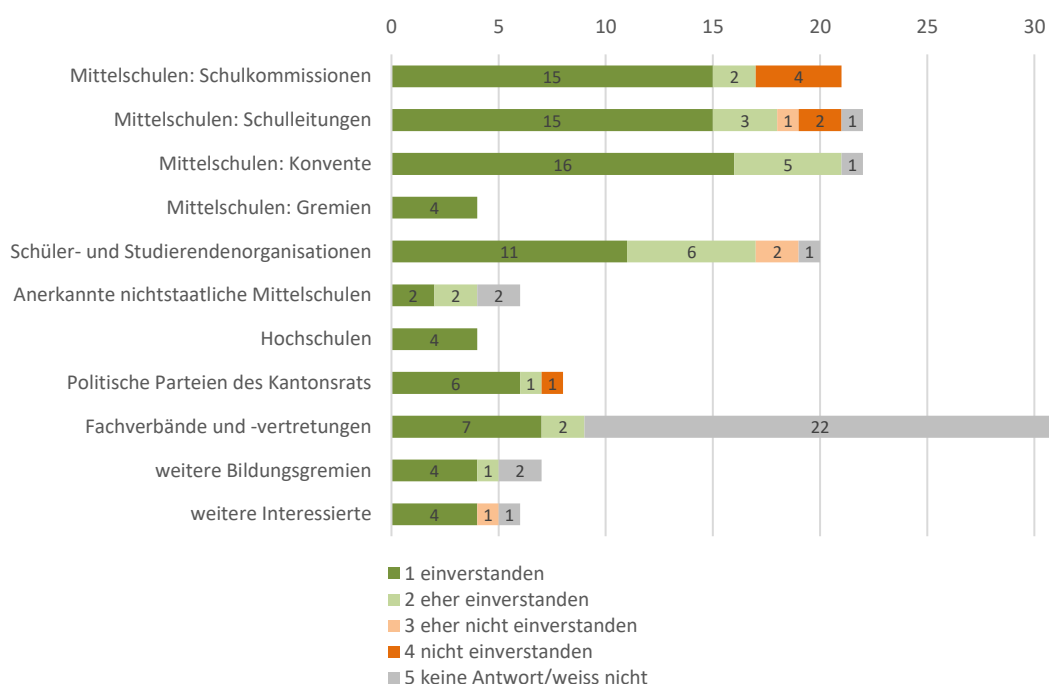
4.8 Schwerpunktfachkatalog für künstlerische Fächer

4.8.1 Schwerpunktfach Kunst & Design

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Kunst & Design» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Das Schwerpunktfach «Kunst & Design» trifft auf sehr viel Zustimmung. Am kritischsten sind dabei die Schulkommissionen sowie die Schulleitungen.



Qualitative Bemerkungen

- Das Schwerpunktfach wird grundsätzlich begrüsst. Die Vertiefungsmöglichkeit «Kunst & Design» solle aufgrund der kulturellen und gesellschaftlichen Bedeutung des künstlerischen Blicks auf die Welt flächendeckend in allen Regionen angeboten werden. Die Kombination mit dem Fach Deutsch wird begrüsst, da es Überschneidungen in verschiedenen Bereichen gebe (42 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, politische Parteien, Hochschulen, Schülerinnen- und Schülerorganisationen, Fachverbände).
- Die Kombination mit Deutsch als Stammfach wirke beliebig, austauschbar, willkürlich und konstruiert. Es sei unklar, welcher Inhalt eine ausschliessliche, zwingende Kombination mit Deutsch und Kunst rechtfertige. Die Einschränkung auf Deutsch werde den interdisziplinären Möglichkeiten im Kunstbereich nicht gerecht. Die Schulen sollten für das zweite Stammfach mehrere Wahlmöglichkeiten haben. Als zweites Stammfach wären auch andere Fächer als Deutsch denkbar, namentlich Geschichte, andere Sprachfächer wie Französisch, Italienisch oder Englisch, oder Kunstgeschichte (19 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Schulkommissionen, Schulleitungen, Schülerinnen- und Schülerorganisationen, weitere Bildungsgremien).
- Das Schwerpunktfach könne auch mit nur einem Stammfach (Bildende Kunst) angeboten werden. Überlegenswert wäre, das Stammfach Bildende Kunst statt mit einem zweiten Stammfach mit verschiedenen Astfächern (im Umfang von mindestens 8 Semesterlektionen) zu kombinieren. Es sollte den Schulen überlassen werden, ob sie Bildende Kunst mit

Deutsch oder mit mehreren Astfächern kombinieren. Als Astfächer kämen neben GSW-Fächern auch Informatik, Biologie oder Chemie in Frage (10 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Konvente).

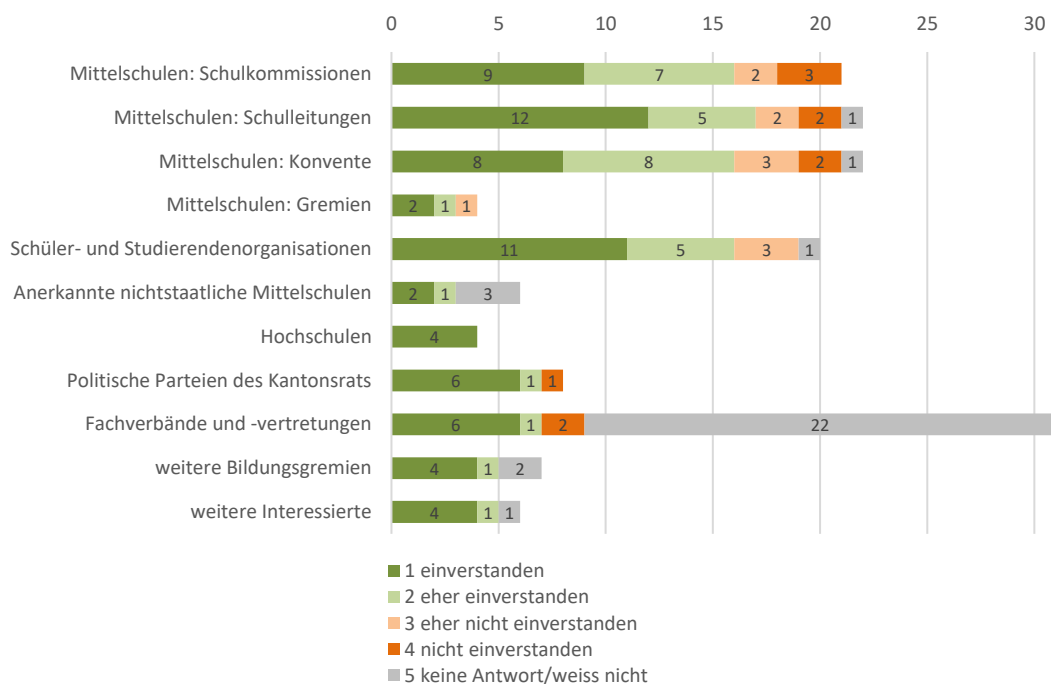
- Die Auseinandersetzung mit Kunstgeschichte, Kunsttheorie und der gesellschaftlichen Komponente müsse im Schwerpunktbeschrieb genannt und ausführlicher hineingenommen werden. Film fehle, obwohl heute von grosser Wichtigkeit. Mittel- und langfristig wäre über einen Einbezug der Kunst- und Filmwissenschaft nachzudenken (7 Nennungen, Konvente, Hochschulen, weitere Bildungsgremien).
- Die vorgeschlagene Ausrichtung sei zu einseitig an praktischen Fragen und aktuellen Themen orientiert und zu sehr auf Design und visuelle Kommunikation fokussiert, was zu dominant und einschränkend sei (2 Nennungen, Konvente).
- Aus Perspektive der ZHdK sollten die Schlüsselprinzipien Wissenschaftspropädeutik, Interdisziplinarität und Problemorientierung/kritisches Denken in der Konzeption des Schwerpunktfachs noch expliziter angesprochen und stärker konturiert werden. Soziale und partizipative Aspekte der künstlerischen Projekte sollten neben den individuell ausgerichteten Zielsetzungen miteinbezogen werden (1 Nennung).

4.8.2 Schwerpunktfach Musik & Performance

Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Musik & Performance» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Das Schwerpunktfach «Musik & Performance» trifft bei gut drei Viertel der Teilnehmenden aus dem Mittelschulbereich auf Zustimmung. Die Hochschulen begrüssen den Vorschlag vollständig.



Qualitative Bemerkungen

- Die kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung der Musik wird gewürdigt. Es wird begrüsst, dass eine Vertiefungsmöglichkeit zur musikalischen Praxis und Theorie flächendeckend in allen Angebotsregionen als Schwerpunktfach angeboten wird (8 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Gremien).

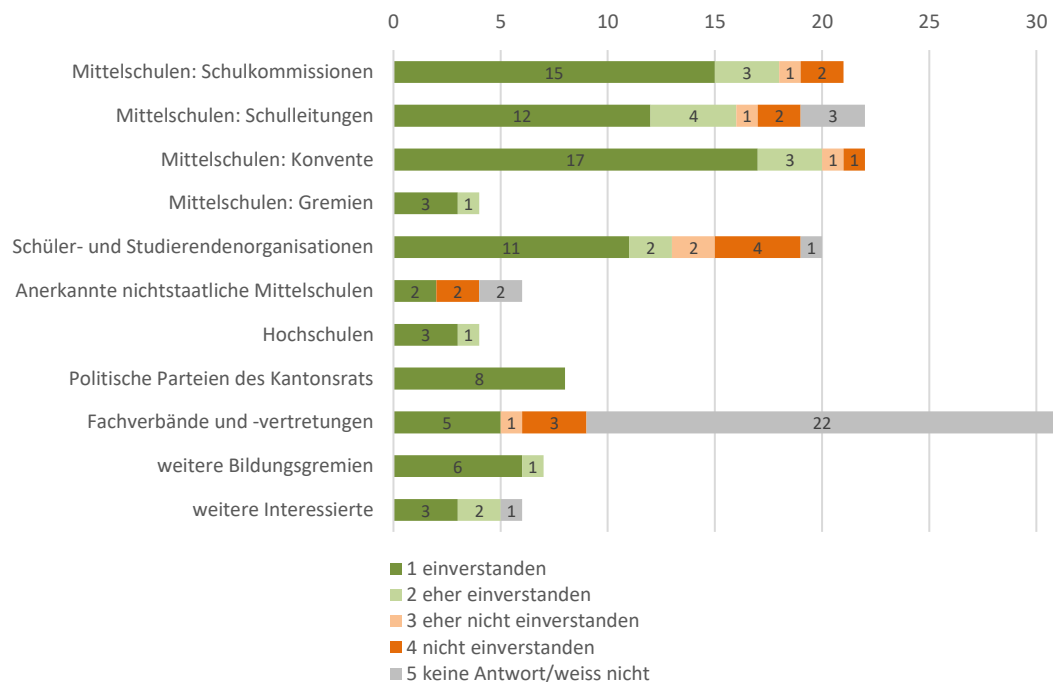
- Die Kombination mit Englisch als Stammfach wird kritisiert. Die Einbindung von Englisch wirke willkürlich, beliebig und nicht zwingend. Die Interdisziplinarität wirke gesucht. Viel naheliegender wären Theaterpädagogik oder vertiefter Instrumentalunterricht. Es wird gefordert, dass Schulen das zweite Stammfach selbst bestimmen können (28 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Schulkommissionen, Schulleitungen, Schülerinnen- und Schülerorganisationen, weitere Bildungsgremien).
- Die Fokussierung auf den englischen Sprachraum wird kritisiert. Die Ausrichtung sei zu einseitig und einengend. Musikalische Strömungen jenseits des englischen Sprachraums wie französische Romantik, italienische Oper oder deutschsprachiges Theater würden ausgeklammert. Reine Instrumentalmusik werde gänzlich ausgeschlossen (18 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).
- Andere Sprachfächer sollten ebenfalls als Stammfach möglich sein. Französisch, Italienisch, Spanisch und Deutsch seien als Stammfach denkbar. Je nach Musikrichtung seien andere Sprachen von grösserer Bedeutung (15 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Fachverbände, Schülerinnen- und Schülerorganisationen).
- Der Titel «Musik & Performance» wird kritisiert. Performance umfasse nur einen Teilaspekt von Musik und könnte introvertierte Schülerinnen und Schüler abschrecken. Es bestehe Verwechslungsgefahr mit der Kunstform Theater. Vorgeschlagen werden «Musik, Theater & Tanz», «Musik: Kultur und Praxis», «Musik und Gesellschaft» oder «Musik und Theater» (8 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen).
- Das Schwerpunktfach müsse fachwissenschaftlich weiter konkretisiert und geschärft werden. Die Kombination der Stammfächer könne aufgrund der vorliegenden Beschreibung nicht nachvollzogen werden. Das inhaltliche Konzept wirke noch nicht sehr ausgereift (7 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Hochschulen, Konvente).

4.8.3 Kombination vom Grundlagenfach und Schwerpunktfach bei den künstlerischen Fächern

Sind Sie damit einverstanden, dass bei der Wahl eines Schwerpunktfaches im Kunstbereich verpflichtend vorgegeben wird, dass das gleiche Grundlagenfach besucht werden soll?

Quantitative Ergebnisse

Der Vorschlag, dass bei der Wahl eines Schwerpunktfaches im Kunstbereich verpflichtend vorgegeben wird, dass das gleiche Grundlagenfach besucht werden muss, wird mehrheitlich gutgeheissen. Bei den Schüler- und Studierendenorganisationen sehen dies knapp ein Drittel kritisch oder eher kritisch.



Qualitative Bemerkungen

- Die Koppelung von Grundlagenfach und Schwerpunktfach wird unterstützt, weil der erfolgreiche Besuch eines Schwerpunktfachs im künstlerischen Bereich entsprechendes Vorwissen voraussetzt. Die Schülerinnen und Schüler hätten sonst mehr Lektionen eines Kunstfachs im Grundlagenfach als im Schwerpunktfach (34 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Gremien, Konvente, weitere Bildungsgremien, politische Parteien).
- Die Koppelung führe zur Abschaffung des bisherigen musischen Profils. Der Grundgedanke, dass das Kunstfach, welches nicht als Schwerpunktfach gewählt wird, das Grundlagenfach sei, gehe verloren. Dies sei bedauerlich, da eine Kombination von Musik und Bildender Kunst im Sinne einer breiten musischen Bildung wünschenswert wäre (6 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).
- Die Vorgabe stehe im Widerspruch zu den Bundesvorgaben im Sprachbereich, wonach der Erwerb der gleichen Sprache im Grundlagenfach und im Schwerpunktfach ausgeschlossen sei. Es sei widersprüchlich, dass hier eine Vorbereitung durch das Grundlagenfach verpflichtend sein solle, während dies bei den Sprachfächern nicht toleriert werde. Eine einheitliche Behandlung wäre wünschenswert (5 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Fachverbände).
- Schülerinnen und Schüler sollten die Möglichkeit haben, sich in beiden Kunstfächern auszubilden, wenn sie dies möchten. Die Wahlfreiheit werde unnötig eingeschränkt. Die Vorgabe werde als nicht zeitgemässer Zwang empfunden. Gerade für kunst- und musikorientierte Schülerinnen und Schüler sei es wichtig, beide Bereiche kombinieren zu können (5 Nennungen, Schülerinnen- und Schülerorganisationen, Fachverbände, weitere Bildungsgremien).

4.9 Angebot von Schwerpunktfächern mit weiteren Sprachen an einzelnen Schulen

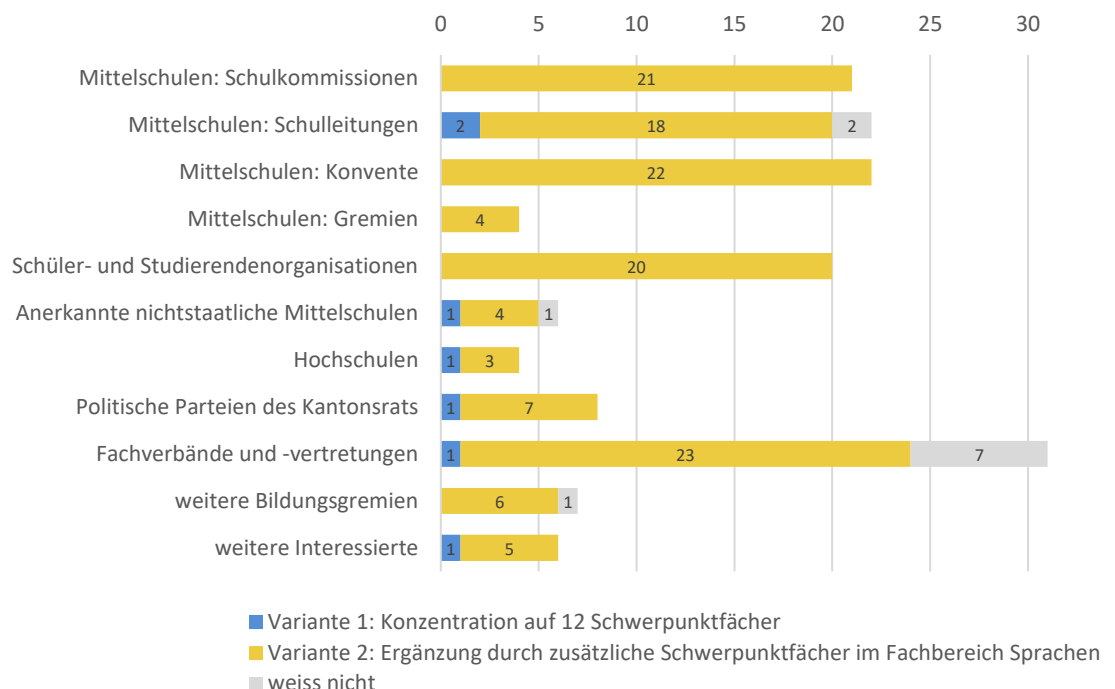
4.9.1 Variantenwahl

Welche Variante bevorzugen Sie?

- Variante 1: Konzentration auf ein kantonal einheitliches Angebot an 12 Schwerpunktfächern
- Variante 2: Ergänzung der 12 Schwerpunktfächer durch zusätzliche Schwerpunktfächer im Fachbereich Sprachen, welche nicht in allen Angebotsregionen zur Verfügung stehen, sondern lediglich an einzelnen Schulen

Quantitative Ergebnisse

Bezüglich Variantenwahl wird deutlich die Variante 2 bevorzugt.



Qualitative Bemerkungen

- Variante 2 wird bevorzugt, weil sie bewährte Angebote an einzelnen Schulen ermöglicht, ohne andere Schulen zu verpflichten. Schulen mit entsprechender Tradition könnten ihre Sprachfächer fortführen. Dem Kanton entstünden dadurch keine Mehrkosten, da Schulen selbst entscheiden, ob sie diese Fächer anbieten und finanzieren (25 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Konvente, Gremien).
- Variante 2 sei entscheidend für den Hochschulstandort Zürich. Der Kanton brauche die Gymnasien als Zulieferer für Lehr- und Forschungsinstitute. Die Tradition der altsprachlichen Bildung dürfe nicht aufgegeben werden. Ein Kanton mit bald 25 Gymnasien müsse diese Vielfalt ermöglichen können (22 Nennungen, v.a. Fachverbände, Schulkommissionen, Konvente).
- Variante 2 fördere unterschiedliche Schulprofile und bereichere die Bildungslandschaft. Motivierende Wahlmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler mit spezifischen Interessen blieben erhalten (12 Nennungen, v.a. Fachverbände, Konvente).

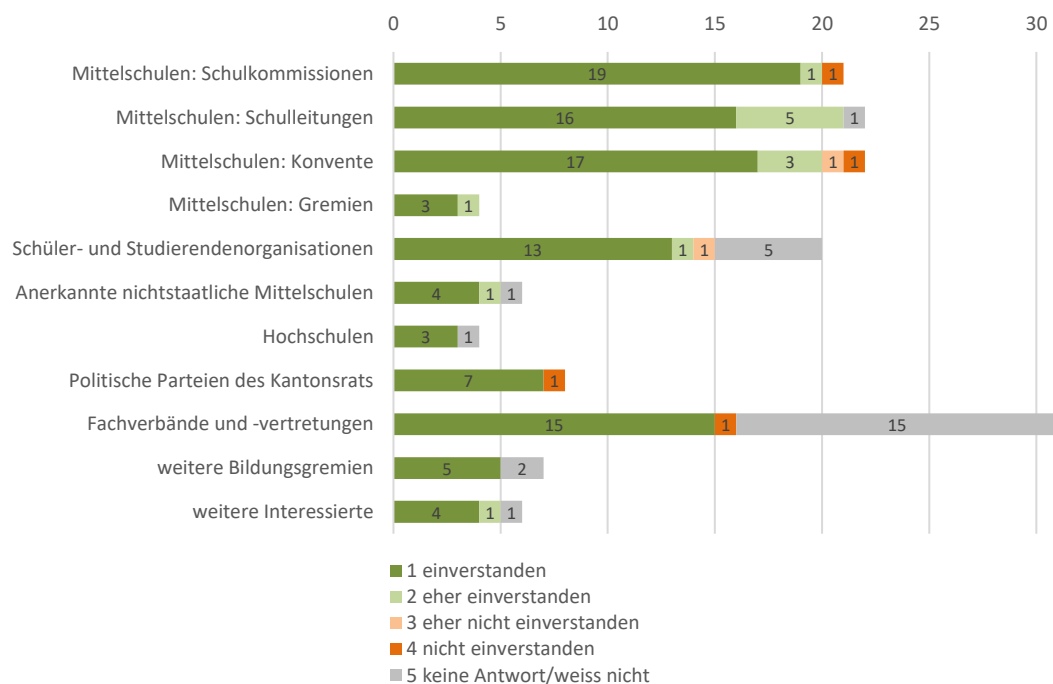
- Französisch müsse gleichberechtigt behandelt werden und dürfe nicht wie Altgriechisch und Russisch eingestuft werden. Eine Schweizer Amtssprache könne nicht mit diesen Sprachen gleichgesetzt werden. Französisch solle entweder in den verbindlichen Katalog aufgenommen oder als Stammfach im Schwerpunktfach Medien, Identität und Kommunikation integriert werden (17 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände, Gremien).
- Die Möglichkeit für zusätzliche Schwerpunktfächer sollte nicht auf Sprachen beschränkt sein, sondern allen Fachbereichen offenstehen. Dies würde Innovationen ermöglichen (12 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Konvente, Schulleitungen).

4.9.2 Schwerpunktfach Sprache & Kultur: Französisch

Falls Variante 2 umgesetzt wird: Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Sprache & Kultur: Französisch» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Die quantitativen Ergebnisse zeigen eine sehr hohe Zustimmung über alle Gruppierungen hinweg.



Qualitative Bemerkungen

- Die nationale und internationale Bedeutung der französischen Sprache und Kultur wird gewürdigt. Es wird begrüsst, dass die Vertiefungsmöglichkeit «Sprache und Kultur: Französisch» an einzelnen Schulen als Schwerpunktfach angeboten werden kann. Französisch bleibe eine wichtige Landes- und Weltsprache, wichtig für den nationalen Zusammenhalt und für bessere Berufschancen (14 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Gremien, Konvente).
- Das Schwerpunktfach müsse als vollwertiges Schwerpunktfach in den Katalog aufgenommen und flächendeckend angeboten werden. Die Ungleichbehandlung gegenüber Italienisch sei staatspolitisch ein schlechtes Signal für die Schweiz (12 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien, Schulleitungen).
- Die vorgesehene Konzeption führe zu einer absurden Situation. Das Schwerpunktfach sei nur wählbar für Schülerinnen und Schüler, die Italienisch als zweite Landessprache im

Grundlagenfach wählen. Schülerinnen und Schüler im Schwerpunktfach Französisch hätten weniger Französischlektionen als im Grundlagenfach, da von den 26 Semesterlektionen mindestens 6 bis 8 dem Fach Geschichte zugeschrieben werden. Somit blieben für Französisch nur 18 bis 20 Lektionen, was weniger als die 22 Lektionen im Grundlagenfach sei. Das Schwerpunktfach verfehle das eigentliche Zielpublikum und werde unter diesen Bedingungen kaum gewählt (11 Nennungen, v.a. Konvente, Gremien).

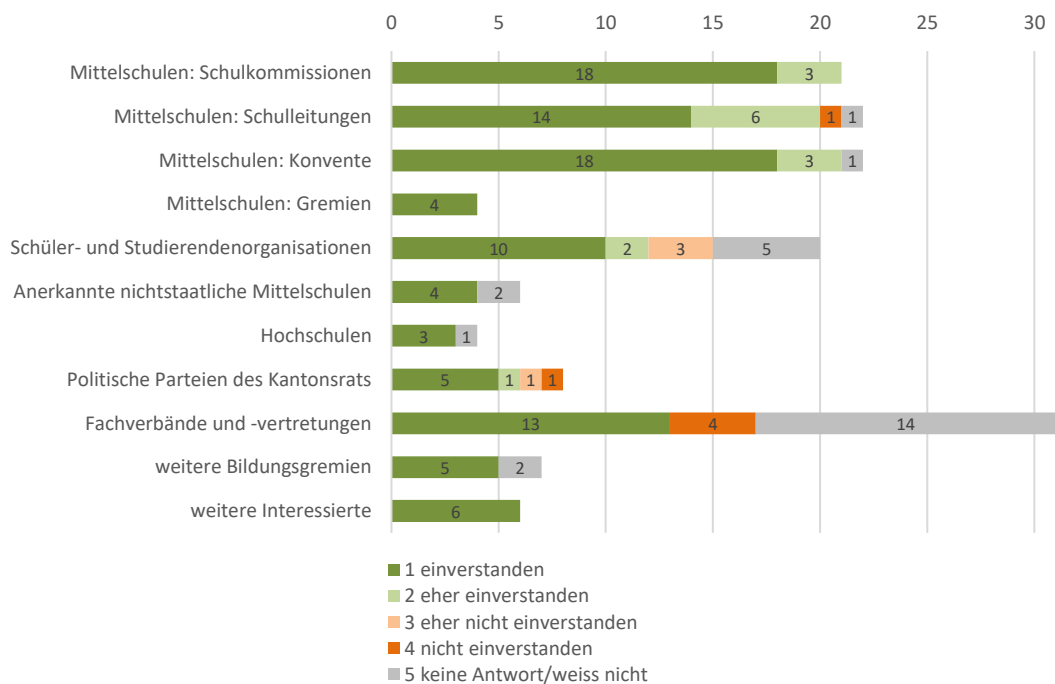
- Geschichte als geistes- und sozialwissenschaftliches Fach eigne sich hervorragend für die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Sprachfächern. Die Zusammenarbeit gehe über eine kulturgeschichtliche Einbettung hinaus und habe wissenschaftspropädeutischen Charakter (5 Nennungen, Fachverbände).
- Französisch solle mit Geografie statt mit Geschichte kombiniert werden. Der Vorschlag unterscheide sich zu wenig von der Kombination Italienisch mit Geschichte. Auf diese Weise entstehe eine spannende Ergänzung (4 Nennungen, Konvente, Gremien).
- Die Wahl des zweiten Stammfachs sollte den Schulen offengelassen werden. Geschichte, Geografie oder Philosophie sollten möglich sein (3 Nennungen, Konvente, Fachverbände).
- Das Schwerpunktfach müsse mit mindestens 30 Semesterlektionen dotiert werden (3 Nennungen, Konvente, Fachverbände).

4.9.3 Schwerpunktfach Sprache & Philosophie: Griechisch

Falls Variante 2 umgesetzt wird: Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Sprache & Philosophie: Griechisch» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Auch das vorgeschlagenen Schwerpunktfach «Sprache & Philosophie: Griechisch» stösst über alle Gruppierungen hinweg auf viel Zustimmung.



Qualitative Bemerkungen

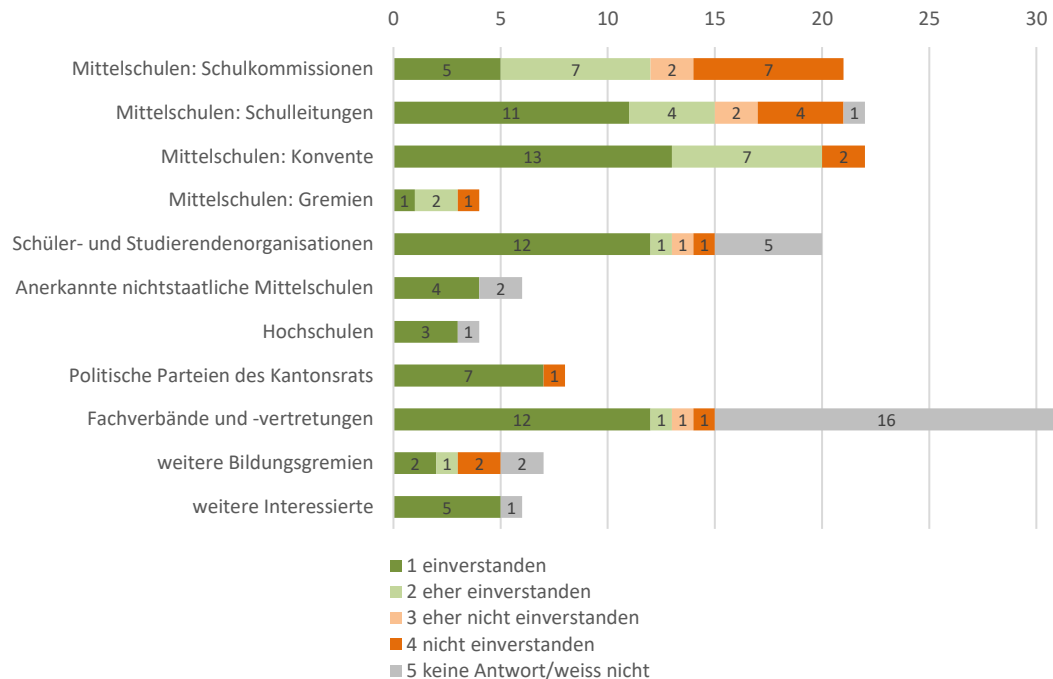
- Die Bedeutung des Griechischen als Grundlage der europäischen Philosophie, Wissenschaft und Demokratie wird gewürdigt. Das Fach bereite mit seiner wissenschaftspropädeutischen Funktion besonders gut auf ein Hochschulstudium vor. Ein Kanton Zürich ohne Griechisch-Angebot wäre ein bildungspolitischer Kulturverlust (17 Nennungen, v.a. Fachverbände, Schulkommissionen, Konvente).
- Das Schwerpunktfach müsse mit mindestens 30 bis 32 Semesterlektionen dotiert werden. So könnten Schulen mit Astfächern schulische Akzente setzen und das Angebot attraktiver machen (8 Nennungen, v.a. Fachverbände, Konvente).
- Das Angebot sollte an zwei bis drei Schulen in verschiedenen Regionen zugänglich sein, um Chancengerechtigkeit zu wahren. Das Schwerpunktfach dürfe nicht nur für Elite-Gymnasien reserviert sein (7 Nennungen, v.a. Fachverbände, Konvente).
- Auch moderne philosophische Konzepte, Wissenschaftsphilosophie und die Rolle griechischen Denkens in aktuellen Debatten sollten in diesem Schwerpunktfach Platz haben. Der Fokus könne nicht allein auf antiker Philosophie und deren Rezeption liegen. Philosophie müsse unabhängiger profiliert werden und dürfe nicht auf die Antike beschnitten werden. Eine Beschränkung auf antike beziehungsweise griechische Philosophie sei nicht zu rechtfertigen (7 Nennungen, v.a. Fachverbände, Konvente, Gremien).
- Es wird hinterfragt, ob das Angebot angesichts des sehr geringen Interesses zielführend sei. Ein Beibehalten aus Traditionsgründen mit der Gefahr, dass das Schwerpunktfach nicht in jedem Jahr erteilt werden könne, scheint problematisch (4 Nennungen, Schulkommissionen, Schulleitungen, politische Parteien).
- Religionen, Kulturen, Ethik müsse als Astfach zugelassen werden, da sonst wesentliche Bereiche der griechischen Literatur nicht genügend kontextualisiert und kritisch reflektiert werden könnten (3 Nennungen, Fachverbände).

4.9.4 Schwerpunktfach Sprache und Kultur: Russisch

Falls Variante 2 umgesetzt wird: Sind Sie mit dem Schwerpunktfach «Sprache & Kultur: Russisch» einverstanden?

Quantitative Ergebnisse

Die Rückmeldungen zum vorgeschlagenen Schwerpunktfach «Sprache & Kultur: Russisch» ist mehrheitlich positiv, fällt aber kritischer aus als bei den beiden anderen Sprach-Schwerpunktfächern Sprache & Kultur: Französisch sowie Sprache & Philosophie: Griechisch.



Qualitative Bemerkungen

- Das Schwerpunktfach wird grundsätzlich begrüsst. Russisch ermögliche den Zugang zu Osteuropa und zu 15 ehemaligen sowjetischen Staaten. Die Beschäftigung mit diesem Raum sei zukunftsorientiert und habe hohe Relevanz für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen. Die Kenntnis der gemeinsamen Geschichte von Ost- und Westeuropa sei grundlegend für eine nachhaltige Zukunft. Die Kombination mit dem Fach Geschichte wird als sinnvoll und ideal erachtet. Die Möglichkeit, Russisch weiterhin an zwei bis drei Schulen anzubieten, wird im Sinne der Vielfalt begrüsst (10 Nennungen, Konvente, Gremien, Fachverbände, weitere Interessierte).
- Es stelle sich die Frage, weshalb nicht auch andere Sprachen von globaler Bedeutung wie Chinesisch oder Arabisch im kantonalen Katalog der Schwerpunktfächer vertreten sein sollten. Russisch sei rein historisch bedingt, aus heutiger Sicht wäre Chinesisch passender. Die Wahl beruhe einzig auf historischen Verpflichtungen und sei wenig innovativ (23 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Konvente, weitere Bildungsgremien, Fachverbände).
- Die Kürzung auf 26 Semesterlektionen, von denen 6 interdisziplinär mit Geschichte durchgeführt werden, stelle einen erheblichen Verlust dar. Das Schwerpunktfach sollte mindestens 20 Semesterlektionen für den Erwerb der russischen Sprache erhalten. Der Erwerb ohne Vorkenntnisse erfordere Zeit. Ein angemessenes Sprachniveau ermögliche das Lesen historischer Quellen im Original. Ein obligatorischer Sprachaufenthalt im Sprachraum sollte dazugehören (3 Nennungen, Konvente, Fachverbände).
- Die geringe Anzahl interessierter Schülerinnen und Schüler rechtfertige das Angebot nicht. Es gebe im Kanton keine lange Tradition. Mehrheitlich würden sich Schülerinnen und Schüler anmelden, die bereits Russisch sprechen. Das Schwerpunktfach könne auch als Freifach angeboten werden (3 Nennungen, Schulkommission, Schulleitung, weitere Bildungsgremien).

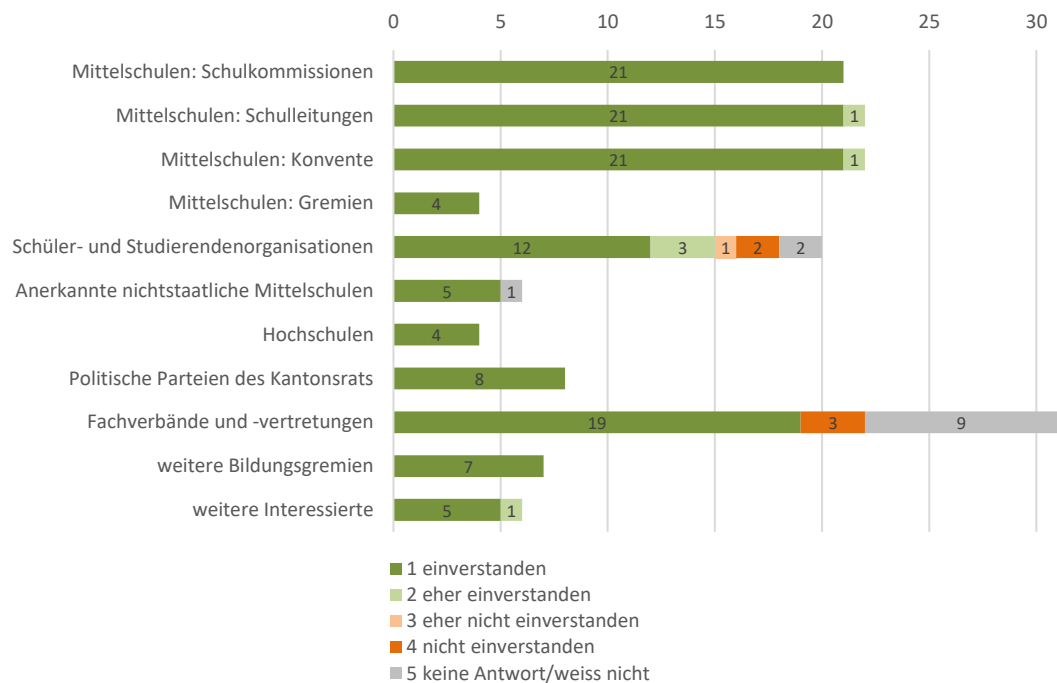
5 Ergänzungsfächer

5.1 Ausgestaltung der Ergänzungsfächer durch die Schulen

Sind Sie einverstanden, dass die Schulen das Angebot an Ergänzungsfächern festlegen?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung dazu, dass die Schulen das Angebot an Ergänzungsfächern festlegen, ist über die Gruppierungen hinweg sehr hoch. Die Mittelschulen, politischen Parteien und Hochschulen stimmen praktisch geschlossen zu. Einzig bei den Schüler- und Studierendenorganisationen gibt es vereinzelt kritische Stimmen, die befürchten, dass unterschiedliche Angebote ohne wirkliche freie Schulwahl problematisch sein könnten.



Qualitative Bemerkungen

- Die schulische Autonomie bei der Festlegung der Ergänzungsfächer wird vielfach ausdrücklich begrüsst. Die Schulen erhalten damit die Möglichkeit, schuleigene Schwerpunkte bzw. Akzente zu setzen und ihr Angebot optimal auf ihre spezifischen Stärken, die besondere Kultur der Schule und die Interessen ihrer Anspruchsgruppen abzustimmen. Im Ergänzungsfachbereich liege viel Potenzial für Innovation. Dies sei die einzige verbleibende schulische Freiheit und Möglichkeit zur Profilbildung (45 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Konvente, Gremien, politische Parteien, Hochschulen).
- Es wird mehrfach betont, dass die Lehrpläne für Ergänzungsfächer so offen wie möglich gestaltet werden sollen und lediglich Kompetenzen, nicht aber Themen und Lerngebiete festschreiben sollten. Der Kanton Zürich solle auf einen eigenen kantonalen Rahmenlehrplan verzichten, damit jede Schule gestützt auf die Vorgaben im eidgenössischen Rahmenlehrplan einen eigenen Fachlehrplan festlegen könne. Die Lehrpersonen sollten hohe Freiheit bei der Themen- und Methodenwahl erhalten. Sinnvoll wären generische Lehrpläne, die modulartige Kurssysteme ermöglichen (12 Nennungen, v.a. Konvente, SLK, Fachverbände).

- Es wird vorgeschlagen, dass Ergänzungsfächer auch modular geführt werden dürfen. Interessant wäre auch eine Aufteilung des Ergänzungsfachs in zwei Fächer, da es mit zehn Semesterlektionen relativ hoch dotiert sei (6 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände).
- Es wird von einzelnen Wirtschaftsverbänden darauf hingewiesen, dass der Kanton Luzern die Ergänzungsfächer statt der Schwerpunktfächer interdisziplinär ausgerichtet habe. Die Ergänzungsfächer würden idealerweise als Blockunterricht im letzten Maturajahr angeboten, wodurch die Lernenden genügend Fachwissen in den einzelnen Disziplinen erlernen könnten, um dieses dann interdisziplinär zu verknüpfen (3 Nennungen, Wirtschaftsverbände).
- Es wird von den religiösen Fachverbänden kritisiert, dass die Kompetenz zur Festlegung der Ergänzungsfächer an die Konvente abgegeben werde. Das bisherige System habe gezeigt, dass Gesamtkonvente aufgrund der ungleichen Stimmenverteilung der einzelnen Fächergruppen einseitige Entscheide treffen würden. Es brauche eine kantonale Mindestanforderung, dass flächendeckend in allen Regionen das Ergänzungsfach Religion, Kulturen, Ethik angeboten werden müsse (Nationaler Verband Religion am Gymnasium, Römisch-katholische Körperschaft, Kirchenrat der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich).

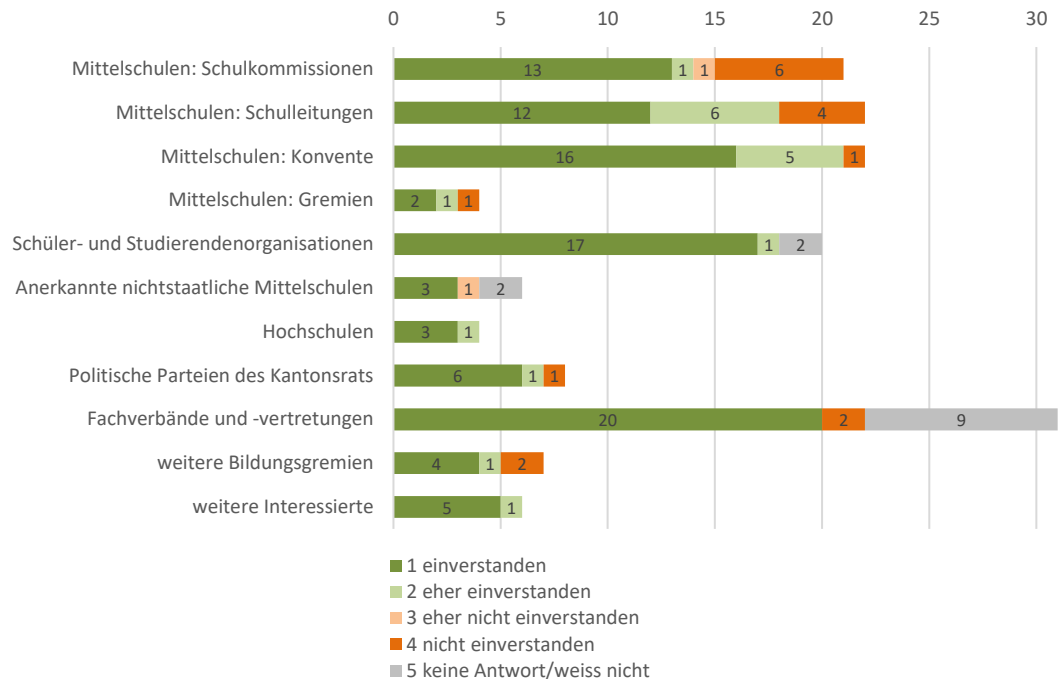
5.2 Ergänzungsfach-Angebot aus allen vier Fachbereichen

Sind Sie einverstanden, dass das Angebot an Ergänzungsfächern, Fächer aus allen vier Fachbereichen (Sprachfächer; Mathematik, Informatik sowie die naturwissenschaftlichen Fächer; geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer und künstlerische Fächer) enthalten soll?

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung dazu, dass das Angebot an Ergänzungsfächern Fächer aus allen vier Fachbereichen enthalten soll, ist über die Gruppierungen hinweg hoch, wobei auch deutliche kritische Stimmen vorhanden sind.

Bei den Mittelschulen zeigt sich ein überwiegend positives Bild: Die Konvente stimmen deutlich zu. Bei den Schulleitungen überwiegt die Zustimmung deutlich, wobei einzelne Schulleitungen nicht einverstanden sind. Die Schulkommissionen sind gespalten, wobei die Mehrheit zustimmt, aber auch deutliche ablehnende Stimmen vorhanden sind. Die Gremien zeigen ein gemischtes Bild, wobei der MVZ nicht einverstanden ist. Die Schüler- und Studierendenorganisationen unterstützen den Vorschlag praktisch geschlossen.



Qualitative Bemerkungen

- Die Vorgabe, dass die Schulen in allen vier Fachbereichen Ergänzungsfächer anbieten sollen, wird vielfach begrüsst. Sie stelle sicher, dass die Schülerinnen und Schüler sich bei der Wahl ihrer fachlichen Vertiefung nicht auf bestimmte Fachbereiche beschränken müssen und eine echte Auswahl mit verschiedenen Fachperspektiven haben. Dies entspreche dem wichtigen Anliegen der Reform, die individuellen Wahl- und Vertiefungsmöglichkeiten zu erhöhen (35 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Konvente, politische Parteien, Hochschulen, Schüler- und Studierendenorganisationen).
- Es wird vielfach kritisiert, dass die Vorgabe zu rigide sei und die Schulen zu sehr einschränke. Der Fachbereich sei bei interdisziplinären und thematischen Ergänzungsfachkursen nicht immer klar feststellbar. Die Ausgestaltung des Ergänzungsfach-Angebots solle vollständig in der Hoheit der Schulen liegen, damit diese ihr individuelles Profil schärfen und ihre Stärken ausspielen könnten. Insbesondere für kleinere Schulen sei dies organisatorisch schwierig umsetzbar und führe zu hohen Kosten (18 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, MVZ, einzelne Gremien, GLP, ZLV, SEKZH).
- Es wird mehrfach darauf hingewiesen, dass das Fach Sport in den vier Fachbereichen fehle und zwingend als Ergänzungsfach möglich sein müsse. Sport sei im Zürcher Schulsystem nicht promotionsrelevant, daher sei das Ergänzungsfach die einzige Möglichkeit für sportliche Schülerinnen und Schüler, eine zählende Note im Fach Sport zu erhalten. Auch Religionen, Kulturen, Ethik sollte explizit ermöglicht werden (23 Nennungen, v.a. Konvente, Schulkommissionen, Schulleitungen).
- Es wird kritisiert, dass die Aufforderung an die Schulen, die Ergänzungsfach-Auswahl auf bestimmte Bereiche einzugrenzen, im Widerspruch zum MAR stehe. Die Artikel 13 und 14 des MAR legten klar fest, dass alle Fächer als Ergänzungsfächer angeboten werden können. Wenn das MAR ausdrücklich eine vollständige Öffnung vorsehe, sollte der Kanton Zürich diese Offenheit nicht nachträglich einschränken (einzelne Fachverbände).

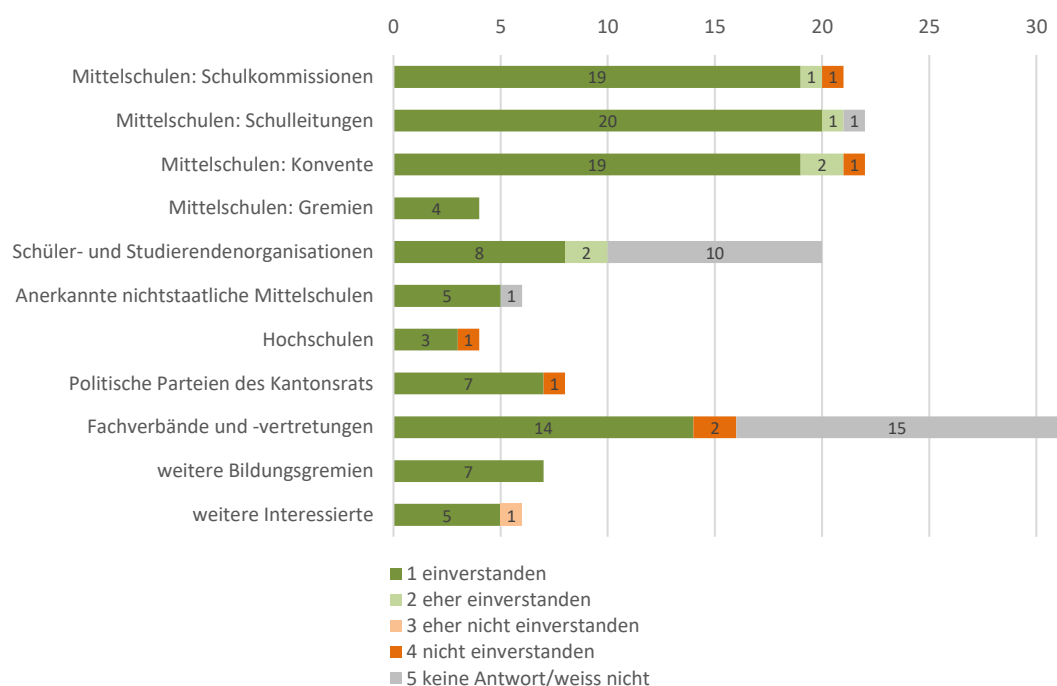
6 Unterrichtsleitende Dokumente

Sind Sie damit einverstanden, dass die Schulleitung die Fachleitlinien genehmigt und für die Erstellung der Konzepte betreffend Unterricht verantwortlich ist?

6.1 Zuständigkeit Schulleitung für Fachleitlinien

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung dazu, dass die Schulleitung die Fachleitlinien genehmigt, ist über die Gruppierungen hinweg sehr hoch. Bei den Mittelschulen zeigt sich eine deutliche Zustimmung: Die Schulkommissionen, Schulleitungen, Konvente und Gremien stimmen praktisch geschlossen zu.



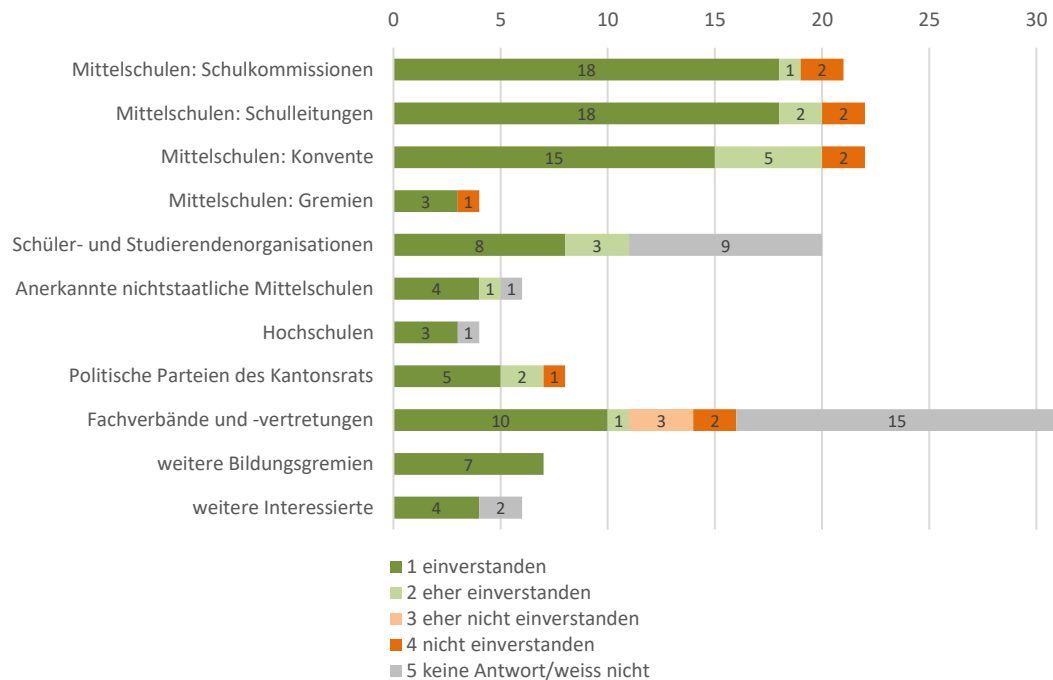
Qualitative Bemerkungen

- Die Zuständigkeit der Schulleitung für die Genehmigung der Fachleitlinien wird vielfach unterstützt. Dies stelle eine angemessene Kompetenzverteilung dar (35 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, Gremien, politische Parteien).
- Es wird mehrfach betont, dass die Fachschaften die richtigen Organe seien, um die Fachleitlinien koordiniert zu erarbeiten. Die fachliche Expertise und inhaltliche Verantwortung müsse bei den Fachschaften liegen. Der Gesamtkonvent sei das richtige Gremium, um die Fachleitlinien zu prüfen und zu diskutieren. Die Schulleitungen seien dann die richtige Instanz, um den Auftrag zu erteilen, die Fachleitlinien zu genehmigen und ihre Durchsetzung und Überprüfung zu organisieren (28 Nennungen, v.a. Konvente, LKM, MVZ, LKV, LKB, Fachverbände).
- Es wird vorgeschlagen, dass die Schulkommission als oberstes Organ der Schule in geeigneter Form in die Entwicklung der Fachleitlinien einbezogen oder darüber informiert wird (12 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, PKSK).
- Einzelne Rückmeldungen kritisieren, dass der Begriff "Fachleitlinien" unklar definiert sei und es unklar bleibe, was genau damit gemeint sei (einzelne Konvente, Schulkommissionen).

6.2 Zuständigkeit Schulleitung für schulische Konzepte

Quantitative Ergebnisse

Die Zustimmung dazu, dass die Schulleitung für die Erstellung der Konzepte betreffend Unterricht verantwortlich ist, ist über die Gruppierungen hinweg hoch, wenn auch etwas tiefer als bei der Genehmigung der Fachleitlinien.



Qualitative Bemerkungen

- Die Verantwortung der Schulleitung für die Erstellung der Konzepte betreffend Unterricht (Austausch und Mobilität, Einsatz für das Gemeinwohl, Basale fachliche Kompetenzen für allgemeine Studierfähigkeit, Digitalität, politische Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung) wird vielfach begrüsst. Die Schulleitung könne eine ganzheitliche Betrachtungsweise aus einer gewissen Distanz gewährleisten und das Gesamtbild aller unterrichteten Fächer einbeziehen (22 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, Schulleitungen, politische Parteien).
- Es wird mehrfach betont, dass die Fachschaften die richtigen Organe seien, um die Konzepte koordiniert zu erarbeiten. Die inhaltliche Verantwortung müsse bei den jeweiligen Fachschaften liegen, insbesondere für politische Bildung bei der Fachschaft Geschichte, für Bildung für nachhaltige Entwicklung bei der Fachschaft Geografie und für Digitalität bei der Fachschaft Informatik. Der Gesamtkonvent sei das richtige Gremium, um die Konzepte zu prüfen und zu diskutieren. Die Schulleitungen seien die richtige Instanz, um den Auftrag zu erteilen, die Konzepte zu genehmigen und ihre Durchsetzung und Überprüfung zu organisieren (25 Nennungen, v.a. Konvente, MVZ, LKM, LKV, LKB, Fachverbände).
- Es wird kritisiert, dass im vorliegenden Unterrichtsreglement die Fachverantwortlichkeiten für politische Bildung (Geschichte) und BNE (Geografie) mit keinem Wort mehr erwähnt seien, nachdem sie in der Feedbackschleife noch explizit genannt waren. Diese Fachverantwortlichkeiten sollten zwingend festgehalten werden. Die Schulleitungen sollten der politischen Bildung bei der Umsetzung wirklich Raum und Zeit verschaffen (9 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände Geschichte, Geografie).

- Es wird vorgeschlagen, dass die Schulkommission als oberstes Organ der Schule in geeigneter Form in die Entwicklung der Konzepte einbezogen oder darüber informiert wird (11 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, PKSK).
- Einzelne Rückmeldungen kritisieren, dass unklar sei, was mit "Konzept" und "verantwortlich" genau gemeint sei. Der Begriff "Konzept betreffend Unterricht" sei irreführend und sollte durch "Schulprogramm" ersetzt werden (3 Nennungen, Schulleitungen, Konvent).

7 Weitere Bemerkungen

Haben Sie weitere Bemerkungen zu den Änderungen des Unterrichtsreglements? Haben Sie Bemerkungen zu den Änderungen an der MSV?

Obwohl die beiden Fragen getrennt gestellt worden sind, hat sich bei der Auswertung gezeigt, dass insbesondere die Frage zu den Änderungen der MSV ebenfalls als allgemeines Bemerkungsfeld verstanden wurde. Aus diesem Grund wurden diese beiden Fragen zusammen ausgewertet.

Die Vernehmlassungsteilnehmenden haben sich zu verschiedenen Themen geäußert, die sich in folgende Hauptkategorien einteilen lassen:

Schulische Autonomie und Flexibilität

Zahlreiche Rückmeldungen betonen die Bedeutung der schulischen Freiheit und fordern, dass die Standardisierung nicht über die pädagogische, didaktische und organisatorische Autonomie der einzelnen Schulen gestellt werden soll. Der Kanton Zürich mit seinen gut erreichbaren Schulen biete die Möglichkeit für ein vielfältiges Angebot. Individuell gestaltbare Studentafeln und frei wählbare Zeitpunkte für den Beginn der Schwerpunktfächer würden zwar die Vergleichbarkeit einschränken, seien aber aus Sicht der Innovationskraft, der Interessen der Schülerinnen und Schüler sowie der Attraktivität des Lehrberufs gerechtfertigt (ca. 45 Nennungen, v.a. Mittelschulen-Gremien, Schulleitungen, Konvente).

Herausforderungen und Ressourcenfragen

Es wird vielfach auf die hohe Komplexität der Umsetzung hingewiesen. Die Reform bedeute für Lehrpersonen eine erhebliche Belastung, insbesondere durch die Entwicklung interdisziplinärer Gefässe und neuer Lehrpläne. Der Kanton stehe in der Pflicht, ausreichend bezahlte Weiterbildungszeit, finanzielle Ressourcen und Sozialpläne bei Pensensverschiebungen bereitzustellen. Auch die Situation von Teilzeitangestellten in Schwerpunktfächern sowie fehlende Arbeitsplätze an Schulen werden als problematisch genannt (ca. 38 Nennungen, v.a. Lehrpersonenverbände, Konvente, Schulkommissionen).

Interdisziplinarität: Chancen und Bedenken

Die Haltungen zur Interdisziplinarität sind gespalten. Einerseits wird der interdisziplinäre Ansatz grundsätzlich begrüßt. Andererseits wird kritisiert, dass die Interdisziplinarität gegenüber anderen transversalen Bereichen wie der politischen Bildung stark privilegiert werde. Es wird befürchtet, dass interdisziplinäre Phasen zu Pseudo-Interdisziplinarität verkommen könnten, wenn disziplinäre Grundlagen fehlen. Zudem stelle Interdisziplinarität auch an Hochschulen eine Herausforderung dar. Mehrfach wird angemerkt, dass Interdisziplinarität besser in Ergänzungsfächern statt in Schwerpunktfächern verortet werden sollte (ca. 32 Nennungen, v.a. Konvente, Fachverbände, Hochschulen).

Sprachfächer und nationale Kohäsion

Bei den Sprachfächern, insbesondere Französisch, werden grosse Bedenken geäußert. Die fundierte fachliche Vertiefung in Landessprachen sei für die Studierfähigkeit, den Arbeitsmarkt und die nationale Kohäsion wesentlich. Französisch müsse zwingend über alle vier Jahre

unterrichtet werden, eine Vormatur sei abzulehnen. Es wird kritisiert, dass Französisch als einziges Grundlagenfach in keinem Schwerpunktfach vertreten sei. Die Reduktion der Lektionen in Schwerpunktfächern mit neu beginnenden Sprachen gefährde das Erreichen des B2-Niveaus (ca. 28 Nennungen, v.a. Fachverbände Romanistik, Konvente, Hochschulen).

Fehlende Schwerpunktfächer und thematische Lücken

Es werden verschiedene Schwerpunktfächer vermisst oder zusätzliche gefordert. Mehrfach genannt werden ein Schwerpunktfach zu Umweltprozessen, Nachhaltigkeit oder Klimawandel, das die Brücke zwischen MINT und GSW bilden könnte. Auch ein Schwerpunktfach mit Religionen, Kulturen, Ethik als Stammfach wird mehrfach vorgeschlagen. Weitere Wünsche betreffen Sport, ein viertes MINT-Schwerpunktfach sowie eine stärkere Integration von Philosophie in verschiedene Schwerpunktfächer (ca. 15 Nennungen, v.a. Fachverbände, Hochschulen, Konvente).

Politische Bildung

Die politische Bildung falle gegenüber der Interdisziplinarität zu sehr unter den Tisch, obwohl sie eine hohe gesellschaftspolitische Bedeutung habe. Die Fachverantwortlichkeiten für politische Bildung bei Geschichte sollten explizit im Reglement verankert werden. Projekttag und Projektwochen im Bereich politischer Bildung sollten ausdrücklich erwähnt werden (ca. 18 Nennungen, v.a. Fachverbände Geschichte, Hochschulen, Konvente).

Wirtschaft und Recht

Mehrere Fachverbände und Organisationen setzen sich für die Beibehaltung des bestehenden Schwerpunktfachs Wirtschaft und Recht ein, da dieses bereits interdisziplinär ausgerichtet sei. Sie fordern eine Gleichstellung der Semesterlektionen mit Geschichte und Geografie im Grundlagenfach sowie keine Reduktion im Schwerpunktbereich. Die wirtschaftlich-rechtliche Bildung dürfe nicht geschwächt werden (ca. 15 Nennungen, v.a. Wirtschaftsverbände, Fachverbände W&R).

MINT-Spezifikationen und Schulprofile

Schulen mit MINT-Label sollten in begründeten Fällen von der Lektionendotation zugunsten ihrer MINT-Spezifikationen abweichen können. Die Dotation in Mathematik für MINT-Schwerpunktfächer wird als zu tief erachtet, was den Übergang zur Hochschule erschwere. Die bewährte Profilierung der Schulen sollte erhalten bleiben (ca. 12 Nennungen, v.a. MINT-Schulen, Fachverbände Mathematik).

Umsetzungsfragen

Es werden verschiedene Klärungsbedarfe genannt: Umgang mit Repetierenden beim Reglementswechsel, Startzeitpunkt der Schwerpunktfächer, Überschneidungen zwischen Grundlagen- und Schwerpunktfächern oder die Berufszulassung für interdisziplinäre Fächer. (ca. 22 Nennungen, v.a. Schulleitungen, Schulkommissionen).

Bedenken zur Reformrichtung

Einige Rückmeldungen äussern grundsätzliche Vorbehalte: Die Reform führe zu einer Abkehr von der Allgemeinbildung hin zu spezifischen Ausbildungsinhalten. Die thematische Festlegung der Schwerpunktfächer sei zu gegenwartsverhaftet und zeitgeistig. Es wird bezweifelt, ob die Gesellschaft die erforderlichen Mittel für eine qualitativ hochwertige Umsetzung bereitstellen werde. Die Vergleichbarkeit mit anderen Kantonen und die Mobilität der Schülerinnen und Schüler werden als gefährdet angesehen (ca. 16 Nennungen, v.a. einzelne Konvente, politische Parteien).

Belastung der Schülerinnen und Schüler

Die Belastung der Schülerinnen und Schüler werde durch die Reform nicht verbessert. Das neue Schulprogramm bedeute Unterricht bei einer noch höheren Anzahl von Lehrpersonen, was zu mehr Unverbindlichkeit und Anonymität führe. Dies sei in einer Zeit zunehmender Vereinzelung durch soziale Medien wenig sinnvoll (ca. 8 Nennungen, v.a. Konvente, Elternorganisation).

Privatschulen und Sonderregelungen

Anerkannte nichtstaatliche Mittelschulen weisen auf spezifische Herausforderungen hin: Die Integration transversaler Kompetenzen führe zu enormen Mehrkosten. Sie seien auf Kooperationsmöglichkeiten angewiesen und benötigten attraktive Rahmenbedingungen für ihr Klientel. Für das Liceo Artistico und andere Schulen mit besonderen Ausbildungsangeboten werden Ausnahmeregelungen begrüsst (ca. 6 Nennungen, Privatschulen).

Grundsätzliche Zustimmung

Einige Rückmeldende begrüssen die Stossrichtung der Reform ausdrücklich. Die vorgenommenen Änderungen gegenüber früheren Entwürfen werden positiv aufgenommen. Es wird Dank für den partizipativen Prozess ausgesprochen und Zuversicht geäussert (ca. 12 Nennungen, v.a. Schulkommissionen, einzelne Schulleitungen, ETH).

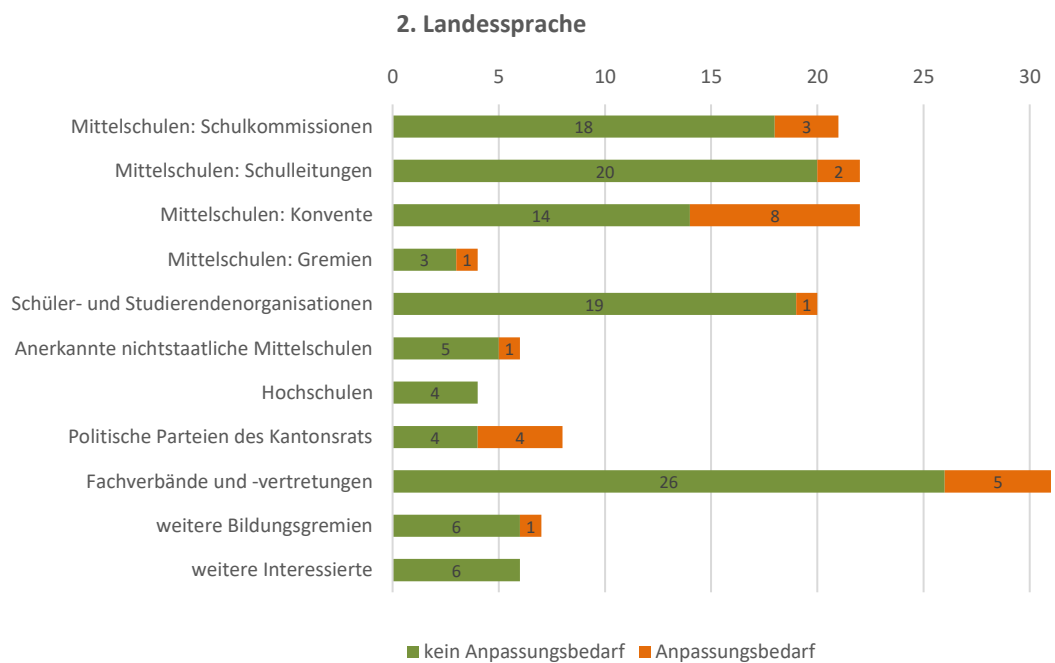
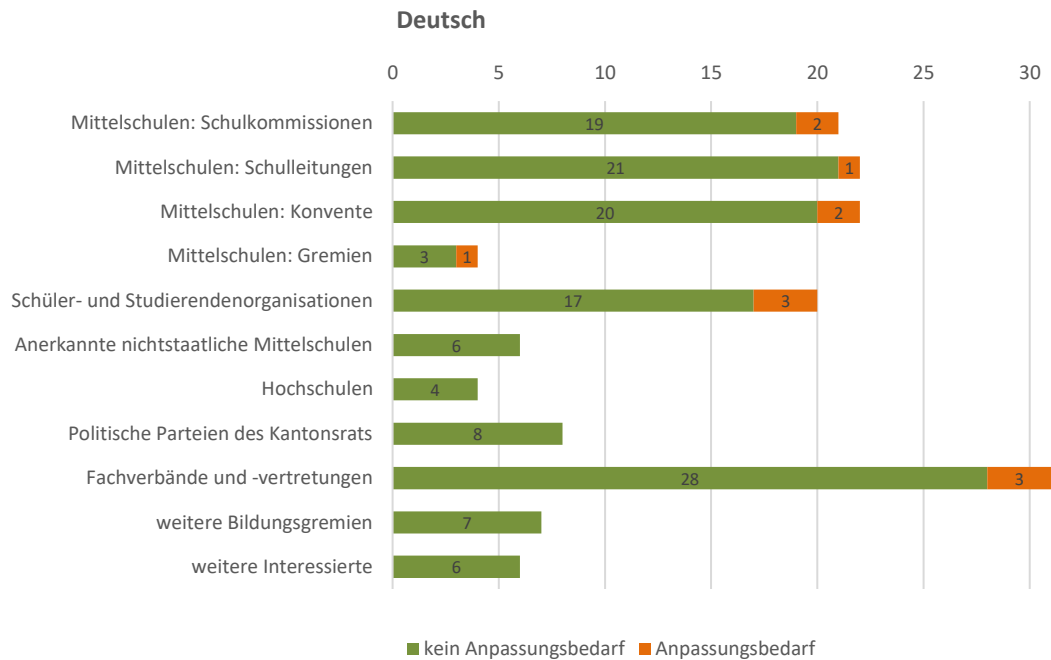
8 Anhang

8.1 Eingegangene Stellungnahmen im Detail

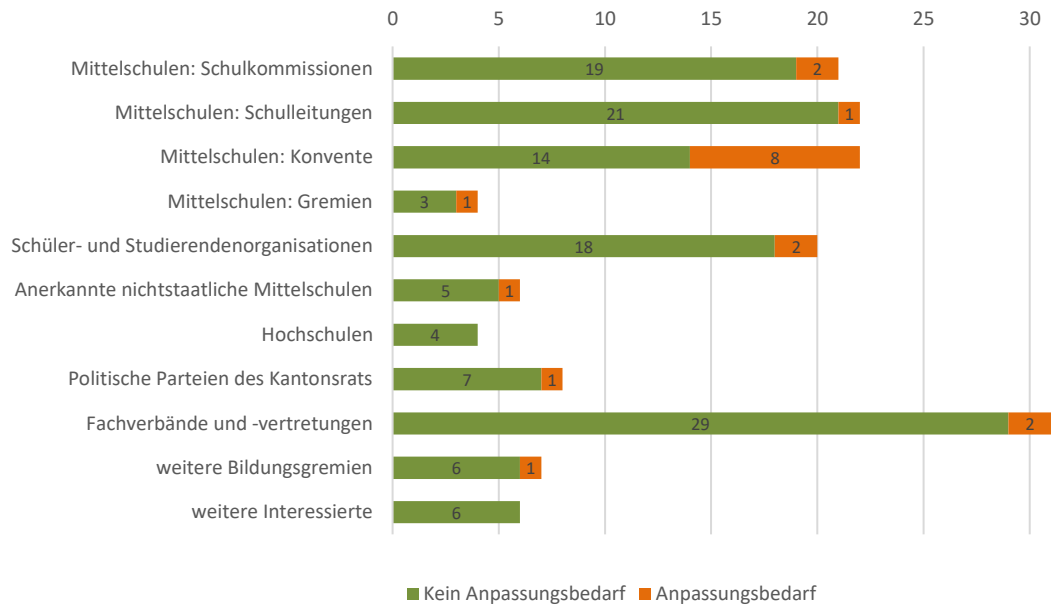
Anzahl	Gruppierung	Teilnehmende
21	Mittelschulen: Schulkommissionen	Schulkommissionen von 21 Mittelschulen
22	Mittelschulen: Schulleitungen	Schulleitungen aller Mittelschulen
22	Mittelschulen: Konvente	Gesamtkonvente aller Mittelschulen
4	Mittelschulen: Gremien	Präsidialkonferenz der Schulkommissionen der Mittelschulen (PKSK), Schulleiterkonferenz der Mittelschulen (SLK), Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM), Mittelschullehrpersonenverband Zürich (MVZ)
20	Schülerinnen- und Schülerorganisationen	Studierendenverband der ETH Zürich, Studierendenverband der Universität Zürich, Studierendenverband der ZHdK, 17 Schülerinnen- und Schülerorganisationen der Kantonsschulen Hohe Promenade, Hotttingen, Freudenberg, Büelrain, Realgymnasium Rämibühl, Freudenberg Gymnasium, Zimmerberg, Küsnacht, Im Lee, Zürich Nord, Stadelhofen, Uster, Wiedikon, Uetikon am See, Zürcher Unterland, Enge, Mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium Rämibühl
6	Anerkannte nicht-staatliche Mittelschulen	Atelierschule, AKAD, Freie Schule Zürich, Gymnasium Unterstrass, Freies Gymnasium Zürich, Freie Katholische Schulen Zürich
4	Hochschulen	Universität Zürich (UZH), Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH Zürich), Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK)
8	Politische Parteien des Kantonsrats	SVP, EDU, EVP, SP, FDP, Grüne, Die Mitte, GLP
31	Fachverbände und -vertretungen	Schweizerische Gesellschaft für Geschichte (SGG), Interessensgemeinschaft Pro Wirtschaft und Recht, ESRI Schweiz, Konferenz der Handelsmittelschulen, Kirchenrat der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich, Verein Schweizerischer Geschichtslehrpersonen, Fachdidaktik Geschichte USZ, Seminar für Griechische und Lateinische Philologie, Schweizerischer Versicherungsverband SVV, Zürcher Handelskammer, Economiesuisse, Young Enterprise Switzerland (YES), Verein der Zürcher Geschichtslehrpersonen (VZG), FASZ (Forum Alte Sprachen), Fachbereich Biologie, Fachkonferenz Philosophie, Nationaler Verband Religion am Gymnasium, Zürcher Bankverband, Romanisches Seminar Universität Zürich, Historisches Seminar der Universität Zürich, Gewerbeverband Kanton ZH, HSGYM-Fachkonferenz Französisch, HSGYM Kerngruppe Russisch, Verein der Russischlehrerinnen und Russischlehrer in der Schweiz (VRUS), Redaktor des Fachportals Altertumswissenschaften in der Schweiz (FAW), HSGYM Kerngruppenleitung Spanisch, HSGYM Kerngruppenleitung Mathematik, Schweizerischer

		Verband der Lehrkräfte für Wirtschaft und Recht (SVWR), FAS (fauto-res.ch), Römisch-katholische Körperschaft, Fachkonferenz HSGYM Italienisch
7	weitere Bildungsgremien	Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich (SEKZH), Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Berufsfachschulen (KRB), Kantonale Elternmitwirkungsorganisation Zürich (KEO), Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), Lehrpersonenkonferenz der Volksschule (LKV), Verband Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Zürich (VSLZH)
6	weitere Interessierte	Privatpersonen
151	Total	

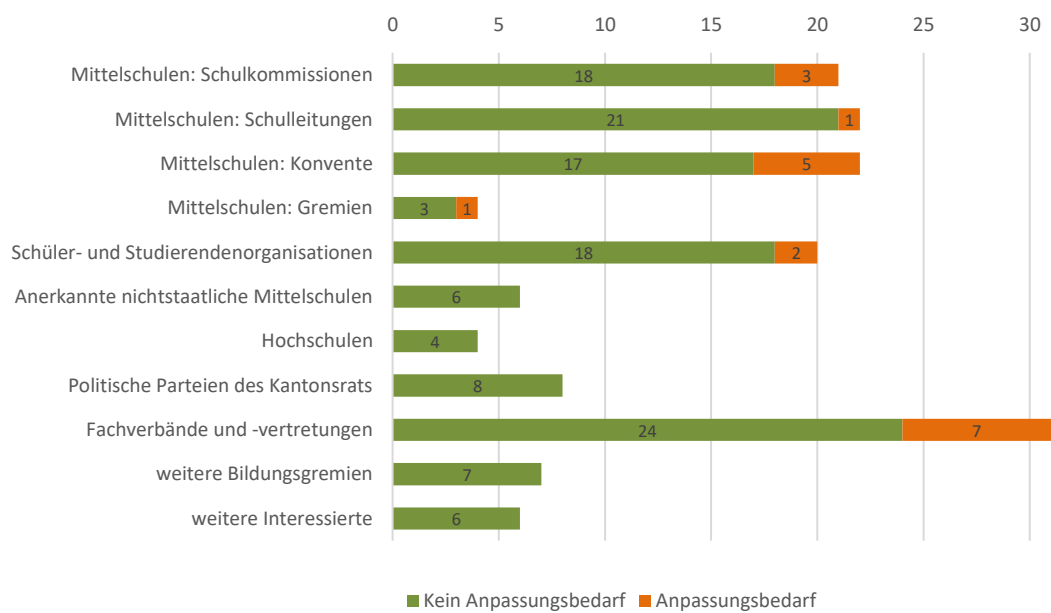
8.2 Anpassungsbedarf Fächerdotationen nach Gruppierung



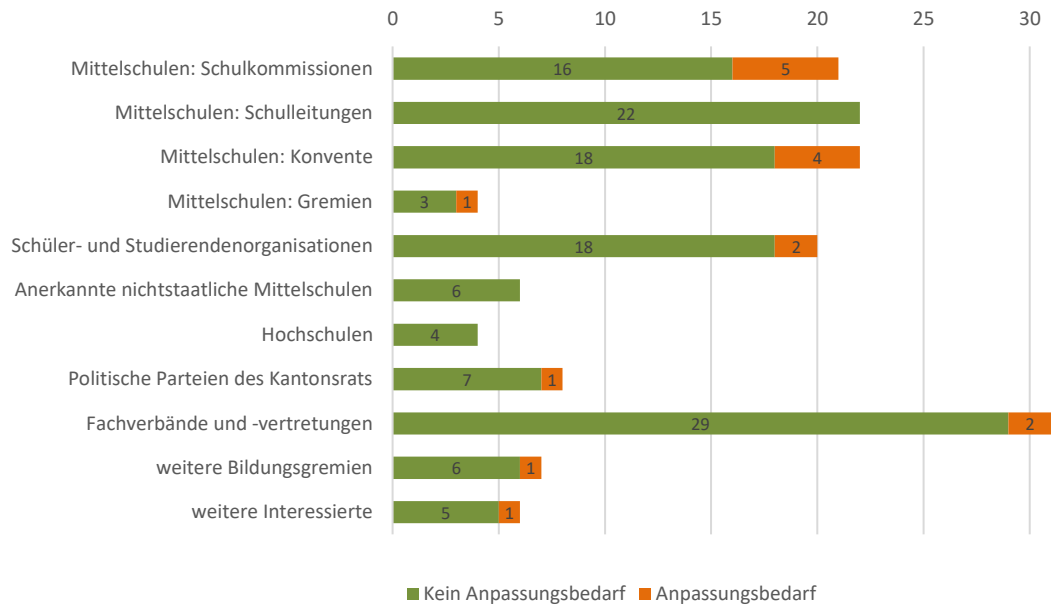
Englisch



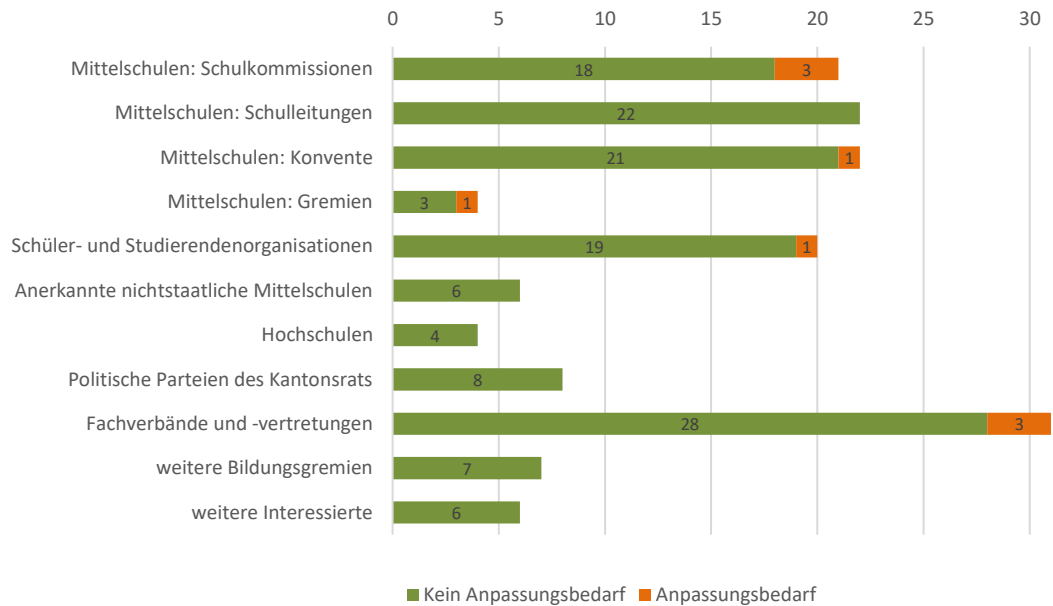
Mathematik



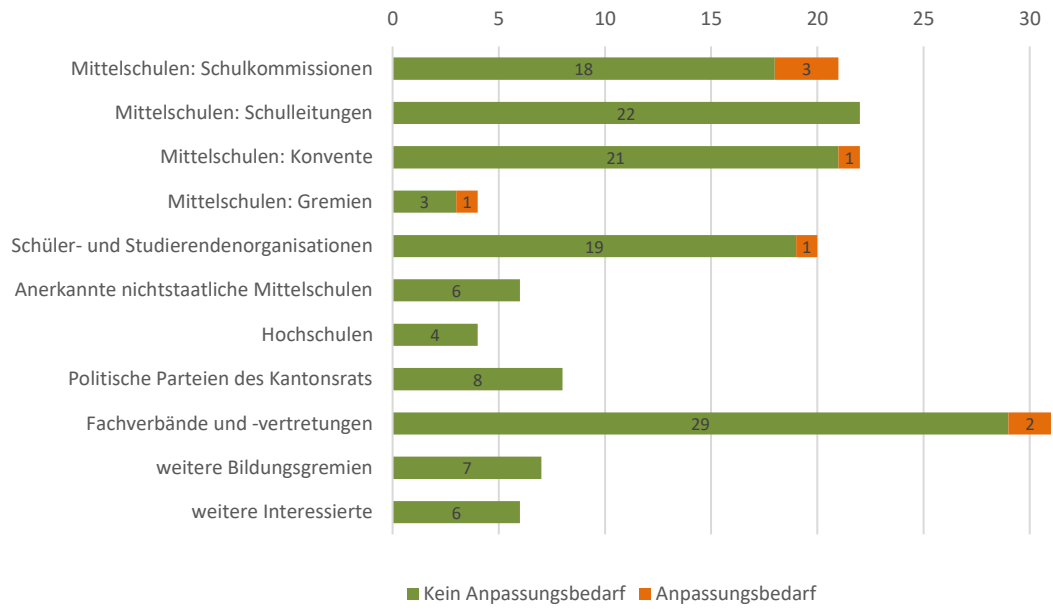
Informatik



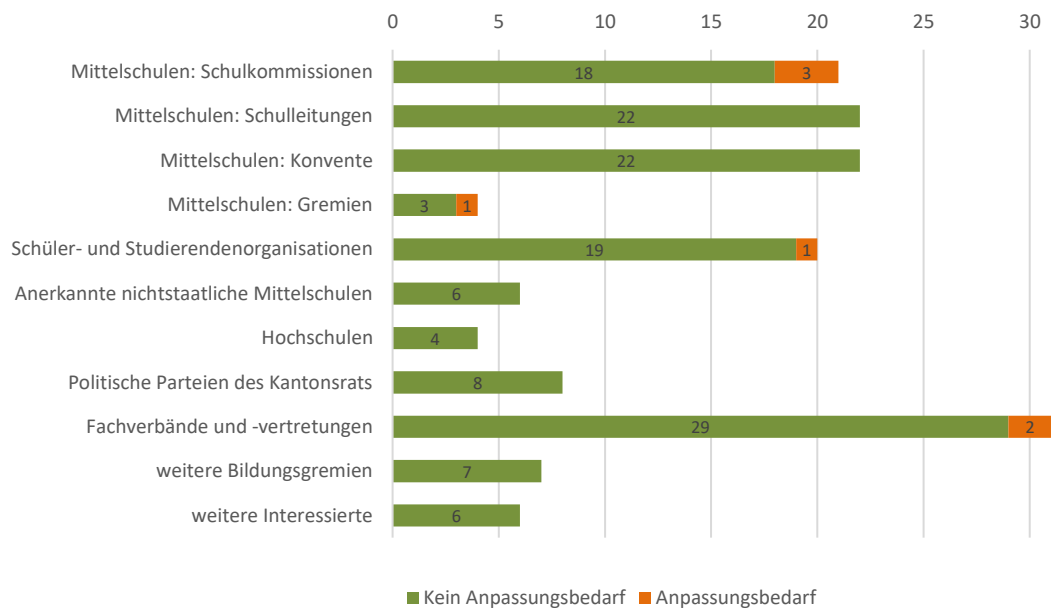
Biologie



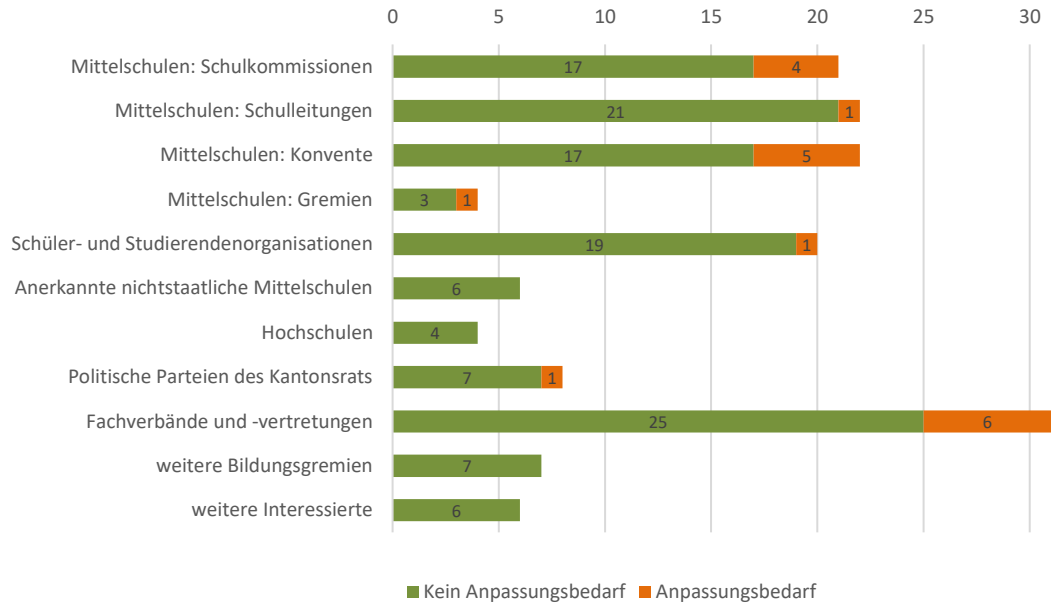
Chemie



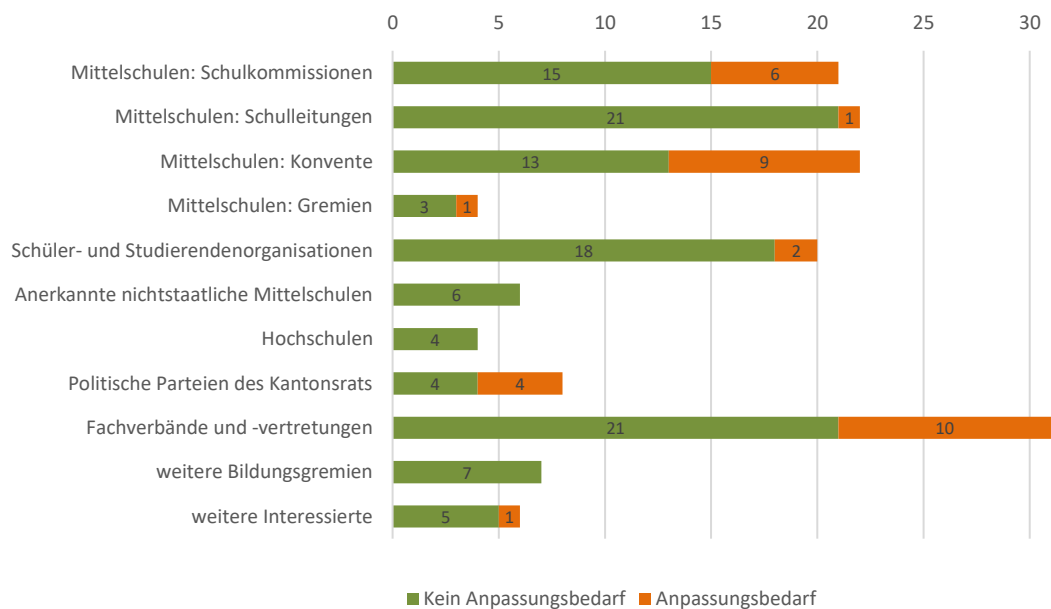
Physik



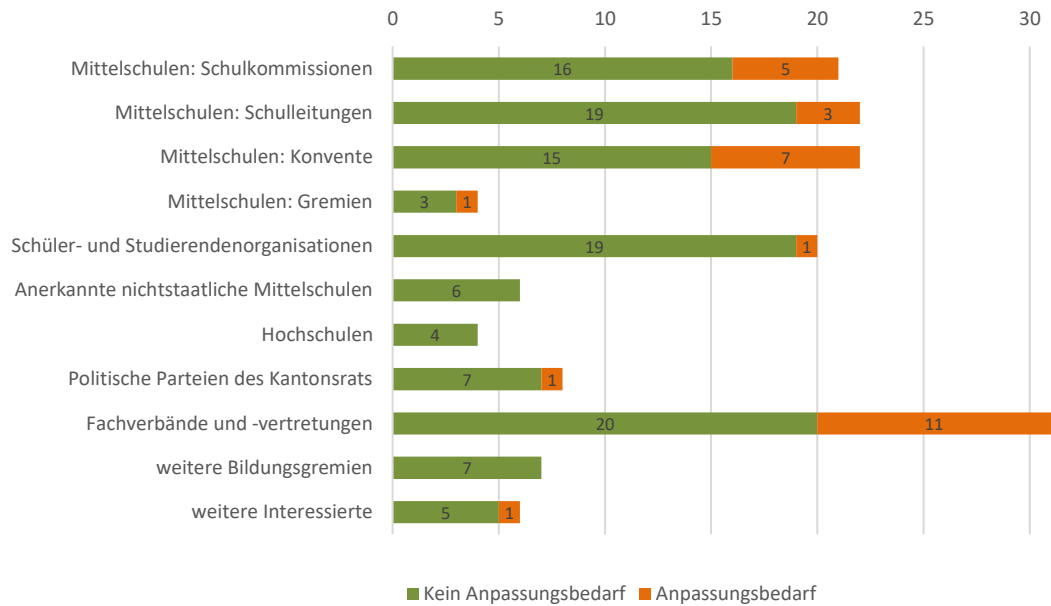
Geografie



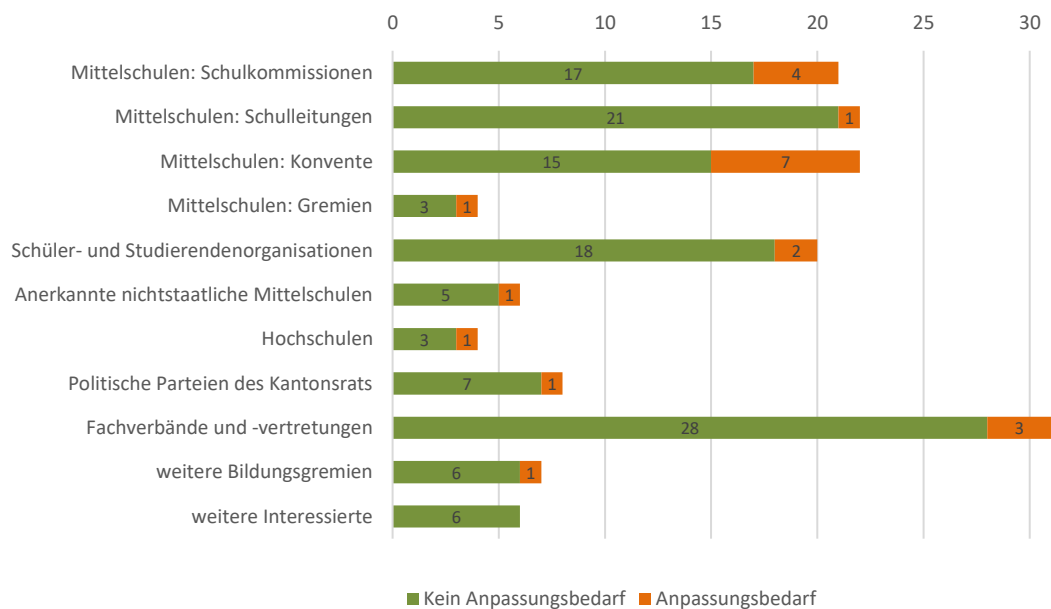
Geschichte



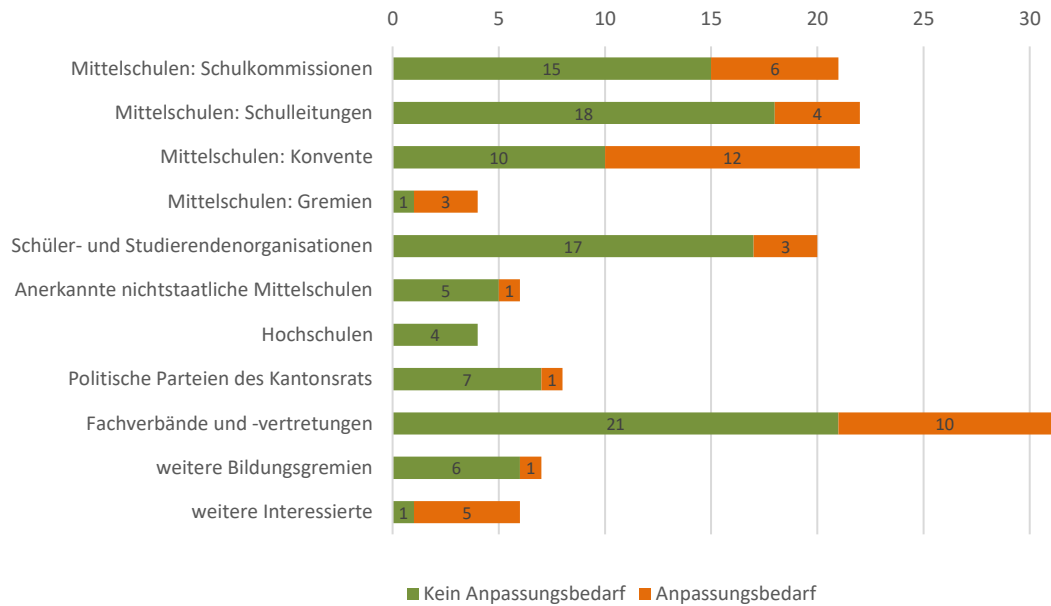
Wirtschaft und Recht



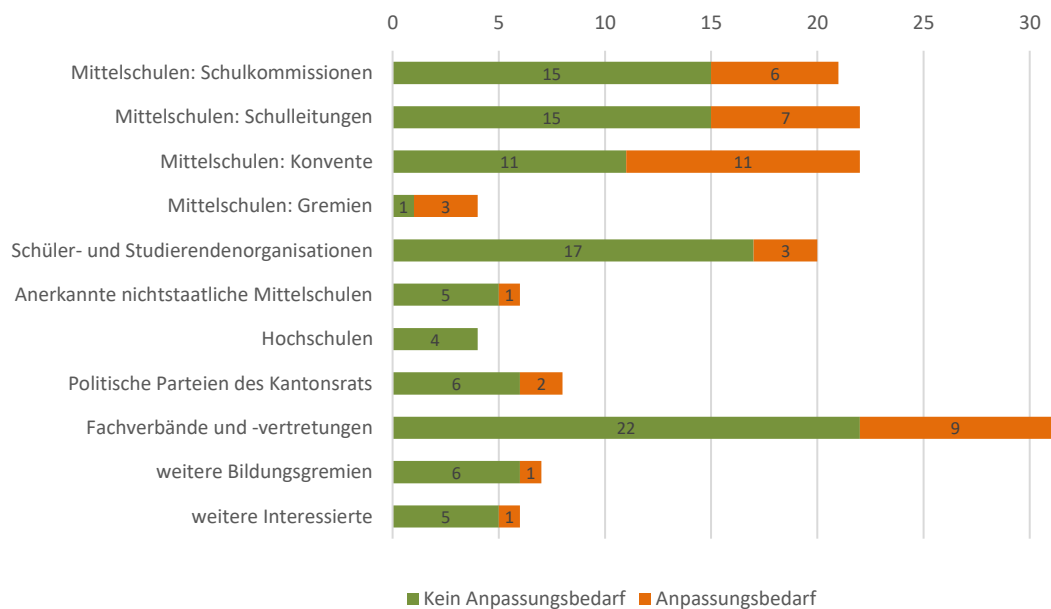
Bildende Kunst und/oder Musik



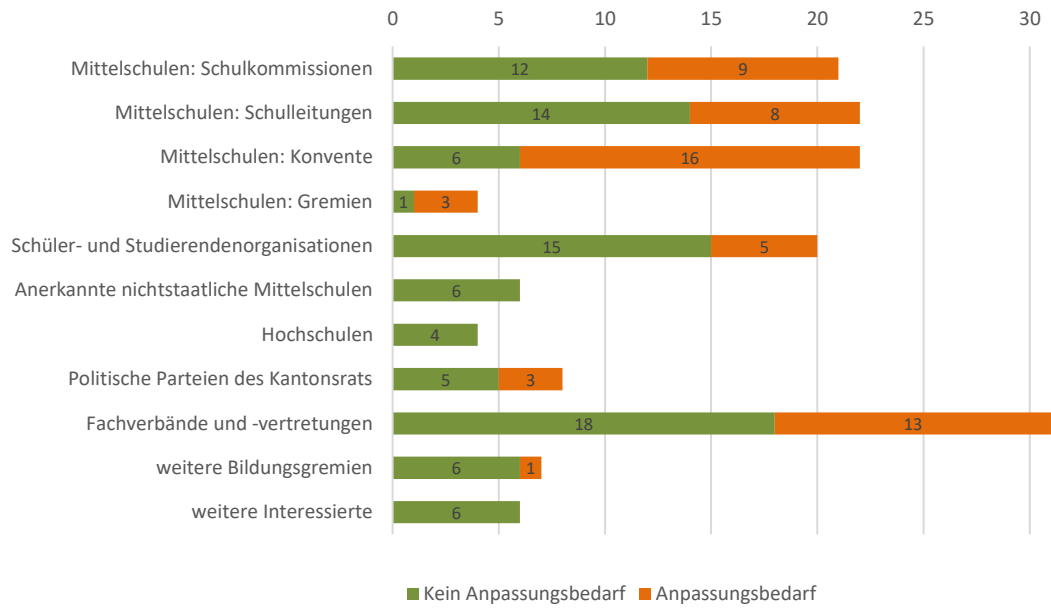
Schwerpunktfach



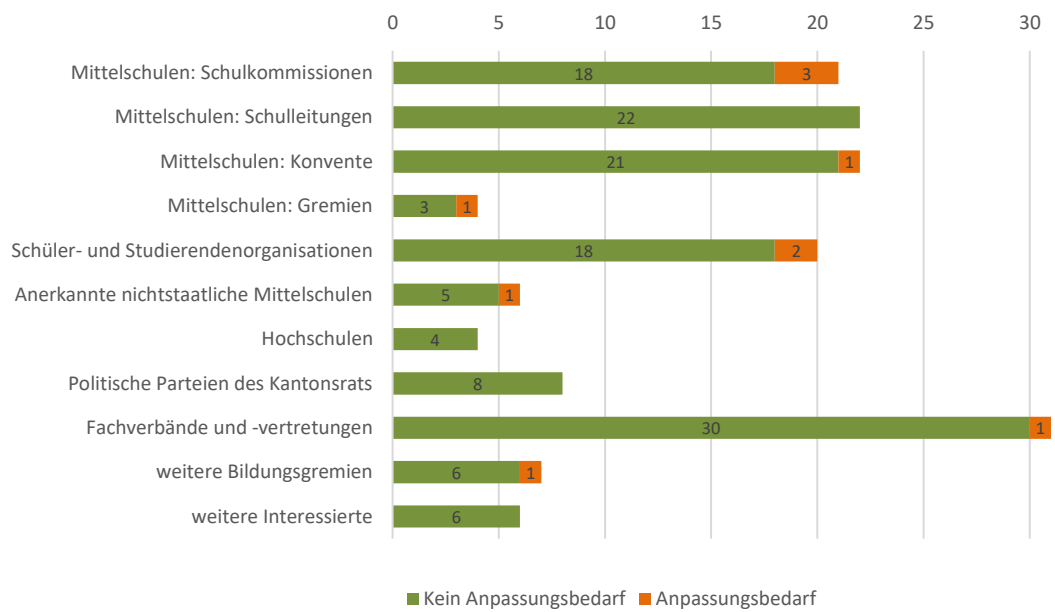
Ergänzungsfach



Maturitätsarbeit



Sport



Weitere nicht promotionsrelevante Lektionen

